



# Landtag von Baden-Württemberg

15. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 13. Dezember 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 9:30 Uhr

Schluss: 17:24 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	719	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 8. August 2000 – <b>Fort-schreibung des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg (LEP); hier: Anhörungsverfahren nach § 5 Abs. 2 und 3 des Landesplanungs-gesetzes</b> – Drucksachen 12/5447, 13/527. . . . .	749
Erweiterung der Tagesordnung . . . . .	719	Abg. Dr. Birk CDU . . . . .	750
Begrüßung des italienischen Generalkonsuls mit Sitz in Stuttgart, Herrn Dr. Mario Musella . . . . .	768	Abg. Schmiedel SPD . . . . .	751
1. Aktuelle Debatte – <b>Die Rolle baden-württembergischer Justiz- und Finanzorgane in der FlowTex-Affäre</b> – beantragt von der Fraktion der SPD . . . . .	719	Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	752, 757
Abg. Maurer SPD . . . . .	719, 723	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	754
Abg. Dr. Reinhart CDU . . . . .	720, 724	Abg. Fleischer CDU . . . . .	756
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	721, 725	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	758
Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . .	722, 726	Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . .	759
Minister Dr. Goll . . . . .	728	Beschluss . . . . .	761
2. Aktuelle Debatte – <b>Schulleistungsuntersuchung PISA</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	734	4. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 13/530	
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	734	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Planung des Holzinnovationsparks in Titisee-Neustadt</b> . . . . .	762
Abg. Röhm CDU . . . . .	735	Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	762, 763
Abg. Christine Rudolf SPD . . . . .	736	Minister Stächele . . . . .	762, 763
Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	738, 745	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	763
Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . .	738, 747	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	763
Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . .	742		
Abg. Zeller SPD . . . . .	744		

4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – <b>Energieeinsparprogramm Altbau</b> 2001 ..... erledigt (siehe S. 764)	
4.3 Mündliche Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD – <b>Berufsorientierung an sechsjährigen beruflichen Gymnasien (BOGY)</b> ... 764	
Abg. Christine Rudolf SPD ..... 764, 765	
Staatssekretär Rau ..... 764, 765	
4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Witzel GRÜNE – <b>Auflösung des Referats Entwicklungszusammenarbeit</b> ..... 765	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE ..... 765	
Staatssekretär Dr. Mehrländer ..... 765	
5. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Handwerkspolitik in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/46 ..... 765	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE ..... 766, 771	
Abg. Pfisterer CDU ..... 767	
Abg. Rivoir SPD ..... 768	
Abg. Hofer FDP/DVP ..... 770	
Minister Dr. Döring ..... 772	
Beschluss ..... 775	
6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. November 2001 – <b>Wege zur Osterweiterung der Europäischen Union; hier: Beschluss der Landesregierung zur EU-Osterweiterung vom 25. September 2001</b> – Drucksachen 13/385, 13/529 ..... 775	
Abg. Dr. Schüle CDU ..... 775	
Abg. Maurer SPD ..... 776	
Abg. Theurer FDP/DVP ..... 777	
Abg. Dr. Salomon GRÜNE ..... 778	
Minister Dr. Christoph Palmer ..... 779	
Beschluss ..... 781	
7. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs und des Innenministeriums vom 30. Oktober 2001 – <b>Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes</b> – Drucksachen 13/386, 13/505 ..... 781	
Abg. Schneider CDU ..... 782	
Abg. Stickelberger SPD ..... 782	
Abg. Kleinmann FDP/DVP ..... 784	
Abg. Heike Dederer GRÜNE ..... 784	
Minister Dr. Schäuble ..... 785	
Beschluss ..... 786	
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung des Sozialministeriums vom 19. Februar 2001 – <b>Bilanbericht 1996 bis 2000 gemäß § 20 Landesgleichberechtigungsgesetz (LGIG)</b> – Drucksachen 12/6041, 13/512 ... 786	
Abg. Dr. Inge Gräble CDU ..... 786	
Abg. Rita Haller-Haid SPD ..... 787	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP ..... 789	
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE ..... 790	
Staatssekretärin Johanna Lichy ..... 792	
Beschluss ..... 793	
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum vom 18. Oktober 2001 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs (GMO Agraralkohol)</b> – Drucksachen 13/379, 13/521 ..... 793	
Beschluss ..... 793	
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2001, Az.: 1 BvR 525/99 – <b>Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. W. W. aus R. gegen Entscheidungen von Berufsgerichten für Ärzte wegen Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ neben anderen Gebietsbezeichnungen (§ 39 Abs. 3 Heilberufe-Kammergesetz)</b> – Drucksache 13/519 ..... 794	
Beschluss ..... 794	
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung – <b>Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen</b> – Drucksachen 13/552, 13/563 ..... 794	
Beschluss ..... 794	
12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/478, 13/479, 13/480, 13/481, 13/482, 13/540, 13/541 ..... 794	
Beschluss ..... 794	
13. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/488 ..... 794	
Beschluss ..... 794	
Nächste Sitzung ..... 794	

## Protokoll

über die 15. Sitzung vom 13. Dezember 2001

Beginn: 9:30 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Puchta erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Brunnemer und Herr Abg. Wintruff.

Dienstlich verhindert ist ab 12 Uhr Herr Finanzminister Stratthaus.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Tagesordnung ergänzen und die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung „Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen“ aufnehmen; Drucksachen 13/552 und 13/563. Ich schlage vor, diese Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses von gestern als neuen Punkt 11 der Tagesordnung einzufügen; die bisherigen Punkte 11 und 12 verschieben sich entsprechend. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Die Rolle baden-württembergischer Justiz- und Finanzorgane in der FlowTex-Affäre – beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 40 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die Redner in der ersten Runde und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Ich erteile zunächst Herrn Abg. Maurer das Wort.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte hat aus unserer Sicht einen Anlass und eine Ursache. Anlass war die Berichterstattung über eine Fahrt des Herrn Schmider mit Besuch eines Feinschmeckerrestaurants und der Möglichkeit – so ist es geäußert worden – zu unbehinderten Telefonaten. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, wenn man weiß, dass ein Großteil des Geldes, um das da geschädigt worden ist, nach wie vor irgendwo im Finsternen ruht. Es gibt wilde Spekulationen, ob es denn in Südamerika oder sonst wo abgeblieben ist.

Wenn vor einem solchen Hintergrund öffentlich die Vermutung erhoben wird, dass der Hauptbeschuldigte jede Menge Gelegenheit habe, Kontakte zu knüpfen oder weiter zu pflegen, ist das natürlich ein schwerwiegender Vorgang, Herr Justizminister.

Ich darf Sie im Übrigen darauf hinweisen, dass wir es bei der vermuteten Tat mit einem außerordentlich hohen Strafrahmen – bis zu 15 Jahren – zu tun haben. Die Anklage hat entsprechend eine sehr hohe Strafe beantragt. Da müssen Sie es schon irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen, dass der rechtstreue Bürger einigermaßen staunend vor der Tatsache steht, wie andere Leute bei einem ähnlich kriminellen Unrechtsgehalt behandelt werden. Wir bewegen uns hier in einem Strafrahmen von schwerem Raub mit Körperverletzung. „Otto Normalverbraucher“ – ich auch – fragt sich da, ob vergleichbarer krimineller Delikte beschuldigte Untersuchungshäftlinge auch in Feinschmeckerrestaurants zum Telefonieren einkehren können.

Ich sage Ihnen, das ist einer der Vorgänge, die geeignet sind, die Rechtstreue unserer Bevölkerung allein über den Anschein, der hier pausenlos gesetzt wird, zu untergraben, und das hat dann schwerwiegende Folgen.

(Beifall bei der SPD)

Aber das war nur der Anlass; denn mittlerweile überschlagen sich die Meldungen. Ich denke, lieber Herr Stratthaus, Herr Goll: Wir haben jetzt zur Kenntnis zu nehmen, dass offenkundig seit 1996, spätestens seit Anfang 1997 alle Fakten, die nun, Jahre später, zu einer Anklage geführt haben, auf dem Tisch des Hauses, jedenfalls der Ermittlungsbehörden und der Staatsanwaltschaften, gelegen haben.

Da stellt sich für den staunenden Betrachter schon die Frage, wie es eigentlich möglich ist, dass bei einer solchen Sachlage über Jahre hinweg offensichtlich auch nicht das geringste Aufklärungsinteresse bestanden hat. Man fragt sich natürlich, welche wunderbaren Zusammenhänge so etwas bewirken könnten. Ich will da gar keine Vermutungen äußern. Das wird ohnehin herauskommen. Es wird mit allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, ermittelt werden, und Gott sei Dank haben wir auch noch eine kritische Öffentlichkeit.

Nur: Ihr Verhalten, Herr Stratthaus und Herr Goll, ist in diesem Zusammenhang schon sehr merkwürdig. Herr Stratthaus, Sie haben laut einer dpa-Meldung noch vor nicht langer Zeit erklärt:

Letztlich sei es allein der Initiative der Finanzbeamten zu verdanken, dass der derzeit vor dem Landgericht

(Maurer)

Mannheim verhandelte „größte Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte“ aufgedeckt . . . worden sei, betonte Stratthaus.

Vielmehr habe seine Behörde schon frühzeitig herausgestellt, dass die Betriebsprüfer im Rahmen ihrer Befugnisse alles unternommen hätten, um den Fall aufzuklären.

Wenn Sie das einmal im Lichte der heutigen Berichterstattung überdenken, müssen Sie schon anfangen, sich in diesem Kontext zu erklären.

Wir lesen im „Spiegel“, dass mittlerweile sogar der Vorwurf der Aktenmanipulation im Raum steht, Herr Justizminister. Auch das wird zu klären sein. Ich sage Ihnen: Ich habe den unsäglichen Eindruck, dass jetzt hinter den Kulissen ein Spiel tobt nach dem Motto: Wer hat es denn gemacht? Hat es die Staatsanwaltschaft Karlsruhe gemacht, hat es die Staatsanwaltschaft Mannheim gemacht? Haben es am Ende die Finanzbehörden Mannheim gemacht? Dieser Vorwurf ist unaufgeklärt. Haben Sie Druck auf die Behörden des Landes Thüringen ausgeübt, nicht tätig zu werden – ja oder nein? Und, und, und.

Das alles behandeln Sie nach dem Motto: Nur nicht hingucken, nur nicht aufklären. Sie drücken das ab. Die Staatsanwälte sollen sich jetzt selbst vernehmen; das tun sie wohl auch schon.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Da gibt es ja auch interessante Fragen. Die Finanzbehörden klären das auf unterster Ebene ab. Die verantwortlichen Chefs des Ganzen, der Herr Finanzminister, der Herr Justizminister, verhalten sich wiederum nach dem Motto: Stand-by,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

schauen wir einmal, was kommt, nur nicht so früh hineingezogen werden. Ich sage Ihnen: In einem funktionierenden Rechtsstaat ist es Ihre Pflicht, Herr Finanzminister, und Ihre Pflicht, Herr Justizminister, die Frage aufzuklären, warum es möglich war, dass man diese Dinge über Jahre hinweg hat laufen lassen. Man hätte den größten Schaden vermeiden können, wenn man sich wie im Normalfall verhalten hätte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Ihre nachgeordneten Behörden versagen, müsste es Ihr äußerstes Interesse sein, zu klären, was da warum nicht funktioniert hat. Es ist eigentlich nicht die Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit oder der Opposition, die Ursachen des Versagens Ihrer Behörden zu klären. Das ist Ihre Aufgabe. Aber ich habe den Eindruck, Sie wollen das nicht. Damit eröffnet sich die interessante Frage, warum Sie das nicht wollen. Das werden wir in der zweiten Runde weiter vertiefen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Birzele SPD: Er hat sogar die Zeitung gelesen!)

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lieber Herr Kollege Maurer, ich habe Verständnis dafür, dass die Opposition versucht, aus diesem Thema Erfolg zu ziehen, und damit eine Geschichte präsentiert, als gäbe es eine schützende Hand der Politik,

(Der Redner hat einen verbundenen Finger und breitet seine Arme sichtbar aus. – Zurufe von der SPD und den Grünen – Heiterkeit)

als würden wir in einer Bananenrepublik leben und als seien bei uns alle korrupt. Das klingt sehr gut,

(Abg. Birzele SPD: Aber man kann den Finger dabei einklemmen!)

aber gerade Sie als Jurist, lieber Kollege Birzele, sollten zumindest gewisse Grundzüge eines Rechtsstaats beachten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Hört, hört! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Zum einen gehen Sie völlig undifferenziert an diese Geschichten heran.

(Abg. Hillebrand CDU: Wie immer!)

Sie vermitteln den Eindruck, als würde aus dem Knast heraus ungehindert telefoniert, mit wem immer man will. Sie vermitteln aber auch den Eindruck, als sei ein Telefonat unzulässig. Ich will Sie darauf hinweisen, obwohl Sie als Jurist genau wissen, dass in einer Demokratie jeder Gefangene mit seinem Verteidiger telefonieren darf. Das ist ein Gebot des Rechtsstaats. Aber das unterlassen Sie; dazu sagen Sie keinen Satz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Maurer SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie wissen doch gar nicht, mit wem er telefoniert hat!)

– Liebe Frau Kollegin Dederer, ich habe mit Interesse vernommen, dass Sie sich ebenfalls in den Reigen derer eingereiht haben, die einen Justizskandal in diesem Lande ausmachen. Allerdings haben Sie zumindest differenziert. Während die SPD schon einen Untersuchungsausschuss für notwendig erachtet,

(Abg. Döpfer CDU: Für sie ist er schon abgeschlossen!)

wollen Sie wenigstens die Ermittlungen abwarten. „Gut so“, kann ich nur sagen. Denn manchmal ist es richtig, wenigstens die Ermittlungsergebnisse abzuwarten, bevor man Urteile fällt und Folgeschlüsse zieht.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ach, Reinhart!)

Denn die Anwürfe gegen den Justizminister laufen unter dem Motto: semper aliquid haeret – es bleibt immer etwas hängen. Erst wirft man mit Dreck und dann sagt man: Du bist verschmutzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

(Dr. Reinhart)

Ich möchte erst einmal ein paar Fakten festhalten. Festgestellt und aufgedeckt wurde der Skandal zunächst durch das Finanzamt und die Betriebsprüfung. Dadurch wurde das Verfahren erst eingeleitet. Sonst hätten wir das Verfahren gar nicht bekommen. Punkt eins.

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU)

Punkt zwei: Man sollte einmal beachten, dass die Staatsanwaltschaft und die Abteilung Wirtschaftskriminalität ein Verfahren dieses Ausmaßes noch nie so schnell zum Abschluss gebracht haben. Nicht einmal zwei Jahre sind vergangen, und wir haben bereits die Anträge der Staatsanwaltschaft – und in wenigen Tagen das Urteil. Bei einem Antrag auf zwölf Jahre Haft werden Sie davon ausgehen können, dass hier keine schützende Hand der Politik gewirkt hat.

Drittens: Es ist einmalig – und da sollte man auch an die Politik in diesem Land denken –, dass 500 Millionen DM bei der Abschöpfung sichergestellt wurden. Das Land Baden-Württemberg ist mit seiner eingesetzten Truppe mittlerweile vorbildlich, und man sollte Polizei, LKA und Staatsanwaltschaft auch einmal Anerkennung dafür aussprechen, dass eine halbe Milliarde DM sichergestellt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn der Konkursverwalter hätte überhaupt nichts zu verteilen, wenn diese Sicherstellung nicht erfolgt wäre.

Meine Damen, meine Herren, wir haben einen Rechtsstaat, der funktioniert. Wer in diesem Staat so betrügt, wie es Schmider, Kleiser und Konsorten getan haben, muss bestraft werden. Es ist unglaublich, mit welcher kriminellen Energie hier vorgegangen worden ist. Jeder, der sich näher mit den Vorgängen befasst, weiß, dass perfekt getäuscht wurde: mit Urkundenfälschungen, mit Maschinen, die hin- und hergeschoben worden sind, mit Originalrechnungsbelegen und vielem mehr.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war nur vordergründig perfekt, Herr Kollege!)

Deshalb sollte man bitte in diesem Zusammenhang einmal festhalten: Wenn die Staatsanwaltschaft zusammen mit der Polizei Tag und Nacht gearbeitet hat und nun der Täter auch ins Gefängnis kommt, dann halte ich es schon für fragwürdig, wenn von Kollegen Anfragen kommen, die da lauten: Wird Herr Schmider zu Weihnachten freigesetzt? Wo leben wir eigentlich! Für ihn sind zwölf Jahre Haft beantragt. Jeder Jurist weiß, dass in § 112 der Strafprozessordnung Haftgründe stehen. Bei einem Antrag auf zwölf Jahre Freiheitsstrafe ist der Verdacht auf Fluchtgefahr von vornherein indiziert. Insoweit ist es völlig fern liegend, danach zu fragen – so, als würde jetzt die schützende Hand der Politik dafür sorgen –, ob Herr Schmider an Weihnachten freigelassen wird. Das sind Geschichten, die Sie erfinden, um den Justizminister zu diskreditieren. Darauf werde ich in der zweiten Runde eingehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst mal, sehr geehrter Herr Kollege Maurer: Dass der Angeklagte Schmider in einem Feinschmeckerrestaurant essen gegangen ist und dass die beiden begleitenden Polizeibeamten das zugelassen haben, wäre nur dann ein Problem des Justizministers, wenn er das ausdrücklich angeordnet oder gebilligt hätte. Aber das hat er nicht getan.

(Abg. Bebbler SPD: Das wäre das Dickste, wenn der Justizminister das noch anordnen würde! Das würden wir dem Justizminister nie unterstellen!)

Die Polizeibeamten unterstehen dem Innenressort, Herr Maurer, und klar ist, dass entsprechende Verfahren gegen diese Polizeibeamten eingeleitet worden sind.

Und die nächste Frage, Herr Maurer, war verräterisch. Damit haben Sie nämlich offenbart, Herr Maurer, dass Sie überhaupt nichts von der Gewaltenteilung halten, von der Trennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Wenn Sie von „nachgeordneten Behörden“ sprechen und damit die Justiz meinen,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

zeigen Sie doch, dass Sie gar nicht daran denken. Die Justiz ist doch keine nachgeordnete Behörde.

(Abg. Maurer SPD: Was ist denn die Staatsanwaltschaft?)

Die Gerichte sind unabhängig. Sie wissen ganz genau, dass auch die Staatsanwaltschaft unabhängig ist, weil sich das Weisungsrecht ausschließlich auf die Einheitlichkeit der Strafverfolgung bezieht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Das müssten Sie als Jurist eigentlich besser wissen. Aber die SPD fordert in Baden-Württemberg die Abschaffung des Weisungsrechts für Staatsanwaltschaften. Und wie ernst sie es mit der Trennung von Gewalten meint, hat sie in Nordrhein-Westfalen bewiesen. Dort hat sie nämlich gleich das unabhängige Justizressort ganz abgeschafft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

So ist es nämlich: In Brandenburg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin, in Bremen ist das die Realität.

(Abg. Birzele SPD: Es ist falsch, was Sie behaupten!)

Wir, die FDP/DVP, stehen fest zur Trennung der Gewalten.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Wir wollen eine unabhängige Justiz, und das ist auch gut so. Bemerkenswert finde ich, wie Sie mit dieser Aktuellen Debatte in ein laufendes Gerichtsverfahren eingreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

(Theurer)

Was soll denn der Landtag von Baden-Württemberg tun, meine Damen und Herren, wenn die Hauptverantwortlichen für diesen Millionenbetrug in Mannheim vor dem Landgericht stehen? Die Staatsanwaltschaft beantragt Höchststrafen, die Verteidigung beantragt Milde. Und was beantragen Sie von der SPD-Fraktion?

(Abg. Fischer SPD: Aufklärung!)

Was wollen Sie mit dieser Debatte heute erreichen?

(Abg. Birzele SPD: Abg. Dr. Reinhart hat sich zum Strafmaß geäußert! – Lachen bei der SPD)

Wollen Sie etwa das Landgericht in seiner Entscheidungsfindung beeinflussen? Ich sage Ihnen: Wenn es konkrete Anhaltspunkte gibt, dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landesbehörden falsch verhalten haben, dann übergeben Sie diese Anhaltspunkte doch den Strafverfolgungsbehörden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann wird das durch ein unabhängiges Verfahren rechtlich geklärt, wie dies in einem Rechtsstaat richtig und notwendig ist. Wenn Sie Anhaltspunkte haben – oder hätten –, dass es politische Fehlentscheidungen gibt, dann können Sie das hier ansprechen. Dann können Sie einen Untersuchungsausschuss beantragen und das klären. Das werden Sie aber nicht tun, weil Sie selber nicht glauben, dass irgendetwas dabei herauskommt.

(Abg. Teßmer SPD: Aber Sie wissen es?)

Mehr kann man überhaupt nicht dazu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ehemalige Finanzbeamtin habe ich natürlich schon das eine oder andere Mal mit Betrügern zu tun gehabt. Es war eigentlich immer sehr interessant, wie einfallreich diese Leute sind. Aus diesem Grund hätte ich natürlich gerne mal einen besonders Einfallreichen wie Herrn Manfred Schmider getroffen und ihn gefragt, wie er das wirklich gemacht hat, wie der Fall tatsächlich abgewickelt wurde.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wie stehen Sie jetzt zu den Kollegen?)

Ich musste feststellen – ich hätte dazu ja in den Knast gehen müssen –, dass das gar nicht so einfach ist. Ganz im Gegenteil – das wissen wir jetzt seit neuestem –, es wäre viel einfacher gewesen, wenn Schmider mich besucht hätte.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir hätten dann bei einem netten Abendessen die ganze Sache besprechen können.

(Erneute Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Das ist ja offensichtlich im Fall FlowTex alles kein Problem. Schmider besucht seinen Insolvenzverwalter und geht im Anschluss daran mit seinen Bewachern in Achern noch essen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Ja, wie oft wurden Sie eingeladen, Frau Kollegin?)

Er führt angeblich auch Telefonate – uns würde schon interessieren, ob die überwacht wurden oder nicht –, und – das ist eigentlich der Gipfel – sein Anwalt verschafft sich Zutritt zu den Räumen der Sonderkommission. Das ist also zumindest ein Hausfriedensbruch, den er begeht, und eventuell hat er sogar Akten manipuliert. Das wissen wir nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber man sagt es halt mal!)

Er wurde wegen dieses Vergehens nicht einmal angezeigt.

Erhöhte Fluchtgefahr spielt offensichtlich keine Rolle, obwohl ja – das wissen wir alle – von den ergaunerten Geldern noch ein paar Millionen fehlen, er also durchaus auch Gründe hätte, zu fliehen.

Man muss sich einfach einmal vorstellen, was hier passiert ist. Ich stelle die Frage, ob es bei uns im Staat eigentlich Häftlinge erster Klasse gibt. Mir kommt es fast so vor, als würden wir hier in einer Bananenrepublik leben, wenn ich mir diesen Fall anschau.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lieber Kollege Theurer, es interessiert mich als Politikerin schon, wie es tatsächlich war und warum es bei uns in der Justiz solche Versäumnisse gibt, und das muss auch Sie interessieren. Auch Sie müssen fragen, was hier vorgefallen ist. Denn auch unsere Justiz muss auf dem Boden der Verfassung stehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die Fragestellung ist ja auch erlaubt; aber andere Fragestellungen sind nicht erlaubt!)

Herr Minister Goll, ich frage Sie: Wie wollen Sie denn unseren Bürgerinnen und Bürgern hier im Land erklären, was Recht und Ordnung ist, wenn sich unsere eigenen Justizbehörden nicht daran halten?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt aber mal langsam! Das sind doch Vorwürfe, die Sie nicht beweisen können!)

Ich fordere Sie auch auf, hierzu Stellung zu nehmen und auch das Verhalten unserer Justiz zu erklären. Warum wurde denn beispielsweise der Anwalt nicht angezeigt, Herr Pfister?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist doch ein Antragsdelikt! Wissen Sie, was Hausfriedensbruch bedeutet? Das ist kein Offizialdelikt, sondern ein Antragsdelikt! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Unruhe)

– Herr Kollege Reinhart, es wurde schlicht und ergreifend nur der Anwaltskammer gemeldet. Wenn einer in den Räu-

(Heike Dederer)

men der Sonderkommission ertappt wurde, dann muss man den anzeigen, weil das ein Hausfriedensbruch ist. Ich vermute, es werden auch noch weitere Vergünstigungen zutreten, aber die wir natürlich, wie alles in dem Fall, auch nur häppchenweise serviert bekommen.

Seit fünf Jahren wurstelt die Staatsanwaltschaft Mannheim an diesem Fall herum – ich darf Ihnen nur noch einmal ein paar Sachen in Erinnerung rufen –: Es gibt zwei eingestellte Ermittlungsverfahren aus dem Jahr 1997, es gibt aktuell in der Presse die Aussage, die Staatsanwaltschaft Mannheim habe Akten manipuliert. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe beispielsweise hat 1997 nicht wegen Urkundenfälschung und Investitionsbetrug ermittelt, obwohl eine anonyme Anzeige vorlag und obwohl klar war, dass es sich um einen Schaden von 700 Millionen DM handeln könnte.

(Abg. Teßmer SPD: Peanuts!)

Durchsuchungsanträge verschwinden irgendwie auf dem Weg von der Staatsanwaltschaft Mühlhausen zur Staatsanwaltschaft Mannheim – kann ja mal vorkommen –,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und gegen einen Finanzbeamten wird wegen Bestechlichkeit ermittelt. Aber offensichtlich spielt das im Verfahren gegen Schmider jetzt keine Rolle mehr.

Eines würde mich da schon auch interessieren: Was ist eigentlich aus der anonymen Anzeige gegen Morlok – ehemaliger FDP/DVP-Abgeordneter – geworden, die der Staatsanwaltschaft Mannheim seit Februar letzten Jahres vorliegt und dort liegt und liegt und liegt?

Meine Damen und Herren, alle diese Punkte sind für sich genommen schon ungeheuerlich, aber in der Summe ist es schlicht und ergreifend der Justizskandal, von dem wir schon gesprochen haben. Unseres Erachtens ist es höchste Zeit, dass der Generalstaatsanwalt das komplette Verfahren an sich zieht und nicht länger der Staatsanwaltschaft Mannheim überlässt, die hier offensichtlich Altlasten mit sich herumträgt.

(Zuruf von der CDU: Das ist eine Frechheit!)

Meine Damen und Herren, es gibt ein Sprichwort: Zum Begräbnis der Wahrheit gehören viele Schaufeln. Ich bitte doch darum, dass man hier endlich einmal mit dem Zuschaufeln aufhört und die Wahrheitsfindung mit allen gebotenen Mitteln betreibt. Denn es geht ja schließlich um unseren Rechtsstaat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Abg. Birzele SPD: Ja, will der Justizminister nicht sprechen? – Gegenruf von der CDU: Nein! – Abg. Birzele SPD: Er wartet ab, damit niemand antworten kann! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Kluger Mann! – Abg. Alfred Haas CDU: Noch leitet der Präsident die Sitzung, Herr Birzele! – Weitere Zurufe)

**Abg. Maurer SPD:** Also gut. Ursprünglich war ja der Sinn der Aktuellen Debatte, dass es einen Dialog in freier Rede gibt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist hier nicht gewünscht!)

– Das ist nicht gewünscht. Man möchte doch schon gern erreichen, dass wir auf die Bekundungen, die abgegeben werden, nicht mehr reagieren können.

(Zuruf: Ein Zeichen von Stärke!)

– Ein Zeichen von außerordentlicher Stärke.

Herr Kollege Theurer, Sie sind entschuldigt: Ich habe mich gerade vergewissert und festgestellt, dass Sie Diplom-Volkswirt sind.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Ist das eine Schande?)

– Nein, aber es entschuldigt ihn. Deshalb weiß er nicht, dass die Staatsanwaltschaft natürlich eine Behörde ist. Wenn ich Ihnen folgen würde, müssten wir das Amt des Justizministers eigentlich abschaffen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben Sie ja gemacht!)

denn er hätte gar nichts mehr zu tun. – Sie müssten es abschaffen, Ihren eigenen Bekundungen zufolge.

Aber jetzt, Herr Kollege Pfister und werter Herr Reinhart, um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Es ist ein gigantischer Schaden entstanden. Der Schaden ist der größte dieser Art in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und übertrifft den viel kommentierten Fall von Herrn Schneider bei weitem. Dieser Schaden ist in den wesentlichsten Teilen in den Jahren nach 1996 entstanden.

Die Frage, die sich ein Rechtsstaat stellen muss, lautet: Wie kann es sein, dass jemand mit der von Ihnen zitierten kriminellen Energie einen solchen Schaden anrichten kann, obwohl die Ermittlungsbehörden und die Staatsanwaltschaften des Landes Baden-Württemberg in all diesen Jahren mehr als handfeste Indizien hatten, die auf dieses kriminelle Vergehen hingewiesen haben?

(Abg. Zimmermann CDU: Trifft nicht zu! Nennen Sie eines!)

Ich zitiere hier nur aus Zeitungen, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der CDU)

– Sie können sich ja dazu äußern. – Trifft es zu, dass die Ermittlungsbehörden bereits Anfang 1997 die Staatsanwaltschaft darauf hingewiesen haben, dass möglicherweise zwar keine Steuerhinterziehung, dafür aber ein Kreditbetrug zulasten der finanzierenden Institute vorliegt?

Das beginnt schon sehr früh; es beginnt schon bei diesem Raubüberfall. Die Polizisten schlugen heute noch die Hände über dem Kopf zusammen wegen der Art und Weise, wie das Verfahren niedergeschlagen wurde.

(Maurer)

Das setzt sich dann fort. Es gab eine Selbstanzeige, lese ich da: Frau Neumann in Thüringen hat dort die Behörden zum Laufen gebracht – aber nicht bei uns. Es gibt den abenteuerlichen Vorgang, lese ich in der Zeitung, dass die Behörden des Landes Thüringen in Baden-Württemberg Untersuchungen veranlassen, ohne die hiesigen Kollegen zu beteiligen. Warum machen die solche abenteuerlichen Dinge? Es gibt ein Ersuchen dieser Behörden auf Amtshilfe. Es gibt Übermittlungsvorgänge, die verschwunden bleiben. Es gibt jetzt, wie gesagt, sogar die Behauptung von an diesem Verfahren Beteiligten in der Staatsanwaltschaft, die Akten seien manipuliert worden. Ich kann mich an nichts Vergleichbares erinnern.

Es geht nicht, diesen Fall in der Art, wie wir es bisher erlebt haben, zu behandeln. Die Zeugen, die einmal anonyme Hinweise gegeben haben, werden in Beugehaft genommen – so war es beabsichtigt. Jetzt werden zwei kleine Polizeibeamte belangt. Vielleicht wird auch noch ein Betriebsprüfer erwischt. Aber alle diejenigen, die bei der OFD und der Staatsanwaltschaft agiert oder nicht agiert haben, bleiben außen vor.

Diese Fakten, werter Herr Kollege Reinhart, wieder nach der Methode „Die Kleinen hängt man, und alle anderen machen sich aus dem Staub“ zu bewältigen, wird nicht stattfinden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wertes Herr Theurer, wozu gibt es eigentlich eine Berichtspflicht an den Justizminister? Wozu gibt es Generalstaatsanwälte? Doch dazu, dafür zu sorgen, dass der Rechtsstaat in diesem nachgeordneten Behördenbereich funktioniert.

Wenn ich als Justizminister zur Kenntnis nehmen würde, wie die Dinge seit 1996 gelaufen sind, müsste ich doch selbst das äußerste Interesse daran haben, zu klären, was da eigentlich los ist – auch als Finanzminister, wenn meinen Beamten der Vorwurf gemacht würde, mit Großkriminellen zusammenzuarbeiten. Wenn der Vorwurf erhoben wird, sogar hohe Beamte bei der OFD hätten auf die Behörden anderer Länder Einfluss genommen, um das Verfahren zu behindern, und hätten Hinweise auf die politischen Verbindungen des Herrn Schmider gegeben, müssten doch bei Ihnen Tag und Nacht die Alarmglocken klingeln. Sie müssten sich ohne Ende Berichte geben lassen. Sie müssten ein Interesse daran haben, zu klären, was eigentlich in Ihrem Laden los ist – in beiden Läden –, und zwar im Interesse des Rechtsstaats und weil es Ihre Aufgabe ist.

Stattdessen erleben wir: „Wir wissen nichts“, „Wir wollen nichts wissen“, „Ich bin überrascht“, „Es war nichts“. Nach dieser Methode funktioniert das jetzt seit Monaten und Monaten. Das geht so nicht. Denn am Ende – damit das einmal klar ist – werden Sie nicht davon profitieren, wir nicht, alle demokratischen Parteien nicht. Ist Ihnen eigentlich nicht klar, dass das Wasser auf die Mühlen von anderen politischen Kräften ist, die sagen: „Wir haben ja immer gewusst, wie es hier zugeht und dass mit zweierlei Maß gemessen wird“? Ist Ihnen das nicht klar? Wenn Sie nicht bereit sind, offensiv solche Dinge aufzuklären, wenn weiterhin der Eindruck besteht, dass man Ihnen abnötigen, abtrotzen muss, dass Sie Ihrer Pflicht nachkommen, dann

schadet das dem demokratischen Staat insgesamt. Das ist das Problem dieses Falls.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Maurer, Sie sprechen davon, was dem demokratischen Staat schadet. Ich sage Ihnen, es schadet dem demokratischen Staat, wenn Vertreter der Legislative öffentlich den Eindruck vermitteln, dieser Staat sei korrupt und die Politik würde Täter schützen, obwohl das nicht der Fall ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann

SPD: Was haben Sie denn für eine Vorstellung? –

Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Lieber Kollege Teßmer, ich frage Sie: Wenn ein Ermittlungsverfahren zum Abschluss kommt, die Staatsanwaltschaft über zwölf Jahre Freiheitsstrafe beantragt hat und dann dieser Rechtsstaat sein Urteil spricht,

(Abg. Fischer SPD: Es sind doch neue Dinge herausgekommen!)

was ist daran so kritikwürdig?

(Abg. Birzele SPD: Die Umstände!)

– Die Umstände, gut. Wenn Sie die Umstände erwähnen, Herr Kollege Birzele, dann sollten wir differenziert darauf eingehen.

(Abg. Schmiedel SPD, Heike Dederer GRÜNE u.a.: Dann tun Sie es doch!)

Sie sollten bitte unterscheiden, was Straftaten sind, worüber Fakten ermittelt werden, und abwarten, bis ein Ergebnis eines Ermittlungsverfahrens vorliegt, bevor Sie mit Spekulationen, Mutmaßungen und Unterstellungen arbeiten. Das ist nicht seriös.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sind nicht ganz bei Trost! Das ist unglaublich!)

Nun wurde in der Replik der Einwand, dass 1996 nichts getan worden sei, wiederholt; deshalb habe man in diesen vier oder fünf Jahren vieles unterlassen. Der Einwand ist berechtigt, wenn er zutrifft. Die Frage ist doch nur – ich habe auch nur Informationen aus den Medien entnommen, Herr Kollege Maurer –, ob es zutrifft, dass Rechnungen von Herstellern vorgelegt wurden, die es in dieser Zeit nicht gab, und erst dann aufgrund dieser ersten Faktenerkenntnisse sofort der Rechtsstaat gehandelt hat, nämlich innerhalb einer Woche die Verhaftung vorgenommen hat. Das ist doch die entscheidende Frage. Hätte man 1996 diese Fakten erkannt, wäre der Einwand natürlich berechtigt,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Man hat sie erkannt!)

wenn man dann nicht gehandelt hätte.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Man hat sie doch erkannt!)

(Dr. Reinhart)

Aber wir müssen hier auch die Rolle der Wirtschaftsprüfer ins Auge nehmen. Da sind Wirtschaftsprüfer unterwegs gewesen. Die Wirtschaftsprüfer stempeln mit Testat und ihrer Unterschrift. Sie haben die Maschinen angeblich gesehen. Sie waren sogar in fernen Ländern und haben festgestellt, dass diese Maschinen existieren. Wie können Sie dann den Beamten dieses Landes einen Vorwurf machen? Da schließt man messerscharf, „dass nicht sein kann, was nicht sein darf“ aus dem Ergebnis und will unbedingt die Verbindung zur Politik herstellen und den Justizminister belasten. Das ist Ihre Absicht, die dahinter steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Entlastet haben Sie ihn aber auch nicht!)

– Das ist auch nicht unsere Aufgabe, Herr Kollege Teßmer. Da kann ich nur dem Kollegen Theurer Recht geben: Es gibt in einem Rechtsstaat eine Gewaltenteilung, wo jeder seine Aufgaben selbstständig und unabhängig wahrzunehmen hat. Das ist die Aufgabe einer Demokratie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Die Kollegin Dederer hat von ungehinderten Telefonaten gesprochen. Jetzt will ich einmal aus der Sicht eines Anwalts in diesem Rechtsstaat sprechen. Wir haben drei Rechtspflegeorgane: Das eine ist das Gericht, das Zweite sind die Staatsanwälte und das Dritte sind die Verteidiger. Wenn Sie so undifferenziert öffentlich verkünden: „Da wird einem Angeklagten ein Privileg ermöglicht. Er darf sogar telefonieren, man höre und staune“,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Quatsch! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

dann kann ich Ihnen sagen: Das ist ein Anspruch in einem Rechtsstaat, und jedes Rechtspflegeorgan, das in der Verteidigung aktiv ist, würde sich dagegen verwehren, wenn Sie einen solchen Unsinn hier verzapfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Darum geht es doch gar nicht!)

Ich halte es Ihnen zugute,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Darum geht es doch gar nicht! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Es geht doch nicht ums Telefonieren, Herr Reinhart!)

dass Sie als Finanzbeamtin hier sprechen, Frau Dederer. Aber wenn Sie Ihre Rolle als Finanzbeamtin hier so betonen, frage ich Sie: Was machen Sie eigentlich mit den ehemaligen Kollegen, die Sie hier alle pauschal darstellen, als wären die Finanzbeamten in diesem Staat Beamte, die nach dem Motto

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Quatsch!)

„Karibikurlaub, Unternehmen Auto bezahlen lassen und alle korrupt und korrumpierbar“ arbeiten? Das ist nicht in Ordnung.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie stellen Persilscheine aus! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie sind ja völlig ahnungslos!)

– Zum Persilschein komme ich gerade, den Sie hier als Einwand bringen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aber das ignorieren Sie doch!)

Wissen Sie, ich halte es für gut – das ist übrigens auch Aufgabe der Presse –, wenn die Presse Fakten, die sie hat, darstellt. Dagegen gibt es überhaupt keine Einwände. Aber ich verlange von Ihnen eine Differenzierung. Wenn Fakten gegen diesen einen Finanzbeamten auf dem Tisch sind, wird dieser Rechtsstaat ein Ermittlungsverfahren einleiten. Das ist jetzt geschehen. Diese Sachen werden untersucht, und die Staatsanwaltschaft muss ein Abschlussergebnis vorlegen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Warum erst jetzt? Das ist die Frage!)

Nur, hören Sie auf mit Vorverurteilungen. Das ist genau das, was dem Rechtsstaat schadet. Davon sollten Sie Abstand nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Döpfer CDU: Wolfgang, Kompliment, das war gut!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wir erleben hier einen unerhörten Vorgang. Hier werden in Spekulationen Vorwürfe in den Raum gestellt, die, wenn sie zutreffen, eindeutig einen Straftatbestand erfüllen. Anders, sehr geehrter Herr Kollege Maurer, kann es ja gar nicht sein, nachdem Sie hier behauptet haben, dass Behördenleiter Einfluss genommen hätten. Das haben Sie hier behauptet.

(Abg. Maurer SPD: Ich habe zitiert!)

– Das haben Sie pauschal behauptet. Sie haben Zeitungsberichte zitiert;

(Abg. Maurer SPD: Ja!)

aber wenn Sie Erkenntnisse haben, dass es so ist, bitte ich Sie, die entsprechenden Strafanzeigen zu stellen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Anderes bringt hier nichts. Das ist genau der Unterschied zwischen einem rechtlich klaren rechtsstaatlichen Verfahren, wo die Menschen mit klaren Beschuldigungen konfrontiert werden und wo sie die Möglichkeit haben, sich auch zu verteidigen, und wo dann unabhängige Gerichte ein Urteil fällen, und einer Diskussion hier, wo pauschal, ohne dass Namen genannt werden, ohne dass Beweise vorgelegt werden, im Dunkeln und Trüben gefischt wird und damit praktisch insgesamt die baden-württembergische Verwaltung, vor allem die Steuerverwaltung, in Misskredit gebracht wird. Ich halte das nicht für richtig. Dieser Generalverdacht gefällt mir überhaupt nicht.

(Theurer)

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Anfänge des Verfahrens in die Zeit vor 1996 zurückreichen. Es ist ja auch schon vom Kollegen Reinhart angesprochen worden, dass es zu jener Zeit sehr wohl Ermittlungen gab. Ich bin fest davon überzeugt, dass die baden-württembergischen Behörden verhindert hätten, dass es weitergeht, wenn sie es hätten können, vor allem, wenn sie es gewusst hätten, und wenn sie es gewusst oder geahnt hätten, hätten sie es verhindert, wenn sie es hätten beweisen können. Das Problem war doch, dass es nicht beweisbar war. Das ist der entscheidende Punkt.

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch Unsinn, Herr Theurer!)

In einer Forderung, Herr Kollege Maurer, bin ich völlig mit Ihnen einig: Sollte es tatsächlich Versäumnisse bei den Finanzbehörden gegeben haben, bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft,

(Abg. Birzele SPD: Aber Sie sind doch fest davon überzeugt!)

ist es selbstverständlich richtig –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn um Milliarden beschissen wird, muss es Versäumnisse gegeben haben!)

und das erwarten wir auch vom Finanzminister und von der Landesregierung –, dass dem nachgegangen wird. Der FDP/DVP-Fraktion ist es auch wichtig, dass die Wirtschaftskriminalität bekämpft wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dass das schwierig ist, haben wir in diesem Bereich gesehen. Hier wurde ein Lügengebilde, ein weltweites Betrugsimperium aufgebaut, das von den Wirtschaftsprüfern und von den Steuerprüfern nicht durchschaut wurde. Als es durchschaut wurde, meine Damen und Herren, wurden die Hauptverantwortlichen angeklagt und vor Gericht gestellt.

(Abg. Teßmer SPD: Nebelwerfer!)

Jetzt werden Höchststrafen gefordert. Ich denke, dass das ein Beweis dafür ist, dass in dieser Frage der Rechtsstaat funktioniert, meine Damen und Herren.

Mit Ihrem Vorwurf der Versäumnisse an die baden-württembergischen Behörden befinden Sie sich auch in guter Gesellschaft. Herr Gauweiler stellt als Verteidiger von Herrn Dogmoch ähnliche Vorwürfe in den Raum. Möglicherweise hat Herr Gauweiler vom Staatsaufbau andere Vorstellungen als wir, auch vor dem Hintergrund seiner bayerischen Erfahrungen, meine Damen und Herren. Aber mit seinen Vorstellungen kam er ja auch bei der bayerischen Staatsregierung nicht durch. Ich glaube, Ihre Argumentation ist hanebüchen. Nicht diejenigen, die betrogen, geschoben und geschädigt haben, kommen hier in den Blickpunkt, sondern diejenigen, die versucht haben, diesen Leuten das Handwerk zu legen, die es aber in einem Rechtsstaat beweisen müssen, meine Damen und Herren.

Noch einen Satz zum Weisungsrecht: Sie, Herr Maurer, stellen sich hier so hin, als ob ein Justizminister da so einfach Einfluss nehmen könnte. Sie als Jurist, Herr Maurer, wissen aber doch, dass das Weisungsrecht klar begrenzt ist, dass die Ausübung des Weisungsrechts begründet werden muss, dass das Weisungsrecht dokumentiert wird und dass Einflussnahmen herauskommen. Wenn Sie Beweise haben, dass Einfluss genommen worden ist – hier wurde von Frau Dederer der Name Morlok in den Raum gebracht –, dann legen Sie diese doch vor. Einerseits werfen Sie dem Justizminister vor, er habe nicht genug getan, andererseits werfen Sie ihm vor, er habe etwas getan.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Er soll sich einmal dazu äußern! Er schweigt doch bisher nur! Das ist doch das Ärgerliche!)

Wenn Sie Beweise haben, dann beantragen Sie doch einen Untersuchungsausschuss. Aber das werden Sie nicht tun, weil Sie selber nicht daran glauben, dass etwas herauskommt. Und das zeigt ganz deutlich, dass Sie unhaltbare Vorwürfe in den Raum stellen. Ich fordere von Ihnen, dass Sie die Beweise auf den Tisch legen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso nicht Oelmayer? – Abg. Birzele SPD: Man merkt, dass in der FDP/DVP-Fraktion kein Jurist ist!)

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es erstaunt mich schon etwas, Herr Kollege Reinhart, dass Sie der SPD und uns Vorwürfe machen, weil wir dieses Thema heute auf die Tagesordnung bringen. Denn schließlich geht es hier ja nicht um Peanuts, obwohl wir wissen, dass dieses Wort seit dem Fall Schneider eine andere Bedeutung hat, sondern um den größten Betrugsfall in der Geschichte Deutschlands.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das bestreitet doch niemand! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: So ist es!)

Man muss einfach wissen, worum es hier geht, und da darf sich die Politik schon für die eine oder andere Frage interessieren. Wir wissen, es gibt 40 Ermittlungsverfahren, davon allein sechs gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder. Sie als Jurist wissen sehr gut, dass nicht einfach aus der Luft gegriffen ermittelt wird, sondern dass es einen Anfangsverdacht geben muss. Und in diesem Fall wissen wir auch etwas mehr. Nicht nur die Justizbehörden, sondern auch die Finanz- und Steuerverwaltung hat ja in diesem Fall seit 1996 eine mehr als unrühmliche Rolle gespielt.

Herr Kollege Reinhart, Sie haben die Testate angesprochen, die eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausgestellt hat. Wenn Sie genau hinschauen, dann müssen Sie das schon sehr genau tun. Die Betriebsprüfer hätten beispielsweise die Möglichkeit gehabt, dieser Wirtschaftsprüfungsgesellschaft genaue Vorgaben zu machen, zum Beispiel wann eine Maschine im Ausland geprüft wird. Aber das hat

(Heike Dederer)

sie nicht gemacht. Deswegen konnte FlowTex überhaupt diesen Tourismus betreiben, und das ist doch hier das Problem. Das sind die Versäumnisse, von denen ich rede.

(Lebhafte Zurufe)

Das Finanzamt Karlsruhe-Durlach – –

(Weitere Zurufe und anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Zimmermann, Sie wollen eine Zwischenfrage stellen? – Frau Dederer, Sie erlauben das?

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Ja, ich erlaube das.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Zimmermann.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Zimmermann CDU:** Frau Dederer, wie erklären Sie sich – Sie sagen ja selbst, dass es das größte Wirtschaftsverfahren in Deutschland ist –, dass dieses größte Wirtschaftsverfahren in Baden-Württemberg in kürzester Zeit mit Erfolg bearbeitet wurde, wenn hier Nachlässigkeiten stattgefunden haben? Wie erklären Sie sich das?

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Ich habe vorhin schon versucht, deutlich zu machen, dass man schon 1996 und 1997 Erkenntnisse hatte, die dazu hätten führen können, diesen Betrug zu verhindern.

(Abg. Zimmermann CDU: Erkenntnisse, aber keine Beweise! – Anhaltende Unruhe)

Wir warten jetzt einmal ab, was bei den Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer herauskommt. Dann werden wir ja sehen, ob tatsächlich keine Möglichkeit bestand, diesen Betrug zu verhindern.

Meine Damen und Herren, es gab ja weitere Versäumnisse. Beispielsweise rät das Finanzamt Karlsruhe-Durlach – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Waren Sie auch beteiligt, Frau Dederer? – Weitere Zu- und Gegenrufe)

– Wir sollten alle ein Interesse daran haben. – Das Finanzamt Karlsruhe-Durlach rät beispielsweise von Durchsuchungen bei FlowTex mit der Begründung ab, das Gelände sei zu groß.

Auch wird eine anonyme Anzeige nicht weitergegeben. Die Betriebsprüfer hatten schon 1996 und 1997 Unterlagen, aus denen der Betrug ersichtlich wurde. Und dann hat natürlich auch dieses ungeklärte Treuhandverhältnis zwischen KSK und FlowTex dazu geführt, dass die Zuständigkeiten hin- und hergeschoben wurden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Woher wissen Sie denn so viel, Frau Dederer? – Gegenruf des Abg. Maurer SPD: Zeitung lesen! – Abg. Fischer SPD: Und zwar richtig! – Abg. Birzele SPD: Der Haas sollte mehr Zeitung lesen!)

– Ich lese im Gegensatz zu Ihnen offensichtlich Zeitung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hätten Sie beispielsweise heute Morgen die „Stuttgarter Zeitung“ gelesen, wüssten Sie, dass sich die Verdachtsmomente wegen Bestechung gegen einen Betriebsprüfer erhärten. Es geht jetzt nicht nur um einen Karibikaufenthalt, sondern es geht jetzt offensichtlich auch um ein Auto.

Herr Minister Stratthaus, es nutzt doch niemandem, wenn Sie und der Kollege Reinhart Finanzbeamten Persilscheine ausstellen. Ganz im Gegenteil, es schadet dem Ansehen der Steuerverwaltung,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

wenn Sie den Schmider noch vor sechs Wochen als Kronzeugen aufführen mit dem Hinweis, er hätte niemanden bestochen, wenn jetzt aktuell Ermittlungen laufen, die vielleicht das Gegenteil offenbaren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ganz schön peinlich! Skandal!)

Das schadet der Finanzverwaltung. Es ist auch mein Interesse als ehemalige Finanzbeamtin,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Patronin! Finanzpatronin!)

dass hier auch im Sinne all derjenigen, die in der Finanzverwaltung ordentlich ihren Dienst tun, ermittelt wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hauk CDU: „Patrona finantiae“!)

Herr Minister, ich möchte Sie noch einmal eindringlich daran erinnern, dass es Ihre Aufgabe ist, auch dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die baden-württembergische Steuerverwaltung wiederhergestellt wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schämen Sie sich nicht? – Abg. Hauk CDU: Die Einzige, die es beschädigt, sind Sie! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Seien Sie einmal ruhig, Herr Hauk! Das ist ja unglaublich!)

Eine Voraussetzung dafür ist, dass Ursachenforschung betrieben wird. Wir müssen doch klären, wie dieser größte Betrug in der Geschichte Deutschlands zustande gekommen ist. Da müssen wir auch klären, ob die Verwaltung, und zwar sowohl die Justiz- als auch die Steuerverwaltung, in diesem Betrug eine Rolle gespielt hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gerichtsverfahren!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen eines sagen: Wir stellen diese Fragen, weil Sie diese Fragen nicht stellen. Wenn wir diese Fragen aber nicht stellen und wenn wir auf diese Fragen keine Antworten finden, dann haben wir doch keine Gewähr, dass sich ein Fall FlowTex nicht morgen oder vielleicht schon heute wiederholt. Das kann weder im Interesse der Justizbehörden noch der Steuerverwaltung, noch der gesamten Politik sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Dann brauchen wir keine Gerichte! Das machen wir hier selber! – Zuruf des Abg. Dr. La-sotta CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt die freie Rede!)

**Justizminister Dr. Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Jetzt sind wir gespannt!)

Da ich schon aus beruflichen Gründen nicht gern gegen Spielregeln verstoße, sage ich zu Beginn: Ich habe Unterlagen dabei, anhand derer ich hier rede, weil das meiner Meinung nach gar nicht anders geht. Sonst müsste man das in einem anderen Rahmen als im Rahmen einer Aktuellen Debatte machen. Denn so, wie die Sache diskutiert wird – das wissen Sie auch –, habe ich nicht die geringste Lust, hier in freier Rede, lieber Herr Schmiedel, zu sagen: „Das habe ich am Vormittag des 11. gehört“, und in Wirklichkeit war es dann der Nachmittag des 10., und Sie hängen mich daran auf.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe der Abg. Schmiedel und Nagel SPD sowie Oelmayer GRÜNE)

Wenn Sie damit einverstanden sind, dann können Sie übrigens auch einiges von mir hören. So schlimm wird es übrigens nicht, denn das meiste kann ich jetzt natürlich auch nachts singen.

Um das vorweg zu sagen: Ich habe natürlich Verständnis für das Oppositionsgeschäft. Opposition ist ja gewissermaßen der Versuch, aus allem das Schlechteste zu machen.

(Zuruf von der CDU: Brotlose Kunst! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Zur Sache! Herr Minister, zur Sache! Klären Sie uns mal auf! – Abg. Dr. Caroli SPD: Auf das Verständnis kann man pfeifen!)

Aber ich sage Ihnen: Herr Oelmayer, ich bin schneller bei der Sache, um die es wirklich geht, als man meint.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das haben Sie jetzt aber nicht auf dem Blatt stehen! – Unruhe)

– Wenn Sie mich nicht laufend unterbrechen würden, wäre ich schon bei der Sache. Wissen Sie, was die Sache ist?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Habe ich Sie einmal unterbrochen?)

– Gut. Ich weiß alles. Herr Oelmayer, ich weiß alles. Sie können es hören, wenn Sie wollen.

(Unruhe)

Wollen Sie es hören? Also!

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt fang an, komm!)

Ich verstehe einerseits das Vorgehen der Opposition und deren Bestreben, aus allem das Schlechteste zu machen. Aber ich sage Ihnen deutlich: Mein Verständnis endet dort, wo hanebüchene persönliche Vorwürfe konstruiert werden

und wo haltlose Unterstellungen öffentlich breitgetreten werden, um andere Menschen in ihrem guten Ruf zu schädigen. Darum geht es; das ist die Sache, auf die es Ihnen ankommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wer macht das?)

– Immer schön zuhören!

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich bin ganz Ohr; aber ich habe noch nichts Gescheites gehört!)

Lieber Herr Maurer, Sie sind Rechtsanwalt, und Sie haben lange herausragende öffentliche Ämter in der Fraktion gehabt. Ich muss sagen, ich bin schon mehr als geplättet, dass gerade Sie – offensichtlich dringend – Nachhilfeunterricht von Leuten brauchen, die nicht vom Fach sind. Zum Beispiel habe ich in der letzten Woche einen Tiefstand politischer Kultur erlebt, als ich in einer Pressemitteilung gelesen habe:

Unter FDP-Justizminister Goll gibt es offenbar eine Vorzugsbehandlung für Häftlinge mit politischen Verbindungen.

So etwas wird berichtet, ohne dass der Sache nachgegangen wird, ohne dass geprüft wird, wie es wirklich war, ob da etwas dran ist.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Semper aliquid haeret; das kennen wir doch! Wahlkampf Maurer 92/96!)

Zuerst kommt eine Sache, die jeden hinunterzieht. In Ihrer Sprache und in Ihrer Welt zählt der gute Ruf vielleicht nicht so viel; aber ich muss ehrlich sagen, ich finde es unglaublich, ich finde es wirklich unglaublich, wenn ich so etwas lesen muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Genauso ist es mit anderen Vokabeln, die einfach so in die Diskussion geworfen werden: Es werde mit zweierlei Maß gemessen. Auch dafür gibt es nicht den leisesten Anhaltspunkt, wie wir sehen werden. Dann wird ständig das Gerede von den „schützenden Händen“ wach gehalten. Damit können wir vielleicht gleich einmal anfangen.

Es geht um das Thema „Einmischung gegenüber der Staatsanwaltschaft“. Sie wissen über das Weisungsrecht im Grunde genommen Bescheid. Sie wollten es allerdings abschaffen. Dann hätten wir uns darüber gar nicht mehr zu unterhalten brauchen; dann könnten die Staatsanwälte machen, was sie wollen. Das war ja Ihr Wille, und das ist das, was in Ihrem Wahlprogramm steht.

Aber es gibt das Weisungsrecht noch, und ich nehme dieses Weisungsrecht auch ernst. Ich handhabe es so, wie es im Gesetz steht und wie es rechtlich ausgestaltet ist. Danach dient es einzig und allein der Sicherung von Einheitlichkeit und Rechtmäßigkeit des staatsanwaltschaftlichen Handelns – nicht mehr und nicht weniger. Mit jeder Weisung, die von diesem Grundsatz sachwidrig abweichen würde oder die sachwidrig über ihn hinaus gehen würde, würde ich mich selbst strafbar machen und alle Beamten, die sich daran beteiligen, auch.

(Minister Dr. Goll)

Wer mir so etwas unterstellt, unterstellt im Grunde eben mir und den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten in Baden-Württemberg Strafvereitelung im Amt und Rechtsbeugung.

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

Das müssen Sie einmal deutlich sagen. Wenn Sie es sagen, müssen Sie es dann aber bitte schön auch belegen.

Wissen Sie, auf einen – von mir aus auch harten – Streit darüber, ob ich mein Amt gut ausfülle und ob die Mitarbeiter der baden-württembergischen Justiz gute Arbeit leisten, lasse ich mich jederzeit ein, und ich stelle mich der Kritik.

(Abg. Bebbler SPD: Diese Sätze hätten Sie auch ohne Manuskript sagen können!)

Es gibt – das räume ich ein – im Zusammenhang mit dem FlowTex-Betrug auch Punkte der Kritik an der Arbeit von Landesbehörden. Natürlich wäre ich lieber schon 1996 mit der Erfolgsmeldung vor Sie hingetreten: Betrug entdeckt, Täter verhaftet.

Aber gegen derart haltlose und bodenlose Unterstellungen wie die von der „schützenden Hand“ kann ich mich gar nicht wehren. Da hört aber die politische Diskussion auch auf; da beginnt die persönliche Diffamierung. Besonders unanständig ist dies, weil Sie wissen, dass meine Mitarbeiter und ich viele Argumente und Fakten zur Richtigstellung während eines laufenden Verfahrens gar nicht nennen dürfen. Wir stehen da, dürfen nichts sagen und müssen uns alles anhören, was Sie an wahnwitzigen Spekulationen um dieses Verfahren herum erfinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: An Schmutz! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Deswegen sage ich jetzt eines einmal ganz deutlich. Herr Maurer, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten gern mit mir diskutiert. Ich habe mir das angehört und sage eben jetzt etwas dazu. Aber ich mache mir keine großen Illusionen, dass es nicht hinterher draußen genauso weitergeht wie bisher. Trotzdem möchte ich für alle, die guten Willens sind und es einmal hören wollen, eines ganz deutlich sagen:

Im FlowTex-Verfahren hat es niemals auch nur einen Versuch von irgendeiner dritten Seite gegeben, mich dazu zu bringen, auch nur den leisesten Einfluss auf das Verfahren auszuüben. Es gab keinerlei Versuch dieser Art, weder von den Betroffenen noch von ihren Vertretern, noch von jemandem aus dem politischen Raum. Wenn ich sage „keinerlei Versuch“, gibt es eine einzige Ausnahme. Ich habe nämlich einmal um ein paar Ecken herum einen Brief bekommen. Da wollte jemand unbedingt mit mir persönlich über das Verfahren reden; das war Herr Gauweiler. Das war der einzige Versuch. Sonst hat nie jemand etwas von mir gewollt.

Jetzt sage ich etwas Zweites dazu: Genauso selbstverständlich gab es auch nie eine Weisung oder auch nur eine Äußerung oder die Andeutung eines Wunsches von mir, man möge irgendeinen Beschuldigten im FlowTex-Verfahren doch auf eine bestimmte Art milder oder härter anfassen. Dazu hätte ich nicht nur kein Recht, sondern dazu habe ich

auch nicht den geringsten Anlass. Ich habe unsere Staatsanwaltschaften diese Sache im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags und unter Wahrung der Grenzen, die durch ihre hierarchische Einbindung gesetzt sind – ich habe vorhin vom Weisungsrecht gesprochen –, nach allen Regeln der Kunst durchführen lassen, ohne mich in einer Art einzumischen, die schlimm wäre.

Vielleicht nehmen Sie endlich auch einmal zur Kenntnis, was wir Ihnen schon mehrfach mitgeteilt haben: Der FlowTex-Betrug wurde dem Justizministerium erstmals im Februar 2000 zur Kenntnis gebracht, als die Verhaftungen anstanden. In diesen Februartagen habe ich das erste Mal überhaupt von der Sache gehört.

(Abg. Maurer SPD: Ist das kein Problem für Sie?)

– Ich komme gleich zu den Fällen im Rahmen der Vorgeschichte. Ich glaube nicht, dass es sich um Berichtsfälle gehandelt hat. Das hat nicht eine Dimension erlangt, nach der eine Berichtspflicht entstanden wäre. Dafür haben die Anhaltspunkte nicht ausgereicht.

Schließlich darf ich auch noch darauf hinweisen: Wie Sie wissen, hat der ermittelnde Staatsanwalt vor einer Woche plädiert. Er hat für die beiden Haupttäter Haftstrafen von über zwölf und über elf Jahren beantragt. Auch das, glaube ich, zeigt jedem, der es wissen will, dass es keine schützenden Hände über den Angeklagten gibt. Vielleicht tritt jetzt endlich auch einmal Ruhe ein. Aber ich habe es vorhin angedeutet – ich habe in dieser Hinsicht keine Illusionen –: Die Versuche, mich auf läppischste Art in Dinge hineinzuziehen, gehen wahrscheinlich weiter.

Der Name Morlok ist gefallen. Meine Damen und Herren, ich kann nichts dafür, wie sich die Berufe unserer paar tausend Mitglieder zufällig über das Land verteilen. Aber man muss doch nicht lange darüber nachdenken. Man müsste doch fast schon mit dem Klammerbeutel gepudert sein, um es überhaupt für möglich halten zu können, dass ich mich in Dinge hineinziehen lasse, die nicht in Ordnung sind. Wenn es schon nicht die Moral wäre, die mich daran hindern würde, wäre es der bescheidene Verstand, den ich mitbringe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber kein Gerücht ist zu wild, als dass man nicht versucht, es einmal hochzuziehen.

Sie haben von Anzeigen gesprochen. Es gab mehrere Anzeigen gegen Dutzende von Leuten in diesem Verfahren. In einem Großverfahren gibt es immer auch eine Art von – ich sage einmal – ziemlich konfusen und querulatorischen Anzeigen, in denen 50 Namen genannt werden und behauptet wird, die betreffenden Personen seien alle bestechlich. In diesem Zusammenhang haben Sie Recht:

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Die müssen auch bearbeitet werden!)

Da ist auch der Name Morlok genannt worden. Er ist auch in den Zeitungen erschienen. Aber Sie werden mit mir einer Meinung sein, dass das im Grunde genommen nicht irgendeine Sache ist, der man eine vernünftige Folge geben kann.

(Minister Dr. Goll)

(Zurufe, u. a. Abg. Maurer SPD: Was? Woher wissen Sie das? – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Anonyme Anzeigen müssen bearbeitet werden!)

– Ich kann dazu nur eines sagen: Ich habe vorhin gesagt: Ich lasse die Staatsanwaltschaften im Rahmen ihrer Befugnisse arbeiten. Ich sage ihnen nicht: „Vernehmt den“ oder „Lasst es bei jenem sein.“ Es müsste für Sie doch hochinteressant sein, dass uns die Staatsanwaltschaft selbst sagt, wie wir es auch in den Bericht geschrieben haben: Es gab und gibt keinen Grund, Herrn Morlok als Zeugen zu vernehmen. Sie verspricht sich davon ganz einfach nichts. Soll ich ihr jetzt sagen: „Macht es trotzdem!“? Das ist im Grunde genommen doch ein Witz. Aber das Ganze dient wieder dazu, irgendwelche Gerüchte in die Welt zu setzen.

(Zuruf von der SPD: Ach was!)

Es wird kritisiert, dass man schon 1996 Verdacht gegen Schmider und seine Helfer geschöpft habe, dass aber alle Verfahren folgenlos eingestellt worden seien. Das heißt, die Finanz- und die Justizbehörden in Baden-Württemberg hätten nichts gemacht, sie hätten noch verhindert, dass andere etwas tun. Man hat sich zum Teil öffentlich über die Beamten lustig gemacht. Man hat behauptet, sie seien völlig naiv und seien dem alten Autoschiebertrick mit gefälschten Fahrgestellnummern aufgesessen.

Ein bisschen böseartig ist diese Darstellung schon. Denn es wird nur ein minimaler Teil der Tatsachen mitgeteilt. Das Wesentliche wird verschwiegen. Schmider und Co. haben beileibe nicht nur Fahrgestellnummern gefälscht. Sie haben in aller Welt Scheinfirmen gegründet. Sie haben die entsprechenden Registerdaten manipuliert, sie haben Geldströme verschleiert, Kontoauszüge auf Originalpapier nachgedruckt, Zoll- und Einfuhrbescheinigungen – übrigens sehr aufwendig, sehr sorgfältig – gefälscht. Sie haben Versicherungsprämien und Leasingprämien in mehrstelliger Millionenhöhe tatsächlich bezahlt, um diesen Schein zu wahren. Sie haben eine ganze Lkw-Flotte gekauft, die nie zum Einsatz kam – das muss man sich einmal vorstellen –, nur damit das Gebäude nach außen stimmt und um die Legende aufrechtzuerhalten. Vor Ort sind Vorführmaschinen bereitgehalten worden, die bei passender Gelegenheit in immer wieder veränderter Form präsentiert werden konnten.

Da muss man doch einfach sagen: Diese kriminelle Energie und auch der wirtschaftliche Input, der dazugehört, ein solches Rad zu drehen, das übersteigt bisher eigentlich das Vorstellungsvermögen jedes normal denkenden Menschen, übrigens selbst dann, wenn er durch seinen Beruf, etwa als Staatsanwalt, entsprechend misstrauisch ist.

Auf dem Papier war die Sache über Jahre hinweg schlicht perfekt, und auch die Fassade war plausibel. Erst als Schmider und Kleiser ein Fehler unterlief, weil sie Rechnungen über den Kauf von Geräten bei einem Hersteller vorgelegt haben, den es zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr gab, waren sie, als man das merkte, innerhalb von weniger als einer Woche verhaftet. – Das ist der Hergang.

Ich möchte etwas zu der Behauptung sagen, die Verfolgungsbehörden hätten nichts getan, weil das so nicht stimmt. Ich kann auch ganz unbefangen etwas dazu sagen, weil ich damals, zunächst zumindest, noch gar nicht im

Amt war und im weiteren Verlauf mein Haus bis Februar 2000 mit dem Fall auch nicht befasst war.

Ich zähle nur stichwortartig einige Maßnahmen auf, die damals zur Überprüfung der Existenz der Maschinen unternommen wurden: Es wurden die Produktionsbelege im Rahmen der Betriebsprüfung angefordert und vorgelegt. Es wurden sämtliche Mietverträge mit den Gesellschaften, bei denen Maschinen im Einsatz sein sollten, präsentiert. Es wurde eine Bestätigung für alle Einsatzorte verlangt. In Ettlingen und Rastatt fand eine Inaugenscheinnahme von rund 40 Geräten statt. Eine Stichprobe von weiteren 43 Maschinen wurde durch Wirtschaftsprüfer im europäischen Ausland – in Holland, England, Irland, Italien, Spanien, Griechenland – testiert.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Über die Informationszentrale Ausland des Bundesamts für Finanzen, die IZA, erfolgte die Überprüfung der ausländischen Firmen, die diese Geräte genutzt haben, auf ihre Unabhängigkeit von FlowTex. Diese wurde auch bestätigt – die waren aber alle abhängig. Sie sehen, im Grunde genommen wurden alle rundum getäuscht, und das sehr geschickt.

Auch an dieser Stelle kann ich sagen, man könnte im Nachhinein überlegen, ob es besser gewesen wäre, nicht über die Steuerfahndung und die Betriebsprüfer zu ermitteln, sondern über die Polizei und das Landeskriminalamt. Ich habe mir einmal überlegt, wie lange die offiziellen Stellen der Strafverfolgungsbehörden gebraucht hätten, um 43 Maschinen im Ausland zu kontrollieren. Wahrscheinlich hätten sie dreimal länger gebraucht als die Wirtschaftsprüfer. Das war wahrscheinlich sogar der einfachste Weg, um nachzuschauen, ob welche da sind oder nicht.

Im Nachhinein kann man den Eindruck haben, dass Steuerverwaltung und Staatsanwaltschaften damals nahe dran waren. Das ist richtig, und natürlich wäre ich mehr als froh, wenn man damals schon Schmider und seinen Komplizen auf die Schliche gekommen wäre. Über die Ursachen, warum man damals nicht zum Erfolg gekommen ist, kann man natürlich streiten, und man kann bestimmte Dinge auch kritisch sehen, das stelle ich auch nicht in Abrede.

In der Rückschau hätte man sich zum Beispiel wünschen können, dass die Abklärung nicht nur über die Finanzverwaltung erfolgt wäre, sondern auch unter Einschaltung der Polizei, nicht zuletzt auch des Landeskriminalamts. Aus heutiger Sicht – aber da muss man halt auch sagen: Wenn man vom Rathaus kommt, ist man schlauer – hätte es die Chance zur Aufdeckung verbessert, wenn die Staatsanwaltschaft Karlsruhe ihr Verfahren sofort nach Mannheim, an die Schwerpunktstaatsanwaltschaft, abgegeben hätte, weil man dort noch mehr Erfahrung mit solchen Fällen hat und dann alle Informationen dort zusammengekommen wären.

Sie können sich denken, dass diese Schwachpunkte, diese Kritikpunkte bei uns im Haus natürlich intensiv diskutiert worden sind, gerade auch im Hinblick auf künftige Fälle, weil wir uns natürlich auch die nahe liegende Frage stellen: Wie konnte es passieren, dass man damals sozusagen ziemlich knapp daran vorbeigeschrammt ist, ziemlich nah dran

(Minister Dr. Goll)

war, aber doch nicht so handfeste Belege hatte, dass man etwas Einschneidendes hätte tun können?

Wenn wir bei den Schwachpunkten sind, muss man auch ganz deutlich sagen: Wir haben mittlerweile leider Grund zu dem Verdacht – Sie haben es ja in der Zeitung lesen können –, dass ein Finanzbeamter der Nähe zu so viel demonstrativem Reichtum und Luxus nicht hat widerstehen können und sich möglicherweise hat bestechen lassen. Das ist zur Stunde noch ein Verdacht. Die Ermittlungen laufen noch, und bis zum Abschluss gilt die Unschuldsvermutung. Aber es sind Anzeichen da, und deswegen möchte ich es auch erwähnen. Es wird natürlich zu prüfen sein, ob und in welcher Weise sich durch eine mögliche Bestechlichkeit dieses Beamten die Aufdeckung des Betrugs verzögert hat.

Genauso werden wir natürlich auch die kritischen Aussagen, zum Beispiel die eines der zunächst mit dem Fall befassten Steuerbeamten aus Thüringen, sehr ernst nehmen und untersuchen. Das ist überhaupt keine Frage. Sie können an dieser wie an anderen Stellen davon ausgehen, dass wir den Dingen auf den Grund gehen, nur noch nicht in allen Punkten so weit sind. Dabei sind wir jetzt schon beim Zeitverlauf. Es wurde ja kritisiert, es sei zu lang gegangen.

Meine Damen und Herren, die Staatsanwaltschaft hat schon auf die ersten unbestimmten Behauptungen Schmidts und Kleisers Ende März 2000, die Betriebsprüfer hätten den Betrug durchschaut, Vorermittlungen aufgenommen, und zwar nicht erst nach Monaten, sondern umgehend, nämlich schon am 7. April 2000. Ich weiß schon, dass Sie daran kritisieren wollen, dass das zunächst Vorermittlungen waren und das erst nach einigen Monaten in ein förmliches Ermittlungsverfahren übergeleitet wurde. Sie dürfen aber nicht sagen, dass vorher nichts passiert sei. Vorermittlungen sind nach meiner Meinung die angemessene Antwort, wenn man überlegt, dass das Einzige, was die Beamten zu diesem Zeitpunkt belastet hat, die Aussagen zweier Männer waren, von denen wir annehmen müssen, dass sie eines der größten Lügengebäude der Nachkriegszeit aufgebaut haben. Da sind wir uns doch einig. Sie wären auch nicht erfreut, wenn jemand, der vor Gericht steht, weil man annimmt, dass er eines der größten Lügengebäude der Nachkriegszeit aufgebaut hat, nur mit dem Finger auf Sie zu zeigen bräuchte, und dann kommt die Staatsanwaltschaft mit der Polizei angerückt und kehrt Ihnen das Haus um. So stellen Sie sich die Welt wahrscheinlich auch nicht vor. Deswegen mussten wir natürlich warten, bis irgendetwas handfestes Weiteres hinzukommt, zumal man nie weiß, inwieweit solche Äußerungen auch verteidigungstaktisch bestimmt sein können, ohne das hier vertiefen zu wollen.

Dass übrigens im Jahr 1996 ein Finanzbeamter die Steuerfahndung auf Gerüchte über eine von Schmider bezahlte Karibikreise eines Betriebsprüfers hingewiesen hat, hat die Staatsanwaltschaft Mannheim erst Anfang August 2001 erfahren. Sie ist diesem Hinweis auch sofort mit den notwendigen Recherchen nachgegangen. Es ist zwar gelungen, den Urheber dieses Gerüchts zu ermitteln, der auch vernommen wurde, aber weitere Anhaltspunkte fanden sich nicht.

Erst am 23. November 2001 haben sich aus dem Umfeld der Angeklagten prüffähige Hinweise auf eine mögliche

Bestechung eines Beamten seitens Manfred Schmidts mit einem konkreten Gegenstand – steht in der Zeitung – ergeben. In der Folge wurde der Hinweisgeber am 27. November vernommen. Wenn Sie sich kurz die Daten anschauen: Am 23. November kamen die ersten härteren Hinweise auf eine Bestechung. Am 27. wurde der Hinweisgeber vernommen, am 28. und am 29. hat die Staatsanwaltschaft ermittelt. Am Freitag, dem 30., wurden Durchsuchungsbeschlüsse beantragt und erlassen. Am Montag, dem 3. Dezember, wurden sie vollzogen. Wie angesichts dessen ein Journalist zu der Überzeugung gelangt, dass die Staatsanwaltschaft Mannheim erst auf seinen am 3. Dezember 2001 erschienenen Artikel hin gehandelt habe, ist mir ein Rätsel.

Aber interessant ist, wie viel solche belastenden Aussagen der Betroffenen wert sind. Wie zuverlässig in dem Zusammenhang Angaben der Angeklagten und ihres Umfelds sind, darf ich Ihnen am Beispiel von Frau Neumann erläutern. Frau Neumann hat im Plädoyer ihres Verteidigers vortragen lassen, man habe sie nicht zu den Bestechungsvorwürfen angehört, sonst hätte sie gerne etwas gesagt. Und so stand es dann prompt in der Zeitung. Tatsächlich war eine Vernehmung von Frau Neumann zu genau diesem Themenkomplex für den 4. Dezember 2001 terminiert. Der Pflichtverteidiger hat mit Schriftsatz vom 29. November 2001 erklärt, seine Mandantin mache von ihrem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch. Genau das Umgekehrte ist also wahr. Vielleicht müssen Sie Acht geben, dass Sie nicht immer den Falschen glauben. Da muss man ein bisschen Acht geben.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Hört, hört!)

Möglicherweise hat – davon muss man ausgehen – ein Beamter pflichtwidrig und strafbar gehandelt. Weitere Aufklärung ist zugesichert. Dass wir dieser Sache energisch auf den Grund gehen, davon können Sie ausgehen.

Im Moment konzentriert sich die Sache teilweise, was Ihre Kritik anbelangt, auf die Staatsanwaltschaft in Mannheim. Ich habe ein bisschen den Eindruck, weil auf dem Feld mit den „schützenden Händen“ doch nichts zu holen ist

(Abg. Maurer SPD: Oh Gott!)

und weil bei der „Privilegierung“ genauso wenig zu holen ist – darauf komme ich am Schluss –, geht es jetzt auf die Staatsanwaltschaft Mannheim. Darum sagt man: Die muss es sein; dort sitzen die Schuldigen. Ich möchte zunächst sagen: Die Staatsanwaltschaft Mannheim ist in den letzten Jahren in erster Linie dadurch aufgefallen, dass sie Großverfahren wie gegen Graf, wie gegen Finkenrath, wie gegen Hoffmann auf eine sehr ordentliche Art abgewickelt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Weil das Verfahren noch läuft, habe ich die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft Mannheim im FlowTex-Verfahren nicht zu beurteilen. Aber ich kann einen anderen Zeugen sprechen lassen, und zwar ist der Vorgang für mich ungewöhnlich. Nachdem im so genannten Zwischenverfahren die Staatsanwaltschaft aufgefordert wurde, bestimmte Dinge noch zu klären, haben wir sofort in der Zeitung gelesen:

(Minister Dr. Goll)

„Staatsanwaltschaft hat schlecht gearbeitet“. Das ist ja nur für jemanden, der von der Sache keine Ahnung hat: „Staatsanwaltschaft hat schlecht gearbeitet“.

Daraufhin hat das Oberlandesgericht in einem für mich bisher einmaligen Fall bei der Haftprüfung für Schmider – ich sage mal: völlig überflüssigerweise – hineingeschrieben, dass die Staatsanwaltschaft Mannheim ordentlich gearbeitet habe. Das stand leider in keiner Zeitung, aber das ist offenbar die Wahrheit.

Diese Staatsanwaltschaft ermittelt nun auch, ob es in der Vergangenheit zu Versäumnissen kam; sie ermittelt auch gegen Finanzbeamte, Betriebsprüfer und Steuerfahnder.

Liebe Frau Abg. Dederer, ich möchte übrigens einmal sagen: Gegen diesen Antrag an die Staatsanwaltschaft Mannheim, wie Sie ihn formuliert haben, habe ich vom Stil her überhaupt kein kritisches Wort einzuwenden. Das muss man auch einmal umgekehrt sagen. Diesen Antrag, mit dem Sie die Auskunft wollen – einmal so ausgedrückt –, hätte auch ich an Ihrer Stelle gestellt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

– Ja! – Aber Sie können sich denken, dass wir die Frage der Befangenheit natürlich als Erste auch geprüft haben. Aber dafür gibt es auch einen Weg. Bei uns ist der Generalstaatsanwalt dafür zuständig. Wenn die Gefahr auftaucht, dass eine Staatsanwaltschaft oder ein Staatsanwalt befangen ist, und die Frage auftaucht, ob es ein anderer machen soll, dann prüft das der Generalstaatsanwalt. Dessen Prüfung überprüfen wir dann daraufhin, ob das vertretbar ist oder nicht. Das ist genau die Konstruktion, für die Sie ja auch sind, dass man nicht ständig bei den Staatsanwaltschaften hineinfunkeln und vielleicht Missliebige austauschen kann. Der Generalstaatsanwalt hat es geprüft und ist mit Gründen, die für mich vertretbar sind – und mehr habe ich nicht zu prüfen –, vor einigen Monaten, muss man sagen, zu dem Schluss gekommen: Das ist kein Fall von Befangenheit, was die Ermittlungen gegen die Finanzbeamten angeht.

Ich möchte Ihnen aber sagen: Faktisch ist hinterher doch eine Veränderung eingetreten, und zwar durch Umbesetzungen und neues Personal, welches wir dort hingebacht haben, damit im Verfahren gegen die Steuerfahnder niemand ermittelt, der an den älteren Verfahren beteiligt war.

Aufgrund der neueren Vorkommnisse ist natürlich nun wiederum zu prüfen, ob der Staatsanwalt, der gegen die Betriebsprüfer und insbesondere gegen einen Betroffenen ermittelt, befangen ist, weil er bei einer früheren Sache in der Tat am Verfahren beteiligt war.

Damit sind wir bei der Aussage der Staatsanwältin, die im „Spiegel“ stand. Denn die Staatsanwaltschaft Mannheim – das ist ja klar – schaut nicht nur auf die Finanzbeamten, sondern kehrt auch vor der eigenen Tür, wenn man so will, und jetzt haben die natürlich die Frage gestellt: Wie konnte das geschehen?

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

– Ja, wenn sie es nicht gut genug tut, ist der Generalstaatsanwalt und bin ich dafür da.

Sie hat natürlich die eigenen Beamten vernommen, die damals beteiligt waren, die Verfahren eingestellt haben, und die Staatsanwältin, die das Verfahren gegen Frau Neumann damals eingestellt hat, hat nun gesagt, sie könne nicht alle Akten gehabt haben, es müsse nachträglich etwas in ihre Akten hineingekommen sein. Das ist ein schwerer Vorwurf. Sie können sich denken, dass das in den Augen derer in der Behörde, auf die dieser Vorwurf zielt, als starker Tobak empfunden wird und dass die natürlich auch eine völlig andere Darstellung dieser Geschichte haben. Deswegen erinnere ich schon ein bisschen an den Spruch: Audiatur et altera pars – man möge beide Teile hören, man muss beide Teile hören. Man kann nicht nur einen Teil hören, auch wenn es der Teil ist, der im „Spiegel“ zitiert wird.

Es geht darum, dass jetzt aufgeklärt wird: Wie war es wirklich? Das tut im Moment – zu dieser Stunde – die Generalstaatsanwaltschaft. Folgende beiden Fragen werden jetzt überprüft: Erstens: Was ist mit dieser Akte vor sich gegangen; ist da etwas passiert, was nicht in Ordnung war? Zweitens: Muss man jetzt wegen Befangenheit irgendjemanden austauschen?

Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich natürlich an einer rechtmäßigen Erledigung dieses hoch sensiblen Punktes persönlich mehr als interessiert bin. Nur kann ich der Generalstaatsanwaltschaft heute und in dieser Debatte nicht vorgreifen. Das wäre nicht in Ordnung.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir scheuen uns nicht vor der kritischen Beleuchtung der zurückliegenden Vorgänge. Wenn sich daraus Vorwürfe ergeben, werden die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden. Das sage ich Ihnen hier und heute schon zu.

Jetzt sind wir sozusagen beim Schlussteil, bei den Privilegien. Die Privilegien habe ich mir für den Schluss aufbewahrt. Also, liebe Frau Abg. Dederer, ich fürchte, Ihr Abendessen mit Schmider wird nicht zustande kommen können,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

weil wir so etwas genauso wenig genehmigen würden, wie wir das genehmigt haben, was da passiert war.

Jetzt müssen wir einmal schauen, welche Art von Privilegierung die Ausführung zum Insolvenzverwalter ist. Diese Ausführung zum Insolvenzverwalter war im Grunde genommen ein Entgegenkommen für den Insolvenzverwalter. Es geht in diesem Verfahren ja darum, dass man Vermögenswerte größten Ausmaßes auch mithilfe des Insolvenzverwalters sicherstellen konnte. Dazu war es aber nötig, dass sich Herr Schmider reihenweise Leitzordner ansah, um bestimmen zu helfen, welche Forderungen das sind. Man hat ihn dazu gebraucht.

Es war beim besten Willen nicht möglich, zum Insolvenzverwalter zu sagen: „Laden Sie Ihre Leitzordner in einen Lastwagen, und kommen Sie in die Vollzugsanstalt.“ Man hat Herrn Schmider zum Insolvenzverwalter ausgeführt,

(Minister Dr. Goll)

und Ausführungen von Untersuchungshäftlingen zu solchen Terminen sind absolut nicht ungewöhnlich.

Der ganze Rest war natürlich von keiner Genehmigung gedeckt. Es darf natürlich nicht passieren,

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

dass der Verteidiger dann die ganze Truppe zum Essen einlädt und die Polizeibeamten sich das Essen bezahlen lassen. Da werden wir uns sofort einschalten, auch mit den Mitteln des Strafrechts. Das hat auch gar nichts mit der Devise „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“ zu tun. Wir lassen niemanden laufen, der Dreck am Stecken hat.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na!)

Sie sind bisher jeden auch nur halbwegs handfesten Hinweis schuldig geblieben, auf wen wir uns denn stürzen können und sollten. Aber jetzt zu den Polizisten zu sagen: „Das ist in Ordnung – ihr verdient nicht viel Geld,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist ein Un-  
ding!)

und deshalb tut euch das Essen gut“, das ist ausgeschlossen. Wir haben gesagt, was das ist, nämlich versuchte Bestechung und versuchte Bestechlichkeit.

Man muss allerdings sagen: Das Amtsgericht ist nicht so scharf damit umgegangen. Die haben das in einem etwas milderen Licht gesehen als wir – aus Rechtsgründen. Wir haben dagegen Beschwerde eingelegt. Jetzt liegt der Fall beim Landgericht Baden-Baden. Aber daran sehen Sie: Es wird schon mit dem notwendigen Besen gekehrt,

(Abg. Teßmer SPD: Aber kein neuer Besen!)

wenn so etwas passiert. Aber mit Privilegien hat das gar nichts zu tun. Ich frage mich, was das mit Privilegien, die bewusst gewährt worden wären, zu tun haben soll.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Genauso ist es beim Telefonieren – vorletztes Thema. Ich habe natürlich eine Überprüfung bei der Staatsanwaltschaft und bei den betreffenden Vollzugsanstalten veranlasst. Auch danach gibt es keinen Beleg für die Behauptung, Herr Schmider könne ungehindert telefonieren.

Selbstverständlich durfte Herr Manfred Schmider unüberwachte Telefonate mit seinen Verteidigern führen. Er durfte sich mit ihnen auch ohne Überwachung beraten, wie es das Gesetz vorschreibt.

(Zuruf von der SPD)

– Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. – Darüber hinaus wurden Herrn Schmider vom dafür zuständigen Staatsanwalt zwei Telefonate mit anderen Gesprächspartnern zugestanden. Diese wurden vom ermittelnden Staatsanwalt persönlich überwacht. In einem Fall ging es um den Verkauf einer Immobilie, der der Abstimmung mit dem Vater des Beschuldigten bedurfte. Im anderen Fall wurde ihm ein Anruf bei seiner Frau gestattet, um die ärztliche Behandlung eines akut erkrankten nahen Familienmitglieds abzustimmen.

Solche überwachten Gespräche werden natürlich auch jedem anderen U-Häftling erlaubt. Weitere überwachte oder unüberwachte Gespräche hat es nach Kenntnis der Staatsanwaltschaft Mannheim und der Justizvollzugsanstalt nicht gegeben.

Nun ist auch mir bekannt, dass es zwei Zeugen gibt, die sagen, sie hätten mit Schmider telefoniert. Der Fairness halber muss man sagen: Wenn ich jetzt aufklären möchte, wie das war, dann gibt es mehrere theoretische Möglichkeiten. Ich werde mich hüten, hier einen konkreten Vorwurf zu erheben, weil ich das nicht belegen kann. Aber fairerweise müssten Sie natürlich sehen – wir hatten solche Fälle in der Vergangenheit –, dass es auch einmal passieren kann – theoretisch –, dass es bei einem Gespräch mit dem Verteidiger oder in den Vernehmungspausen zur Weitervermittlung kommt. Das wissen wir nicht. Das kann da oder dort gewesen sein. Ich will nicht einfach sagen: Die beiden lügen. Das kann ich auch nicht sagen; aber ich kann Ihnen sagen, die Vollzugsanstalt und die Staatsanwaltschaft überwachen jedes Gespräch des Herrn Schmider. Die Gespräche müssen vorher genehmigt werden; da wird er behandelt wie alle anderen auch.

Das ist es, worauf es hier ankommt. Es gibt keine Privilegierung für Herrn Schmider. Es gibt sie an keinem Punkt.

Ich erinnere mich daran, dass kürzlich einer der Wirtschaftskapitäne unseres Landes einmal eine Vollzugsanstalt von innen sehen wollte. Wir haben ihm die Vollzugsanstalt Mannheim gezeigt, weil ich das gerne tue, um auch für Information zu sorgen. Er kam dann den Gang entlang und hat sich ein paar Zellen angeschaut. Am Schluss hat er die ungläubige Frage gestellt, ob in einer solchen Zelle auch Herr Schmider sitze. Darauf wurde geantwortet, er sitze gerade ein paar Zellen weiter. Natürlich haben wir nicht mit ihm geredet; ich habe in meinem ganzen Leben noch kein Wort mit Herrn Schmider gewechselt. Das ist sicher auch für unsere Debatte ganz segensreich.

(Abg. Maurer SPD: Da haben Sie wirklich Glück gehabt!)

– Angesichts dessen, wie Sie das Geschäft betreiben, habe ich da wirklich Glück gehabt.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber von Privilegierung kann keine Rede sein.

Schon gar nicht verstehe ich, wenn Sie bei diesem letzten Punkt, bei dem Eindringen des Verteidigers bei der Sonderkommission in Karlsruhe, von Privilegierung sprechen. Der Vorgang war ja wohl folgender: Der Verteidiger kam auf irgendeine Art in die Räume der Sonderkommission. Die Art ist heute umstritten. Nach Angaben der Pförtnerin hat der Verteidiger sie an der Zufahrt mit dem Hinweis auf einen angeblichen Gesprächstermin getäuscht und sich so den Zugang verschafft. Der Verteidiger bestreitet das und sagt, er sei unkontrolliert auf das Gelände gekommen. Er räumt aber ein, dass er gegenüber den Beamten im Gebäude zunächst einen Gesprächstermin vorgegeben habe. Was wir damit zu tun haben könnten und sollten und was das mit Privilegierung zu tun haben könnte, erschließt sich mir schon von vornherein nicht. Es war dann hinterher die Fra-

(Minister Dr. Goll)

ge: Zeigt man ihn wegen Hausfriedensbruch an oder nicht? Rechtlich gibt es bestimmte Fragezeichen im Falle eines erschlichenen Einverständnisses. Darum hat man gegen dieses Vorgehen nur bei der Anwaltskammer protestiert. Ich kann Ihnen aber in einem Punkt Beruhigung verschaffen: Der Blick in die Räumlichkeiten ist dem Verteidiger zwar gelungen, aber Einsicht in Akten oder Asservate wurde weder verlangt noch gewährt. Der kann also auch an den Akten nichts gemacht haben, weil er sie weder bekommen noch eingesehen hat. Aber, wie gesagt, mir ist völlig schleierhaft, was das mit Privilegierung zu tun haben soll.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines sagen. Es war jetzt mehrfach von der Justiz, von der Finanzverwaltung und von den Behörden des Landes die Rede. Ich muss schon sagen, ich finde es in diesem Fall, Frau Dederer, ein bisschen scheinheilig, zu sagen, man müsste für den guten Ruf dieser Behörden etwas tun. Im Moment habe ich wirklich das Gefühl, dieser gute Ruf wird nur von dieser Seite des Hauses ernsthaft infrage gestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die machen ihre Arbeit im Großen und Ganzen ordentlich. Das sind letzten Endes auch nur Menschen.

(Zurufe der Abg. Teßmer und Bebber SPD)

Es sind Beamte, die oft sehr viel zu tun haben und denen man wünschen würde, dass sie sich nicht auch noch rechts und links mit einer Spekulation nach der anderen auseinander setzen müssten. Ich habe noch kein Verfahren erlebt, das wie dieses links und rechts von den wahnwitzigsten Spekulationen umschwirrt war, vor Weihnachten kämen die bestimmt heraus, damit ich sie anschließend im Vollzug privilegieren könnte. Es ist kein Gerücht so blöd, als dass es nicht von irgendeinem doch noch weiterverbreitet würde. Da können Sie sich schon vorstellen: Unter diesen Umständen ist es nicht einfach, ein Verfahren ordnungsgemäß zu Ende zu bringen. Aber wir werden all die Verfahren, die Sie angesprochen haben, diese 40 Verfahren ordnungsgemäß zu einem Ende bringen. Das kann ich Ihnen versichern.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

(Zuruf des Abg. Rech CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Darf Maurer nichts mehr sagen? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Er hat keine Redezeit mehr! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Natürlich hat er noch Redezeit! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Punkt 1 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Schulleistungsuntersuchung PISA – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Das Präsidium hat eine Gesamtdauer von 40 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, eine Rede-

zeit von fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen sowie von fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganze Heerscharen von Politikern aller Couleur von der Kreisklasse bis zur Bundesliga haben in den vergangenen Jahren immer wieder die Forderung erhoben, die Bildungspolitik zum Megathema zu machen. PISA sei es gedankt: Dies ist gelungen. PISA ist ein Schock, PISA ist gleichzeitig eine Chance – übrigens auch eine Chance für uns, über grundsätzliche Fragen der Bildungspolitik zu diskutieren, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass die Länderbewertung für die Bundesrepublik Deutschland noch nicht vorliegt. Das gibt uns die Chance, ohne kleinkarierten parteipolitischen Hickhack und ganz offen über die Maßnahmen zu sprechen, die notwendig sind.

Wir müssen zum Beispiel über das Bildungsverständnis sprechen, das dieser Studie PISA zugrunde liegt. Es geht hier nicht allein um die Frage der handwerklichen Fähigkeit des Lesens, sondern es geht darüber hinaus. Was mich irritiert, ist die Tatsache, dass 50 % aller 15-Jährigen, die in die Untersuchung einbezogen worden sind, klar sagen, dass für sie Lesen kein Vergnügen ist. Wenn das wahr ist, meine Damen und Herren, kommt es allerdings darauf an, in unserem Land eine neue Lesekultur zu entwickeln. Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Wenn wir eine neue Lesekultur wollen, müssen wir auch beim Elternhaus beginnen; denn Erziehung und Bildung beginnt im Elternhaus. Wir können das Elternhaus für den Erziehungserfolg nicht außen vor lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen die Frage stellen: Können wir von anderen Ländern, die sich an dieser PISA-Studie beteiligt haben, lernen? Man kann immer lernen, meine Damen und Herren. Das ist schon klar. Aber ich behaupte einmal, dass es mit mehr Geld allein auch nicht getan ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Korea, Großbritannien, Irland sind Länder, die zwar vor uns liegen, aber weniger Geld ins System geben. Ich komme einfach zu dem Ergebnis: Bevor ich eine Diskussion darüber führe, ob ich mehr Geld ins System gebe, sollten wir darüber reden, ob das Geld, das wir aufwenden, wirklich effizient verwendet wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir müssen uns über die Frage unterhalten, meine Damen und Herren, ob wir mehr Unterricht brauchen. Auch diese Frage stellt sich aufgrund der PISA-Studie. Ich sage: Wir brauchen nicht mehr Unterricht, sondern besseren Unterricht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜ-NE: Wie geht das?)

– Ich komme gleich darauf zurück.

(Pfister)

Wir stehen in einer Wissensexplosion. Das heißt, die Halbwertszeit des Wissens geht ständig zurück, und kein Bildungssystem der Welt –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich bin wieder aufgewacht!)

– Guten Morgen, Herr Oelmayer. Schön, dass Sie aufgewacht sind.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Vorher war es ja einschläfernd!)

Ich wollte Ihnen gerade erklären, dass wir nicht mehr, sondern besseren Unterricht brauchen. Ich wollte weiter darauf hinweisen, dass wir in einer Wissensexplosion stehen – das werden Sie nachvollziehen können –, dass die Halbwertszeit des Wissens ständig zurückgeht. Ich möchte einfach sagen, dass kein Bildungssystem der Welt in der Lage sein wird, den Wettlauf mit dieser Wissensexplosion zu gewinnen und einfach nur obendrauf zu packen.

(Abg. Zeller SPD: Das haben Sie aber schon vor fünf Jahren gesagt, Herr Pfister!)

Worum es geht, ist: Wir müssen damit Schluss machen, dass die Lehrer gewissermaßen mit hängender Zunge den überfüllten Lehrplänen hinterherlaufen.

(Abg. Zeller SPD: Das haben Sie schon vor fünf Jahren gesagt!)

Die Devise muss sein, dass wir mehr Mut zur Lücke brauchen und dass unser wichtigstes Lernziel das Lernen Lernen sein muss, meine Damen und Herren.

(Abg. Bebbler SPD: Ah ja!)

Bei der Grundschule und auch beim Kindergarten spricht vieles dafür, dass hier frühzeitiger gefördert werden muss. Meine Damen und Herren, Kinder sind neugierig. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, ob wir die Grundschule und auch den Kindergarten nicht nur als sozialpädagogische Einrichtungen verstehen dürfen, sondern diese auch als eine Bildungseinrichtung verstehen müssen. Vor allem wird es darauf ankommen, zu erkennen, dass das Einschulungsalter in der Bundesrepublik Deutschland wohl zu hoch ist. Es liegt eher bei sieben als bei sechs Jahren. Ich denke, dass Baden-Württemberg mit einem flexiblen Einschulungsalter nach unten die Hausaufgaben bereits wesentlich erledigt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir haben dramatische Veränderungen in der Familie – Sie wissen das alle – und im gesellschaftlichen Umfeld. Ich sage: Man darf Schule auch nicht überfordern. Wir müssen aber sehen, meine Damen und Herren, dass die Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Familie in der Zukunft verbessert werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Bildung und Erziehung, habe ich gesagt, beginnt im Elternhaus, und die Eltern dürfen wir nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Richtig!)

Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist: Politik beginnt eben bei der Betrachtung der Wirklichkeit, und die gesellschaftliche Wirklichkeit kennen Sie alle. Deshalb muss Schule dem stärker Rechnung tragen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Was heißt dies? Das heißt zum Beispiel, dass die Lehrerausbildung auf den Prüfstand muss. Ich glaube, wir brauchen eine Lehrerausbildung, die einen stärkeren Praxisbezug auch zur Lebenswelt von Kindern hat. Wir brauchen eine stärkere Verzahnung, was die Fachausbildung, die Pädagogik und die Didaktik angeht, und wir müssen uns dazu bekennen, dass Lehrerfortbildung keine freiwillige Veranstaltung ist, sondern in der Zukunft wirklich eine Pflichtveranstaltung sein muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich komme zu dem letzten Punkt: Wer über Qualität von Schulen – auch bessere Qualität von Schulen – spricht, der muss dafür sorgen, dass die Motivation der Beteiligten erhöht wird. Die Motivation der Beteiligten kann dadurch erhöht werden, dass deren Möglichkeiten zur Eigenverantwortung und zur Eigengestaltung gestärkt werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Zum Beispiel?)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in den Weihnachtsferien die Möglichkeit haben zu lesen und Sie die Wahl haben zwischen diesem Bericht PISA und der berühmten Adlon-Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog, dann empfehle ich Ihnen natürlich beides. Aber im Zweifel sollten Sie diese Adlon-Rede noch einmal nachlesen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist ja wie die Weihnachtsgeschichte!)

Denn dort steht das drin, was eigentlich für uns alle entscheidend ist. Überschrift: „Wir müssen unser Bildungssystem in die Freiheit entlassen.“ Meine Damen und Herren, das ist der Ansatzpunkt, um den es mir ganz besonders geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Röhm** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herr Pfister! Der Anlass für die heutige Aktuelle Debatte sollte uns eigentlich eher nachdenklich stimmen, geht es doch hierbei um einen überaus wichtigen und zentralen Inhalt der Schul- und Bildungspolitik im gesamten Deutschland. Es geht hier um die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen im inzwischen globalen Wettbewerb, um Bildung, Berufsperspektiven und Prosperität. Wir sind von TIMSS in der Zwischenzeit bei PISA angekommen, und beide Untersuchungen des Wissens- und Bildungsstandes unserer Schüler im internationalen Vergleich haben meines Erachtens in einer ganz erschreckenden Deutlichkeit eine gewisse Schiefelage in diesem für Deutschland zentralen Bereich aufgezeigt.

Nach den für uns sicherlich deprimierenden Ergebnissen von PISA, wo es ja um Grundkompetenzen geht – Grundkompetenzen im verstehenden Lesen, in Mathematik und

(Röhm)

in den naturwissenschaftlichen Fächern –, können wir es uns meines Erachtens nicht länger leisten, die aufgezeigten Mängel mit halbherzigen Reformansätzen zu beheben. Folgendes scheint mir in der Schule aufgrund der PISA-Studie geboten zu sein:

Erstens: Wir sollten uns davor hüten, in der kommenden Debatte – und wir scheinen ja schon mittendrin zu sein – einen ideologisch motivierten Stellungskrieg zu führen, der uns in der Sache vermutlich keinen Schritt weiterbringen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens sollten wir uns darum bemühen, die Ergebnisse der PISA-Studie erst nach Vorliegen der Länderdaten ausführlich zu analysieren und nicht emotional, sondern sachlich und rational darüber zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens sollten wir uns davor hüten, Herr Kollege Pfister, bereits im Vorfeld über Patentlösungen und Patentrezepte zu streiten.

Wir sollten uns viertens ebenfalls davor hüten, leichtfertig Schuldzuweisungen vorzunehmen, um die Schuldigen für die in der jüngsten Studie aufgezeigten gravierenden Mängel zu finden.

Herr Zeller, da habe ich ein persönliches Wort an Sie: Auch Sie sollten endlich darauf verzichten, ältere Lehrer systematisch zu attackieren, indem Sie ihnen ständig vorwerfen, nicht auf dem neuesten Stand zu sein.

(Abg. Zeller SPD: Wo habe ich das gemacht?)

Das trifft einfach nicht zu. Wir brauchen die älteren Lehrer. Sie haben einen guten Erfahrungsschatz, und den wollen wir uns zunutze machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Wo habe ich das gemacht?)

– Mehrfach in den letzten Tagen. Sie können nachher die Presseveröffentlichungen von mir bekommen.

Fünftens sollten wir uns in enger Zusammenarbeit mit den Ministerien mit diesen Analysen auseinander setzen und auf möglichst breiter Basis nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Mit Lösungsmöglichkeiten meine ich inhaltliche und strukturelle Reformen.

Sechstens ist für mich die Einbeziehung aller Gruppen erstrebenswert, die direkt oder auch indirekt mit Bildung und Ausbildung unserer Kinder zu tun haben. Dazu gehören für mich die Ministerien, die Schulverwaltung, die Schulen, die Lehrer, die Schüler, die Eltern, die Erzieherinnen in den Kindergärten und die Wirtschaftsverbände ebenso selbstverständlich wie die Gewerkschaften.

Lassen Sie mich zum Schluss einige ganz konkrete Punkte aus der Sicht der CDU-Fraktion ansprechen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine neue Bildungsoffensive an unseren Schulen, der keine gleichmacherische Schulpolitik zugrunde liegen darf,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

die das Wohlfühlen über das Lernen stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dem fraglos vorhandenen Leistungswillen unserer Kinder muss durch eine sinnvolle Leistungsdifferenzierung ohne Wenn und Aber entsprochen werden. Dazu gehört unter anderem auch die von Frau Ministerin Schavan bereits initiierte Entrümpelung und Verschlankung der Lehrpläne in den laufenden Lehrplanreformen.

Ein weiterer Punkt: Kinder nicht deutscher Herkunft müssen in erster Linie in Deutsch und erst in zweiter Linie in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, wie dies in Finnland in ganz konsequenter Weise geschieht, und dies dort bei nur 1 % Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Deswegen sind wir und unsere Kollegen in Berlin heute auch für die Herabsetzung des Nachzugsalters.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Bildungsoffensive an unseren Schulen – Sie, Herr Kollege Pfister, haben das ja schon angesprochen – muss natürlich auch eine Erziehungsoffensive im Elternhaus einhergehen. Das heißt unter anderem – das sind klare Forderungen –, dass sich Eltern zukünftig stärker um die Schulangelegenheiten ihrer Kinder kümmern müssen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Noch stärker?)

Unseren Kindern müssen wir zudem wieder mehr zutrauen und auch mehr zumuten. Diesen Weg sind wir in Baden-Württemberg schon lange vor der Veröffentlichung der PISA-Studie richtungweisend angegangen, etwa mit der Oberstufenreform, der Einführung des Grundschulenglisch und den laufenden Lehrplanreformen. Auf diesem Weg wollen und werden wir konsequent weitergehen in hoffentlich gutem Einvernehmen mit all denen, denen es nicht um ideologisch motiviertes Gefeiße geht, sondern um die Zukunft der jungen Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir haben jetzt zwei Reden gehört. In beiden kam das Wort „Ideologie“ vor.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe es nicht benutzt! Das schwöre ich! – Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe das Wort längst aus meinem Wortschatz gestrichen!)

– Sie haben das vielleicht als Wort nicht benutzt, aber sinngemäß haben Sie es sehr wohl verwendet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oh nein, Frau Kollegin! Denken Sie an die letzte Debatte: Bitte keine Vorwürfe, die Sie nicht belegen können! – Unruhe)

Wenn Sie mich den Satz zu Ende sprechen lassen, dann werden Sie merken, dass Sie durchaus damit gemeint sein können.

(Christine Rudolf)

Alle sprechen davon, eine offene Debatte zu führen, die Scheuklappen herunterzunehmen und – das haben Sie dann tatsächlich und wirklich gesagt; ich habe es aufgeschrieben – mit der Betrachtung der Wirklichkeit anzufangen.

Zu Beginn der Debatte über PISA muss man einfach konstatieren, dass wir die meisten Ergebnisse, die wir jetzt durch PISA erhalten haben, zumindest in Baden-Württemberg eigentlich schon längst hätten wissen können. Die Jugendquotekommission, die in der letzten Legislaturperiode in diesem Landtag eine große Rolle gespielt hat, hat zum Beispiel zum Ergebnis gehabt, dass 20 % unserer Jugendlichen auch hier in Baden-Württemberg Probleme haben werden, nach ihrem Schulabschluss in eine Ausbildung oder in einen Beruf zu kommen. Grundlage dieser Aussagen in der Abschlussberichterstattung war, dass wir bei Besuchen von Ausbildungsbetrieben – ich nenne hier Bosch in Schwieberdingen oder Daimler-Benz in Sindelfingen – in den Ausbildungswerkstätten diese mangelnden Ergebnisse der Schule immer wieder vor Augen geführt bekommen haben. Es waren Grundsatzkompetenzen, die da angezweifelt wurden. Dazu gehörte die Teamfähigkeit – das ist jetzt etwas, was in der PISA-Studie nicht direkt abgefragt wurde –, aber das waren natürlich auch Kompetenzen im Erfassen von Informationen, und es waren grundlegende Kompetenzen in Naturwissenschaften und Mathematik.

Wenn wir dies konstatieren – ich bin froh, dass wir diese Debatte jetzt endlich führen –, müssen wir natürlich fragen: Welche Aufgaben müssen wir angehen?

Ich habe schon gesagt: 20 % unserer Jugendlichen haben Probleme mit elementaren Fähigkeiten. Wir haben in Baden-Württemberg und sicher auch in der Bundesrepublik wenig Spitzenleute in der Schule. Wir haben eine ungeheuer breite Streuung der Leistungsgrade, und wir haben – das ist für mich besonders bedauerlich, und es fällt mir schwer, das auszusprechen – in der Schule keine Integrationsleistung.

Baden-Württemberg ist nicht erst seit gestern Zuwanderungsland. Wir sprechen über Kinder und Jugendliche, die schon hier sind, und nicht über solche, die vielleicht noch kommen mögen. Für diese Jugendlichen haben wir kein ausreichendes Angebot.

Meine Damen und Herren, was glauben Sie denn, was die Jugendlichen, wenn sie selber Kinder haben werden, ihren eigenen Kindern über die Schule vermitteln werden? Da haben wir doch schon über Generationen einen Zirkelschluss. PISA belegt ja auch, dass in der zweiten und dritten Generation ebenfalls schlechte Leistungen erzielt werden. Deswegen müssen wir konstatieren: Auch baden-württembergische Schulen haben keine ausreichende Integrationsleistung.

Kommen wir zu der Frage: Was ist zu tun? Sicher wäre es falsch, gleich wieder mit Rezepten anzufangen, die schon immer auf dem Tisch gelegen haben. Da ein ausdrückliches Wort an Sie, Frau Schavan: Eine Note zu erteilen ist keine individuelle Förderung. Der Ansatz, jetzt wieder Leistung in der Grundschule einzufordern und zu sagen, dass hier Kinder unterfordert sind, springt, glaube ich, zu kurz.

Individuelle Förderung in der Schule heißt, sich mit jedem einzelnen Kind auseinander zu setzen und dann für jedes einzelne Kind Zielvorgaben zu erarbeiten, statt ihm durch eine Note einen Stempel aufzudrücken. Denn sagen Sie mir bitte, wie Sie einem Kind, das ab drei bis vier aufwärts Schulleistungen erzielt, Motivation vermitteln wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich stellt sich immer wieder die Frage, wie die Kinderbetreuung in Baden-Württemberg aussieht. Die Zahlen sind bekannt; wir stehen im Kanon der Bundesländer am allerschlechtesten da. Hier geht es ganz bestimmt nicht um Ideologie,

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es bei allen Forderungen an die Eltern, sich in die Schule und in die Leistungen ihrer Kinder einzumischen, Bereiche gibt, wo dies nicht stattfindet. Entweder laufen wir sehenden Auges gesellschaftlich ins Unglück, oder wir sind bereit, hier Geld zu investieren. Das bedeutet Ganztagschulen, und das bedeutet Kinderbetreuung auch schon bei den sehr Kleinen, um Defizite, die es in der Familie gibt, aufzufangen, weil den Kindern und Jugendlichen allein mit ewigen Appellen nicht geholfen ist.

(Beifall bei der SPD)

Eines hat mir in der Berichterstattung besonders gut gefallen – es stammt aus der „Zeit“ von der letzten Woche –, und das werde ich jetzt zum Schluss zitieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sekundärliteratur!)

– Es ist durchaus sinnvoll, auch Sekundärliteratur zu lesen.

(Abg. Birzele SPD: Und zwar mit Freude zu lesen!  
– Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber zuerst sollte man das Original lesen! – Zuruf von der SPD: Wenn man lesen kann! – Weitere Zurufe von der SPD und der CDU)

Es ging um Finnland, und es ging um Schweden.

In diesen Ländern war der Bildungsboom gewollt. Man riskierte es, Angst aus dem System zu nehmen, investierte Vertrauen und glaubt daran, dass Menschen lernen wollen. Aus deutscher Sicht inflationär anmutende Abschlussquoten sieht man dort nicht als Bedrohung an.

Lassen wir uns also von Schweden anstoßen, auch hier alte und überkommene Denkvorstellungen über Bord zu werfen, zu fragen, ob das dreigliedrige Schulsystem soziale Grenzen aufbaut und nicht niederreißt, und zu fragen, wann unsere Grundschule eigentlich aufhören muss und die Selektierung anfangen darf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ergebnisse der PISA-Studie sind in der Tat Grund zur Sorge und Anlass zum Handeln. Nicht hilfreich ist es allerdings, in Panik und Angst zu verfallen, wie das jetzt bei vielen der Fall ist. Zum Beispiel fordert der CDU-Politiker Rüttgers jetzt einen Sprachtest für alle Dreijährigen. Oder ich nenne die Aussage des Rektors eines Gymnasiums in Nordbaden, der jetzt fordert: Wir brauchen mehr Pauken von Faktenwissen statt Orientierungswissen. Oder es gibt die Äußerung von Ministerpräsident Stoiber, der seine politische Forderung nach einem Einwanderungsstopp jetzt mit den schlechten Schulleistungen von ausländischen Kindern begründet. Das, meine Damen und Herren, betrachte ich als eine infame Instrumentalisierung

(Zuruf von der CDU)

der PISA-Studie für politische Zwecke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Äußerung wird auch wider besseres Wissen gemacht. Denn wenn die PISA-Studie eines gezeigt hat, dann dies, dass es in der Bundesrepublik Deutschland nicht gelingt, gerade ausländische Schüler in den vorschulischen Einrichtungen und in der Grundschule ausreichend zu fördern, sodass sie in unserem System bessere Bildungschancen haben.

(Zuruf von der CDU)

Auch Sie, Frau Ministerin Schavan, wissen sofort, worin die Ursachen der Misere liegen. Sie zählen wieder alle Rezepte auf, alle Ihre Reformprojekte: frühere Einschulung, achtjähriges Gymnasium, reformierte Oberstufe, Englisch an Grundschulen, Neuorientierung des Unterrichts. Gleichzeitig pflegen Sie die altbekannten Vorurteile: Gesamtschulen seien schlecht, „Kuschelecken“ ersetzen nicht das nachhaltige Lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Das, meine Damen und Herren, halte ich für ein populistisches Ausspielen

(Unruhe)

von Leistung und Sich-wohl-Fühlen. Es ist eine Diskriminierung von Grundschullehrerinnen in unserem Land. Diese nehmen nämlich den Erziehungs- und Bildungsauftrag des Lehrplans der Grundschule ernst, der fordert, Grundschulen als Lern- und Lebensorte auszugestalten, als Orte, an denen sich Kinder auch wohl fühlen können.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Zeller SPD)

Dabei gibt es durchaus Reformprojekte, die wir unterstützen, Frau Ministerin: zum Beispiel die frühere Einschulung gekoppelt mit dem „Schulanfang auf neuen Wegen“, die jahrgangsübergreifenden Klassen, bei denen das Prinzip gilt: differenzieren und fördern.

Wenn man sich allerdings anschaut, wie die Entwicklung verläuft, muss man sagen: Nachdem Sie sich bundesweit

damit profiliert haben, haben Sie das Interesse verloren. Das Reformprojekt dümpelt vor sich hin. Stattdessen hätte es ein Schlüsselprojekt für die Weiterentwicklung der Grundschule werden können. Nur 4 % der 2 500 Grundschulen haben dieses Projekt tatsächlich durchgeführt.

Ich vermisse somit die Bereitschaft, Frau Kultusministerin, innezuhalten und auch einmal kritisch zu fragen: Mache ich, machen wir in diesem Bundesland eigentlich alles richtig? Man darf nicht immer nur sagen: Wir sind Spitze, wir können alles.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Außer Hochdeutsch!)

Nachdenklichkeit, meine Damen und Herren, ist allerdings auch in diesem Hause, bei uns selbst, angesagt. Ich würde es für ein gutes Zeichen halten, wenn sich der Landtag entschließen könnte, eine Enquetekommission zum Thema „Weiterentwicklung von Schule und Unterricht“ einzusetzen. Ich möchte daran erinnern – Frau Kollegin Rudolf hat dies ja bereits angesprochen –: Wir sind sehr zufrieden damit, dass wir in der letzten Legislaturperiode die Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ hatten. Sie hat genau zu der Erkenntnis geführt, dass ungefähr 20 % der Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien nicht mehr die Leistungen erbringen, die für eine berufliche Integration notwendig sind.

Die Jugendenquetekommission hat im Ergebnis ein Bündel von Maßnahmen empfohlen. Unter anderem hat sie die Regierungskoalition endlich davon überzeugt, wie dringend notwendig die Schulsozialarbeit in diesem Land ist. Sie hat dafür gesorgt, dass in Baden-Württemberg Jugendagenturen eingerichtet wurden, die den Jugendlichen helfen, den schwierigen Übergang von der Schule in den Beruf zu meistern.

Deshalb, sage ich, würde es uns gut anstehen, zunächst einmal genau hinzuschauen und zu klären: Wo liegen denn die Schwächen? Vor allem sollten wir aber klären: Welche ganz konkreten Handlungsperspektiven müssen aufgebaut werden, damit alle Jugendlichen, von den sozial benachteiligten bis zu den höchstbegabten, die Bildung bekommen und die Kompetenzen entwickeln können, die sie von ihren Potenzialen her mitbringen?

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Kaufmann SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 1997 hat sich die Kultusministerkonferenz in Konstanz entschieden, künftig deutsche Schulen an internationalen Vergleichsstudien zu beteiligen. In den letzten zehn Tagen habe ich mich an diese Situation, an die damalige Sitzung und die Wochen und Monate danach erinnert, und ich habe mich übrigens auch an manche schul- und bildungspolitische Debatte der letzten Jahre in diesem Haus erinnert.

(Abg. Röhm CDU: Jetzt kommts!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Dem Beschluss in Konstanz ist eine erbitterte Auseinandersetzung über Wochen und Monate vorausgegangen, lautstark bis in die Sitzung hinein – nicht weil die CDU gesagt hätte: „Es ist alles Spitze im deutschen Bildungswesen, und deshalb wollen wir das nicht“, sondern weil die SPD-Kollegen gesagt haben: „Das wollen wir nicht, wir wollen keine Beteiligung.“

(Zurufe von der SPD: Was?)

Wir haben ein anderes Verständnis von dem, was Schule ausmacht, im Vergleich zu dem, was Vergleichsuntersuchungen liefern können.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Aha! Ist ja interessant!)

Das kann man alles in Protokollen nachlesen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Nur sollten Sie die lesen!)

Deshalb meine erste Feststellung: Die damalige Vereinbarung der Kultusministerkonferenz in Konstanz gehört zu den bedeutsamsten Beschlüssen, weil jetzt möglich ist, was bislang nicht möglich war: Bildungspolitik auf eine empirische Grundlage zu stellen, mit Fakten und nicht unentwegt mit Spekulationen zu arbeiten, sachliche Debatten zu führen.

Liebe Frau Rudolf, Sie müssen mich nicht ermahnen. Ich bin diejenige, die in den letzten Tagen unter anderem in Berlin gesagt hat – das können Sie nachlesen –: Alle Länder sind betroffen.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Alle Länder sind betroffen.

(Abg. Drexler SPD: Sie wissen alles!)

– Äußerungen wie „Wir wissen alles“ stammen übrigens aus den letzten Tagen vorrangig von Sozialdemokraten.

(Beifall bei der CDU)

Heute Morgen wird in nordrhein-westfälischen Zeitungen die Kultusministerin Behler zitiert mit dem Satz, dass eben Lehrer beratungs- und weisungsresistent seien und dass wir deshalb in Deutschland solche Zustände hätten.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Ein Schlag ins Gesicht der Lehrer! – Abg. Fleischer CDU: So eine Verunglimpfung! – Weitere Zurufe von der CDU: Unglaublich! Skandalös!)

Sozialdemokratische Kollegen, übrigens auch baden-württembergische, haben mir in den letzten Tagen gesagt, ich solle doch einfach mal reinschlagen:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Reingrätschen!)

reinschlagen in die Schulen, reinschlagen in die Verbände, reinschlagen in die Interessenvertretungen. Dann würde alles besser.

(Abg. Drexler SPD: Da wird bald niemand mehr mit Ihnen reden, wenn Sie alle vertraulichen Gespräche wiedergeben!)

So weit zur Nachdenklichkeit, so weit zum Thema Innehalten, so weit zu der Bereitschaft, nicht einfach bei dem zu bleiben, was immer schon gesagt worden ist, sondern empirische Grundlagen zur Kenntnis zu nehmen.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu den empirischen Grundlagen. Es sind 500 Seiten. Herr Kleinmann hat schon ein Exemplar da liegen.

(Abg. Fleischer CDU: Streber! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Er will damit den Eindruck erwecken, als würde er das auch lesen!)

Was bislang in den Zeitungen steht, ist ein Bruchteil davon, aber es sind die gravierenden Ergebnisse.

Erster Punkt: Es ist jetzt erwiesen, dass wir, wenn wir über Schlüsselqualifikationen nachdenken, vielleicht nicht an allererster Stelle von Teamfähigkeit, Wohlfühlen und Sozialkompetenz sprechen. Es wäre schon gut, wenn man sich beim Leisten wohl fühlen würde, das ist wahr, aber Alternativen können es nicht sein. Nach PISA ist klar: Die Lesekompetenz ist der wirklich entscheidende Schlüssel.

(Beifall bei der CDU – Abg. Christine Rudolf SPD: Sie bauen doch Widersprüche auf, die es gar nicht gibt!)

– Frau Rudolf, eine Schlüsselqualifikation ist übrigens auch Zuhören-Können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Lesekompetenz ist nicht nur bedeutsam im Blick auf Deutsch, auf Literatur und für das Verständnis von Texten. PISA hat uns in vielen Details dargelegt, es ist genauso die entscheidende Voraussetzung für mathematische Grundkompetenzen und für Naturwissenschaften. Deshalb muss der Grundsatz gelten: Wer über Bildungsinhalte nachdenkt, wer darüber nachdenkt, was in der Schule Priorität haben muss, der muss wissen, um mit Hartmut von Hentig zu sprechen – der erscheint Ihnen nicht ganz so fies wie vielleicht ich –,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dazu bedurfte es seit 3 000 Jahren keiner PISA-Studie!)

dass es zweierlei zu beachten gilt: Wir brauchen guten Sprachunterricht, und wir brauchen Spracherziehung. Spätestens, wenn es um Spracherziehung geht, brauchen wir die Verbindung und Kooperation zwischen Schule und Elternhaus,

(Beifall bei der CDU)

übrigens auch zwischen Schule und einer Gesellschaft, in der Lernen und Leistung, in der der Umgang mit Sprache, in der die Pflege der Sprache einen anderen, einen höheren Stellenwert bekommt als bei uns.

(Zuruf von der SPD: Da war der Humboldt schon weiter! – Heiterkeit bei der SPD)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Zweiter Punkt: 15-jährige Schüler und Schülerinnen in Deutschland sind weit überdurchschnittlich nicht in Klasse 10, sondern zu 60 % in Klasse 9 und zu 21 %, glaube ich, erst in Klasse 8. Das unterscheidet uns massiv von den allermeisten anderen Ländern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt leider! Ist empirisch belegt!)

Auf Anfrage an die Autoren des Max-Planck-Instituts, was für Zusammenhänge auch im Blick auf die Möglichkeiten bei PISA sich daraus ergeben, ist die Antwort ganz klar: In Deutschland ist viel zu lange die Legende gepflegt worden, dass Schule eigentlich ein Anschlag auf die Kindheit ist, deshalb Schule möglichst spät beginnen muss, möglichst viele zurückgestellt werden, möglichst viele sitzen bleiben und am Ende Schüler und Schülerinnen im Schnitt unterfordert sind. Das ist der von den Autoren von PISA aufgezeigte Tatbestand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rückert CDU zur SPD: Zuhören!)

An diesem Punkt gibt es zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland schon jetzt festzustellende gravierende Unterschiede.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind seit 1948 für die Schulpolitik zuständig!)

In der PISA-Studie ist ausgeführt – das ist nicht Ideologie, das ist Fakt, das kann man in den Bundes- und Landesstatistiken nachlesen –, dass die Rückstellungsquote in Deutschland bei 12 % liegt. 12 % aller Kinder werden nicht eingeschult.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Vor Jahren haben wir hierzu eine Debatte geführt. Lesen Sie mal die Protokolle nach! Lesen Sie mal die Reden von damals nach! Das bereitet mir großes Vergnügen.

(Zuruf von den Grünen: Mir auch!)

Die Schlagzeilen lauteten: „Schavan will Fünfjährige einschulen“, „Unglaubliche Überforderung von Kindern“. Wir haben bis zum letzten Schuljahr bereits eine Halbierung der Rückstellungsquote erreicht. Wir lagen schon im Schuljahr 2000/2001 nicht bei 12, nicht bei 10, sondern bei 6 %. Baumert hat in Berlin erklärt, wenn alle Länder in Deutschland den Wert der Oberen erreichen würden, gäbe es schon eine massive Veränderung.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Nächster Punkt: Die Sitzenbleiberquote in Deutschland beträgt 24 %. Die niedrigste Sitzenbleiberquote hat Baden-Württemberg. Hier ist die Sitzenbleiberquote in der Grundschule 2,2 %, in der Realschule 3,2 %, im Gymnasium 2,2 %. Aussage Baumert, Max-Planck-Institut: Wenn sich alle Länder an der niedrigsten Sitzenbleiberquote orientieren würden, die es jetzt schon gibt, gäbe es eine massive Veränderung. Bei uns sitzen nicht 60 % der 15-Jährigen in Klasse 9 und 13 % in Klasse 8, sondern hier ist der Anteil der Schüler und Schülerinnen, die bereits im Alter von 15

Jahren die zehnte Klasse erreicht haben, deutlich höher als in den anderen Ländern. Die Autoren von PISA sagen, es sei wichtig, dass Jugendliche in der Schule nicht latent unterfordert werden, und das werden sie, wenn sie zu spät eingeschult werden und zu häufig die Klassen wechseln müssen. Dass sich die Leistungspotenziale, die Talente von Jugendlichen in Deutschland nicht genügend entfalten können, hat auch und wesentlich mit schulischer Unterforderung zu tun, die wiederum ihren Grund darin hat, dass Schule im Vergleich zur Kinder- und Jugendzeit schlechter geredet worden ist,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

dass lange Zeit der Eindruck erweckt worden ist, kindliches Wohlfühlen sowie Lernen und Leistung seien Gegensätze. Es ist völlig an Kindern und Jugendlichen vorbeigedacht, wenn wir den Eindruck erwecken, Wohlbefinden sowie Lernen und Leistung seien zweierlei. Für Kinder gehört das zusammen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit komme ich zu einem gravierenden weiteren Tatbestand. Er betrifft die Schwachen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Er betrifft die Tatsache, dass in keinem Land soziale Herkunft und schulischer Erfolg so wenig entkoppelt sind wie in Deutschland. Ich glaube, dass das ein gravierender Tatbestand ist. Natürlich haben alle Minister gefragt: Was ist denn da der entscheidende Punkt? Da stoßen Sie wieder auf das Gleiche, dass nämlich gesagt wird: Bildung beginnt nicht bei der Einschulung, sondern Bildung beginnt zu Hause.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dieser Satz wird für Kinder in Deutschland hochvirulent, wenn Sie bedenken, dass jedes vierte Kind am Schulbeginn mit einer verzögerten Sprachentwicklung

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ankommt!)

ankommt – danke schön –, weil mit diesem Kind nicht genügend gesprochen wurde. Jetzt können Sie noch so viele schulische Förderprogramme auflegen und noch so viele schulische Aktivitäten entwickeln – solange sich diese Gesellschaft ihrer Bildungsaufgabe und ihrem Bildungsauftrag nicht stellt, kann Schule nur begrenzt erfolgreich sein. Auch das ist eine Erkenntnis von PISA.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Nun wird interessant sein, wie sich die Frage des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und schulischer Leistung im Ländervergleich innerhalb Deutschlands ausdifferenziert.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wenn Sie ein bisschen besser sind, reicht Ihnen das schon?)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Denn es ist augenscheinlich, dass die Frage der Entkopplung ganz wesentlich damit zu tun hat, welche Anschlussmöglichkeiten es in einem Bildungssystem gibt. Wer jetzt, was die letzten Tage natürlich auch getan wurde – Frau Rudolf, Sie haben, nachdem Sie lange Anlauf genommen haben, dann endlich auch das Tor getroffen,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Danke schön!)

indem Sie erklärt haben: dreigliedriges Schulsystem.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ich habe nur eine Frage gestellt!)

– Es hat ja gar keinen Sinn, dass ich Ihnen diese Frage beantworte. – Hören Sie SWR 2, hören Sie Ingo Richter, Sozialdemokrat, noch ein Sozialdemokrat alter Schule, Direktor des Deutschen Jugendinstituts, der auf die Frage, ob das etwas miteinander zu tun habe, erklärt hat: „Überhaupt nichts hat das miteinander zu tun.“ Überhaupt nichts! PISA ist die erste Studie, die klar macht: Die Frage der Organisation – integrierte Systeme oder gegliedertes Schulwesen – hat für die Leistungsfähigkeit und auch für die Frage der Entkopplung keine Bedeutung. Deshalb rate ich allen sehr, übrigens auch im Blick auf die Ergebnisse unserer Gesamtschule – gestandene Sozialdemokraten erklären in den letzten Tagen, die Bildungsreformen der Siebzigerjahre seien gescheitert; ich muss das gar nicht sagen, das tun die schon selbst –:

(Heiterkeit der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Überlegen Sie sich gut, ob Sie jetzt wieder zu den Ideen der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts zurückkehren wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Schlachten der Siebzigerjahre! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Eine entscheidende Frage im Blick auf die schwachen Schüler, die so genannten Lernschwachen, eine entscheidende Frage für die Entkopplung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung und übrigens auch eine entscheidende Frage im Blick auf die Gruppe ausländischer Studierender ist die Frage, wie sich das Bildungswesen so aufbaut, dass auf jeden Abschluss ein Anschluss folgt. Deshalb können wir davon ausgehen, dass die Tatsache, dass in unserem beruflichen Schulwesen in Baden-Württemberg jeder Abschluss gemacht werden kann, dass wir eine Abiturquote von 9 % eines Jahrgangs allein in den beruflichen Gymnasien haben, hier zumindest ein erster wichtiger Schritt ist. Bei uns gehen überhaupt nur noch 7 % der Mädchen und 14 % der Jungen nach Klasse 9 der Hauptschule in eine Lehre. Alle anderen gehen in weiterführende Schulen, erwerben andere Abschlüsse,

(Zuruf von der SPD: Warum?)

zum Teil Abschlüsse, die ihnen einen besseren Einstieg in qualifizierte Ausbildung, Beschäftigung und Arbeit ermöglichen. Deshalb die 20 %, von denen in der Jugendquotekommission die Rede war.

Wir sind nicht tatenlos geblieben. Es hat eine Menge von Maßnahmen gegeben: Jugendberufshelfer, neue Angebote

in der beruflichen Bildung. Das Ergebnis ist – diese Zahl müssen Sie mit nennen –: Es sind nicht nur 20 % gefährdet, sondern wir in Baden-Württemberg haben ein Bildungswesen – vor allem im Bereich der beruflichen Schulen, wir haben eine Kooperation zwischen Bildung und Wirtschaft –, das wesentlich mit dazu beiträgt, dass die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen bei 4,5 % liegt und damit europaweit die niedrigste Quote überhaupt ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Auch da muss ich sagen: Wenn dieser Wert in ganz Deutschland erreicht würde, stünden wir völlig anders da, auch bei internationalen Vergleichen.

Eine weitere Erkenntnis von PISA: Es ist immer wieder gesagt worden, Kinder mit allein erziehenden Elternteilen oder aus unvollständigen Familien hätten weniger Chancen als Kinder aus so genannten normalen Familien. PISA zeigt deutlich, dass es keine Leistungsunterschiede gibt. Es gibt überhaupt keine Unterschiede im Hinblick auf die Kompetenzen: ob Lesekompetenz, ob mathematische Grundbildung oder naturwissenschaftliche Bildung. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Wir müssen uns auch mit solchen Ergebnissen einmal auseinander setzen und dürfen uns nicht nur Facetten herauspicken, von denen wir glauben, dass sie die alten Schlager bedienen.

Eine weitere Feststellung. Was nahezu niemand von uns gedacht hat: Es gibt keinen wirklichen Zusammenhang zwischen dem Vergnügen am Lesen und dem Lesekönnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig!)

Das größte Vergnügen am Lesen haben russische Fünfzehnjährige.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Sie haben mit die niedrigste Lesekompetenz. Das hätte niemand von uns angenommen. Jeder hätte gesagt: „Wenn du Vergnügen daran hast, dann kannst du es auch.“ Das sagt auch allgemein etwas über den Zusammenhang von Vergnügen und Können aus. Es ist schön, Vergnügen am Können zu haben, aber Vergnügen ersetzt noch nicht Können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD – Heiterkeit)

Das ist eine wichtige Erkenntnis von PISA, weil es Konsequenzen für die Frage haben muss, wie Leseförderung funktioniert. In Deutschland gibt es mittlerweile ungewöhnlich viele Initiativen zur Leseförderung, aber viele wirken überhaupt nicht. Deshalb muss auf der Grundlage von PISA noch einmal genauer darüber nachgedacht werden, was die Förderung von Lesekompetenz bedeutet

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

und was Förderung eines besseren Verständnisses von Texten bedeutet. Was bedeuten im Umgang mit Sprache und Schrift ein besseres Verstehen und eine bessere Anwendung?

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Jetzt werde ich nicht noch weitere Ergebnisse vortragen,

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

weil ich Ihre Zeit nicht überstrapazieren will. Ich will Ihnen nur sagen: In Baden-Württemberg wird nicht „reingeschlagen“ – das möge tun, wer will. Aber in diesem Land wird das Bildungswesen konsequent weiter modernisiert. Vielleicht entscheidet sich auch die SPD irgendwann noch einmal, bei dieser Modernisierung mitzuwirken,

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Was modernisieren Sie denn?)

anstatt bei jeder bildungspolitischen Debatte

(Abg. Schmiedel SPD: Das konservativste Schulsystem der Welt!)

durch Zwischenrufe aufzufallen – dabei sind einige richtig stark und Könner –

(Abg. Schmiedel SPD: Wer provoziert, ist selber schuld! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

oder alles abzulehnen.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Clement hat als erste Reaktion auf PISA bekannt gegeben, er werde jetzt endlich dafür sorgen, dass in Nordrhein-Westfalen das Abitur nach zwölf Jahren möglich wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Hört, hört!)

Das ist eine tolle Erkenntnis. Was haben wir hier für Debatten geführt, bis Sie dann vor einiger Zeit endlich die Kurve gekriegt und diese Möglichkeit eingeräumt haben!

In diesen Tagen wird gesagt: Spezialwissen vermindern, Grundlagen stärken! Wie oft habe ich hier in den letzten sechs Jahren gestanden und habe gesagt: Spezialwissen vermindern, Grundlagen stärken, beginnen in der gymnasialen Oberstufe, die ein Paradebeispiel für verkorkstes Bildungsangebot in den Gymnasien war, völlig verkopft, völlig überfrachtet mit Spezialwissen, viel zu wenig Grundlagen, Abbau von naturwissenschaftlichem Verständnis und von Anwendung. Wir haben das, was Clement will, hinter uns. Wir haben es auf den Weg gebracht –

(Lachen bei der SPD)

unter großem Protest der Sozialdemokraten. Sie haben jede öffentliche Veranstaltung, jede Veranstaltung mit Schülern genutzt, um das kaputtzureden, um das schlechtzureden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb sage ich auch in diesen Tagen: Ich finde, dass wir in Baden-Württemberg

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Alles besser machen!)

viele sehr engagierte Lehrer und Lehrerinnen haben. Wer immer glaubt, er könne die Antworten auf PISA gegen

Lehrer und Lehrerinnen geben und er könne ein Bildungswesen modernisieren ohne Lehrer und Lehrerinnen, der ist auf dem Holzweg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD)

Deshalb halte ich es für einen ziemlichen Skandal, dass eine Kultusministerin in einem so großen und bedeutenden Land wie Nordrhein-Westfalen über die Zeitungen ihren Lehrern erklären lässt, sie seien halt weisungsresistent.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das ist sozialdemokratischer Umgang mit PISA.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Und Herr Oettinger?)

Meine Damen und Herren, ich habe in Berlin gesagt und wiederhole hier: Alle sind betroffen; jeder hat seinen Anteil; wenn sich jeder um seinen Anteil kümmert, sieht es besser aus. Ich sage aber auch: Jeder möge jetzt seine Rede nach Möglichkeit so halten, dass er sie im Frühsommer guten Gewissens nachlesen kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir werden Ihre auch nachlesen!)

Dann kommt der zweite Teil von PISA. Jetzt sind 5 000 Schüler und Schülerinnen getestet worden. Dann sind es 50 000, und dann wissen wir, welches Konzept in Deutschland wie wirkt. Dann wissen wir, welche Weichenstellungen in den letzten Jahren in welchem Land in die richtige Richtung weisen und was im Grunde die Problemlage verstärkt.

(Abg. Wichmann SPD: Es geht doch um Schüler und nicht um Dinge!)

Deshalb führen wir in den nächsten Wochen den ersten Teil der Debatte. Dann kommt der zweite Teil der Debatte. Der wird sehr viel konkreter werden. Der wird auch zur Auseinandersetzung führen. Die Auseinandersetzung mit allen beteiligten Gruppen gehört dazu. Unverzichtbare Voraussetzung, bevor ich über irgendwelches bildungspolitische Handeln rede, muss sein: Diese Gesellschaft muss erkennen, dass Spaßgesellschaft allein keine Zukunft hat. Diese Gesellschaft muss von ihrer Behäbigkeit wegkommen und eine lernende Gesellschaft werden, in der Lernen und Leistung etwas bedeutet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist wahr!)

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mehr als sechs Minuten!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! PISA ist ein internationaler Vergleich, aber ich muss auch kritisch hinzufügen: Man kann nur Äpfel

(Kleinmann)

mit Äpfeln und Birnen mit Birnen vergleichen. Wenn Sie einmal Kapitel 2.7 der Studie nachlesen, wo das Thema Lesekompetenz aufgegriffen wird, sehen Sie eine Tabelle, die ausweist, dass mehr als die Hälfte derjenigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland, die die unterste Kompetenzstufe nicht erreichen, Schüler mit Migrationshintergrund sind. Wir lösen also die Integrationsaufgabe schlecht, so das Resultat bei PISA. Bei PISA werden aber – deshalb kann man, wie gesagt, nicht unbedingt alles miteinander vergleichen – auch solche Länder herangezogen, die diese besondere Situation der Migranten entweder nicht in vergleichbarem Umfang oder – ich erinnere an Finnland – überhaupt nicht haben.

Ich versuche nicht, irgendetwas schönzureden, aber dies ist methodisch fragwürdig, vor allem, weil noch hinzukommt: PISA stellt an verschiedenen Stellen ausdrücklich fest, dass es in Deutschland am schlechtesten gelinge, soziale Schichtunterschiede in der schulischen Bildung auszugleichen. Dass zwischen Schichtzugehörigkeit und Migrationshintergrund in Deutschland wiederum ein enger Zusammenhang besteht, möchte ich hier ausdrücklich hervorheben.

Noch gravierender ist, meine Damen und Herren – ich empfehle Ihnen wirklich einmal die Lektüre –, dass PISA auf Seite 36 sieben Länder namentlich benennt, in denen bis zu 50 % der 15-Jährigen überhaupt nicht mehr in der Schule sind, weil sie als Leistungsschwache vorzeitig aus dem Schulsystem herausfallen. Bei ihnen handelt es sich, wie ausdrücklich festgestellt wird, fast immer um Kinder aus den unteren sozialen Schichten. Diese bemerkenswerte Lösung der Schichtproblematik wird laut PISA in Australien, Korea und Österreich praktiziert; diese Länder schneiden in der Untersuchung besser ab als Deutschland. Aber auch die am Ende der Skala liegenden Länder Lettland, Mexiko und Brasilien bewirken mit dieser Praxis natürlich eine Verfälschung nicht nur ihrer eigenen Resultate, sondern insbesondere auch der OECD-Durchschnittswerte und damit der gesamten Skalierung der durch PISA ermittelten Ergebnisse.

Meine Damen und Herren, Herr Röhm hat vorhin einige grundsätzliche Ausführungen zur Schulpolitik der CDU gemacht. Ich erlaube mir, dies auch für die FDP/DVP-Fraktion zu tun.

Erstens ist klar: Auch wir stehen zum dreigliedrigen Schulsystem ohne Wenn und Aber.

Zweitens: Es ist wiederholt gesagt worden, dass Erziehung nicht erst in der Schule beginnt, sondern auch wesentlicher Bestandteil der Familie ist. Dies muss immer wieder betont werden. Wenn man feststellt, dass viele Mädchen und Jungen nicht mehr in der Lage sind, einfache Gesellschaftsspiele zu spielen, ist das alarmierend. Es kann nicht sein, dass dieser Mangel, der in der Familie besteht und aufkommt, anschließend von der Schule ausgeglichen werden muss. Dafür kann die Schule nicht da sein.

(Abg. Drexler SPD: Was soll man dann machen?)

Ich stimme Ihnen zu, Frau Ministerin – auch ich bin der Meinung und habe das in meiner Fraktion wiederholt gesagt –: Während Kinder früher an einer Hand geführt wur-

den, ist es heute so, dass wir die Kinder oft an zwei Händen führen und sie überbehüten, um ihnen ja keinen großen Druck oder Stress oder sonst etwas zukommen zu lassen, und uns dann wundern, dass sie, wenn wir sie loslassen, gar nicht in der Lage sind, eigenständig zu gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Frau Ministerin, wir sollten uns darauf konzentrieren: Ich bin der Meinung, dass heutzutage zu viele Einzelheiten an Stoff vermittelt werden, so nach dem Motto: Je mehr Einzelheiten, desto besser. Umgekehrt ist es meiner Ansicht nach sinnvoller. Wir brauchen mehr vernetzten Unterricht. Wir brauchen Denken in Zusammenhängen, fachbezogen und fächerübergreifend.

(Abg. Drexler SPD: Seit 48 Jahren könnte das die CDU in diesem Land machen! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Aber gerne.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Kollege Kleinmann, Sie haben sich ebenso wie vorhin die Frau Kultusministerin über die mangelnde Erziehungsarbeit der Familie beklagt. Die Kultusministerin hat gesagt: Es wird zu wenig mit den Kindern gesprochen. Sie haben es in allgemeiner Weise beklagt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zu wenig gespielt!)

Jetzt frage ich Sie: Was hat diese Rede, die Sie hier als Politiker führen, für einen Sinn,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

wenn Sie nicht gleichzeitig sagen, wie man das ändern soll?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau!)

Hat die Politik überhaupt Instrumente,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, hat sie!)

um in den Elternhäusern die Eltern zum Reden mit ihren Kindern anzuhalten,

(Abg. Drexler SPD: Nein, hat sie nicht!)

und wenn ja, welche?

(Beifall bei den Grünen)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Kollege Kretschmann, die Frage ist zweifelsohne berechtigt. Bei uns in der Kirche würde man sagen: Es geht über Erwachsenenbildung. Also zum Beispiel geht es um das Thema: Warum sehen die Kinder zu viel fern? Hier kann man Seminare, Abende anbieten, wo über die Problematik des Zusammenhangs von Leseschwierigkeiten –

(Zurufe)

(Kleinmann)

– Natürlich. Woher kommt es denn, dass die Leute nicht lesen können? Das hängt doch auch damit zusammen.

(Abg. Drexler SPD: Die Eltern machen es nicht!)

Auf diese Art und Weise sollten die Eltern auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden.

(Weitere Zurufe – Unruhe)

– Darf ich jetzt die Frage einmal beantworten?

(Abg. Drexler SPD: Aber sie machen es nicht!)

Man muss versuchen, sie auf diese Art und Weise auch auf ihren Erziehungsauftrag aufmerksam zu machen. Das ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch Aufgabe verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen. Dazu zähle ich beispielsweise auch die Kirchen.

Natürlich – Herr Pfister und der Herr Ministerpräsident haben das schon erwähnt – sind wir der Meinung, dass wir für die Förderung der Ein- bis Dreijährigen auch einiges tun müssen. Es ist ja auch davon gesprochen worden, dass man bereits das Lernen im Kindergartenbereich stärker hervorheben muss. Das kann ja nur in Zusammenarbeit von Eltern, Erzieherinnen und Kindern gehen. Von daher gibt es Ansätze, Herr Kollege Kretschmann, die allerdings in der Tat noch weiterentwickelt werden müssen.

Die Weiter- und Fortbildung der Lehrer als ein wichtiger Punkt, um bei PISA voranzukommen, ist schon angesprochen worden.

Meine Damen und Herren, noch eines – ich bin vorhin unterbrochen worden – möchte ich am Schluss sagen: Ich bin auch der Meinung, dass man in der Schule wieder mehr repetieren sollte. Es wird zu viel vermittelt, und zu wenig bleibt hängen. Das kann nur damit zusammenhängen, dass zu wenig repetiert wird. Wir müssen uns in Zukunft, was die Lehrpläne betrifft, auf das Wesentliche konzentrieren.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kultusministerin hat hier PISA analysiert

(Abg. Drexler SPD: Nein, das hat sie nicht!)

und dabei aufgezeigt, zumindest in einigen Bereichen, wo es mangelt, und gleichzeitig den Eindruck erweckt, als ob daran andere Bundesländer und die SPD schuld seien.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Seit 48 Jahren haben Sie die Verantwortung in der Schulpolitik, und jetzt wollen Sie das der SPD zuschieben. Das ist zu plump, Frau Ministerin!

(Beifall bei der SPD)

Sie halten ja sehr viel von Redlichkeit, Frau Schavan.

(Abg. Drexler SPD: Sagt sie!)

Ich habe mir gerade den Artikel besorgt, aus dem Sie sinn gemäß zitiert haben. Sie haben daraus berichtet und den Eindruck erweckt, als ob Frau Behler die Lehrer nieder machen würde. Damit Sie sich ein Bild machen können, was Frau Behler tatsächlich gesagt hat, lese ich Ihnen das Zitat vor und überlasse es Ihnen, ob Sie die Interpretation der Frau Schavan teilen oder nicht:

Die Frage der „Zeit“ war:

Keine alten Rechnungen begleichen, warnen alle nach dem PISA-Schock. Wir fragen dennoch: Wo hat die Politik versagt, Frau Behler?

Frau Behler antwortete:

Die Debatte erstarrte in Ritualen, und folglich redet man über Bildungspolitik mit unglaublich viel Unbildung. Alle glauben, kompetent zu sein, schließlich ist jeder einmal zur Schule gegangen. Deshalb weiß jeder stets, dass andere die Schuld tragen, wenn etwas mit der Schule schief läuft. Das hat in Deutschland zu einem Abschieben von Verantwortung geführt, von den Lehrern auf die Eltern, von den Eltern auf die Schule, von der Schule auf die Schulaufsicht, von der Schulaufsicht auf das Ministerium. Und letztlich wird die Ministerin für das Ergebnis einzelner Klassenarbeiten verantwortlich gemacht. Das ganze System ist geprägt von einer organisierten Unverantwortlichkeit, in der sich jeder hinter dem anderen verstecken kann.

(Beifall des Abg. Fischer SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist aber etwas ganz anderes als das, was sie gesagt hat! – Abg. Hauk CDU: Das ist die aktuelle Vorlesungsstunde! – Abg. Pfisterer CDU: Sie hat von Beratungsverständnis gesprochen!)

Das ist der Punkt! Sie können den ganzen Artikel nachher von mir bekommen, und dann zeigen Sie mir – –

(Abg. Fleischer CDU: Bei Ihnen wird PISA deutlich! – Abg. Hauk CDU: Herr Zeller, lesen Sie das erst einmal richtig! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Herr Hauk, auch Sie haben eine Leseschwäche!)

Sie sind erwischt worden! Das ist der Punkt. Sie sind erwischt worden, wie Sie hier mogeln wollten.

(Beifall bei der SPD – Anhaltende Unruhe – Weitere Zurufe)

Das ist das Interview mit der „Zeit“. Lesen Sie das ganze Interview einmal nach.

(Zuruf: Lesen und verstehen!)

Meine Damen und Herren, manche haben es ja erahnt, manche haben es befürchtet, jetzt steht es fest: Die deutschen Schülerinnen und Schüler – ich sage bewusst: die deutschen – liegen mit ihrer Leistung im unteren Feld. Es ist doch interessant, Herr Pfister – das wäre auch einmal für die anderen interessant; das hat von denen, die hier von der Regierungsseite gesprochen haben, niemand gemacht –, zu fragen: Was machen andere Länder, die besser ab-

(Zeller)

schneiden als die Bundesrepublik, denn anders? Die Antwort auf diese Frage wäre doch einmal spannend.

(Abg. Drexler SPD: Was macht Finnland?)

Ich stelle einmal fest, dass einige der Länder, die das anders machen, im Grunde genommen in ihrem Schulsystem die Ganztagschulen haben. Sie haben ein Ganztagschulsystem. Das kommt doch nicht von ungefähr.

(Abg. Drexler SPD: Finnland!)

Sie, Frau Schavan, wollen nach wie vor Ganztagschulen lediglich auf die so genannten Brennpunktschulen reduzieren.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dazu sagen wir: Das ist ein untaugliches Mittel, weil wir aus vielen Gutachten und Analysen wissen, dass gerade Ganztagschulen hervorragend geeignet sind, lernschwächere Kinder oder Migrantenkinder in das Schulsystem zu integrieren. Das ist doch längst bekannt. Schaffen Sie doch endlich einmal mehr Ganztagschulen, wenn es darum geht, genau jenen Kindern zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eines ist interessant: Nicht die Auslese führt zu besseren Leistungen. Das ist ein Ergebnis, das Herr Professor Baumert deutlich aufgezeigt hat und das sogar in Ihrer eigenen KMK-Pressemitteilung steht. Ich könnte es Ihnen jetzt noch vorlesen, wenn Sie das wollen. Auf Seite 3 können Sie das nachlesen. Darin wird dies ausdrücklich bestätigt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wer also glaubt, das gegliederte Schulwesen sei sozusagen von der Natur aus besser geeignet, um bessere Lernleistungen zu erzielen, der irrt, meine Damen und Herren. Das ist ein völlig falscher Schluss.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat Herr Professor Baumert Ihnen doch hoffentlich deutlich gemacht.

Noch ein Vergleich: Andere Länder lassen ihre Schülerinnen und Schüler, ihre Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen. Bis zur achten, neunten, oft noch in der zehnten Klasse lernen die Kinder gemeinsam.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie sehen darin sogar einen Vorteil, denn Heterogenität bedeutet auch eine Lernchance. Nicht die Separierung ist lerneffektiv, sondern das gemeinsame unterschiedliche Lernen und im Übrigen auch das Akzeptieren, dass es unterschiedliche Lernleistungen gibt. Sie predigen aber genau das Gegenteil, indem Sie hier das gegliederte Schulwesen hochjubeln. Das tun sowohl Sie von der CDU als auch Sie von der FDP/DVP. Sie haben das ja gerade eben hier gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines – das ist meine erste Analyse –: Wir müssen uns in der Tat – das gestehe ich zu, und das hat

auch niemand bestritten – noch intensiver mit dieser Studie beschäftigen. Das wird sicherlich auch noch einige Zeit gehen, und wir werden hier noch manche Debatte darüber haben. Das ist auch gut so. Ich sage Ihnen aber eines, was zumindest aus ersten Informationen heraus für mich bemerkenswert ist: Wir brauchen schrittweise eine andere Schule. Wir brauchen einen grundsätzlichen Wechsel in der Mentalität, ein neues Verständnis der Schule. Wenn uns das nicht gelingt, was schon damals die Rau-Kommission mit dem „Haus des Lernens“ bezeichnet hat, dann werden wir in einigen Jahren hier über genau das Gleiche diskutieren.

Meine Damen und Herren, dazu gehört natürlich auch die Lehreraus- und -fortbildung. Die praxisnahe Lehreraus- und -fortbildung ist mit ein entscheidender Baustein in diesem Konzept. Ein weiterer entscheidender Baustein ist, dass wir eine selbstständige, selbstverantwortliche Schule bekommen, die dann auch in Eigenverantwortung ihr schulisches Lernen und ihre schulische Organisation selbst definiert. Nicht der „Obrigkeitsverwaltungshammer“ darf die Devise sein, sondern eine innovative, moderne Schulentwicklung in der Verantwortung der einzelnen Schule. Das brauchen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt will ich Ihnen zum Schluss noch einen Satz vorlesen, damit Sie auch sehen, dass sogar Sie selbst das in Ihrer eigenen Pressemitteilung gesagt haben. Es tut sich aber nichts in diesem Bereich. Wir sind noch in alten Strukturen verhaftet, und Ihre Verwaltung zementiert im Grunde genommen eine veränderte Schule. Es heißt dort:

Erforderlich ist dabei eine generelle Stärkung der professionellen Verantwortung der Schule von der Grundschule an und ein intensiveres Zusammenwirken von Schule und Elternhaus.

Das ist ein Zitat, das auch Herr Professor Baumert deutlich als Fazit festgestellt hat.

Fangen Sie endlich einmal an, und reden Sie nicht nur darüber, wie seit vielen Jahren. Herr Pfister, Ihre Rede ist hier schon mehrfach im gleichen Stil gehalten worden. Ähnliches hören wir auch von der CDU.

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Fangen Sie doch endlich einmal an. Sie haben doch jetzt die Verantwortung, hier mit einer neuen und einer verantwortungsbewussten Schule zu beginnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Frau Kultusministerin Schavan, was war die Botschaft Ihrer Rede?

(Abg. Wacker CDU: Nicht zugehört!)

Alle sind betroffen, nur wir nicht.

(Abg. Wacker CDU: Ist doch gar nicht wahr! – Abg. Drexler SPD: Wie wahr! Spitze!)

(Renate Rastätter)

Wie sind die Besten, wir sind Spitze. Warten wir erst einmal das Frühjahr ab. Dann nämlich wird sich zeigen: Wir sind noch mehr Spitze, wir sind die noch Besseren,

(Abg. Drexler SPD: So war es! Ihr seid wirklich neben der Kappe!)

wir brauchen überhaupt keine Selbstkritik zu üben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wacker CDU: Ist doch gar nicht wahr! – Abg. Dr. Birk CDU: Hören Sie doch mit dem Schablonendenken auf! Sie haben eine Schere im Kopf!)

Das war der Tenor Ihrer Botschaft. Ich bin jetzt schon sicher: Der Ländervergleich wird natürlich ergeben, dass Baden-Württemberg und Bayern wieder die Nase etwas vorn haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

So war es vor 50 Jahren, so war es vor 30 Jahren, und so war es vor 20 Jahren. Das ist nicht zuletzt in der sozial-kulturellen Entwicklung des Südens und des Nordens der Bundesrepublik begründet

(Abg. Fleischer CDU: Gut! – Abg. Hauk CDU: Haben Sie schon einmal an die Ursachen dieser Entwicklung gedacht? – Abg. Herrmann CDU: Hier haben noch nie die Grünen regiert; daran liegt es!)

und liegt damit sozusagen nicht in der politischen Verantwortung der CDU-Regierung in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Heiterkeit – Minister Dr. Döring: Bis jetzt war es gut! – Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt war es hervorragend!)

– Ich sage dazu aber noch ein Wort.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Super Rede! – Unruhe)

Herr Pfister, der Ländervergleich wird Sie dann wieder veranlassen, die Augen vor den notwendigen Maßnahmen zu schließen, die in Baden-Württemberg ergriffen werden müssten, um das Bildungswesen zu modernisieren.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt warten wir doch einmal ab! – Abg. Röhm CDU: Gewisslich nicht, Frau Rastätter! – Abg. Hauk CDU: Bislang waren doch Sie die Modernisierungsverweigerer!)

Frau Schavan und Herr Pfister, Sie haben beide wieder an die Verantwortung der Eltern im Hinblick auf die Erziehungsleistungen erinnert. Ich kenne in Baden-Württemberg keine einzige ernsthafte Initiative, die dazu führen würde, die Kommunikation und die Zusammenarbeit von Eltern und Schulen zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Zeigen Sie erst einmal eine solche Initiative auf, bevor Sie Ihre Forderung hier im Landtag gebetsmühlenhaft wiederholen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ein Drittes, Frau Schavan: Sie sagen, die frühe Einschulung sei notwendig, weil die Kinder mit sieben Jahren

(Abg. Pfister FDP/DVP: Neugierig!)

sonst in der Schule unterfordert würden. Sie blenden aber völlig aus, dass Sie auch für die Kindergärten als Bildungseinrichtungen verantwortlich sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Bildung beginnt nämlich nicht nur im Elternhaus, sondern Bildung beginnt auch in den Kindergärten.

(Beifall des Abg. Zeller SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig! – Abg. Wacker CDU: Im Elternhaus beginnt sie!)

Hier, Frau Schavan, haben Sie Ihre Hausaufgaben überhaupt nicht gemacht. Deshalb sprechen Sie dieses Thema auch wohlweislich nicht an.

Im Jahr 1990 ist an die Kultusminister der Länder der Auftrag ergangen, die Erzieherinnenausbildung zu reformieren, um sie auf das Niveau der Ausbildung in Europa zu bringen. Sie haben dies völlig verschlafen und vernachlässigt, weil Sie die Erziehung aus ideologischen Gründen nach wie vor ausschließlich im Bereich der Eltern sehen und nicht bereit sind, die großen Möglichkeiten der Kindergärten als Bildungseinrichtungen zu nutzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Walter GRÜNE: So ist es!)

Etwas möchte ich noch zu den Ländern sagen, die bei den Leistungen ihrer Schüler an der Spitze stehen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir können zwar kein Hochdeutsch, aber alles andere!)

Diese Schulen – das wurde schon gesagt – tragen auch zur sozialen Integration aller Schüler bei.

Aber eines ist noch nicht gesagt worden: Wenn wir uns anschauen, wie diese Länder ihre Bildungssysteme reformiert haben, während wir in unserem hochselektiven Bildungswesen eine soziale Auslese vorgenommen und damit die Abiturquote erhöht haben, stellen wir fest: Diese Länder haben ihr Bildungswesen systematisch entbürokratisiert und dezentralisiert. Sie haben die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt. Sie haben den Lehrerinnen und Lehrern, den Gemeinden und den Eltern die Möglichkeit gegeben, die Bildung und den Unterricht in ihren Einrichtungen selbst aktiv zu reformieren.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das gibt es doch bei uns auch!)

Das hat Früchte getragen.

Hier dagegen, in diesem Bundesland, darf man nicht einmal über die Frage diskutieren, ob Lehrer Berufsbeamte sein müssen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

(Renate Rastätter)

Ganz zu schweigen davon, dass die Einstellung von Lehrkräften an der Schule daran scheitert, dass im Promillebereich die Auslese getroffen wird, wer an die Schulen kommt. Es geht nicht nach der Frage, wer besser ins Team, in das Kollegium passt.

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen, Frau Schavan: Es ist ja schön, dass Sie jetzt auch die Lehrer loben. Allerdings ist das an den Schulen – diese Rückmeldung kann ich Ihnen geben – bis jetzt noch nicht angekommen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Hören Sie doch auf!)

Aber ich möchte darauf verweisen, dass immer noch zu viel Schelte durch Politiker betrieben wird. Ich erinnere nicht zuletzt an die Aussage eines CDU-Spitzenpolitikers im Landtag von Baden-Württemberg, der von „faulen Hunden“ sprach.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und Schröder spricht von „faulen Säcken“! – Zurufe von der SPD)

An diese Schelte über Lehrerinnen und Lehrer möchte ich erinnern. Es gibt auch Schelte an Schülerinnen und Schülern.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Kinder seien alle nicht mehr so, wie sie sein sollten – so, als könnten wir uns welche backen. Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Kinder und Jugendlichen in den Schulen müssen so genommen werden, wie sie nun mal ankommen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Daran muss bei der Reform des Bildungswesens angesetzt werden. Die Schüler und Schülerinnen in Baden-Württemberg sind nicht dümmer als die in anderen Ländern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gescheiter! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die Lehrer und Lehrerinnen können die gleichen Leistungen erbringen wie die in anderen Ländern,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

wenn wir die richtigen Impulse setzen, wenn wir die richtigen Anreize schaffen, wenn wir die Schulen – Sie haben die Möglichkeit dazu, aber Sie tun es nicht – in die Freiheit entlassen und wenn wir die entsprechenden Unterstützungssysteme dafür bereitstellen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt kommt die Zeitung! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt wirds „Zeit“! – Gegenrufe von der SPD)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch auf einige Punkte, auf einige zentrale bildungspolitische Stichworte, die in der zweiten Runde genannt worden sind, eingehen.

Vorab beschäftigen wir uns mit der Zeitung.

Erstens: Das Zitat, von dem ich gesprochen habe, stammte überhaupt nicht aus der Zeitung, die Sie gelesen haben und die ich auch gerade gelesen habe. Es stammte vielmehr aus einer anderen Zeitung. Das ist in Nordrhein-Westfalen durch den Rundfunk gegangen und mir heute Morgen –

(Abg. Zeller SPD: Die „Zeit“ haben Sie genannt!)

– Ich habe nicht die „Zeit“ genannt; ich habe gesagt: „in Zeitungen“. Das steht in mehreren Zeitungen in Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zuhören!)

Zweitens: Wenn Sie aber dieses Interview meinen und dem Parlament den Eindruck vermitteln wollen, ich hätte ein Zitat benutzt, das eigentlich überhaupt nicht zu Äußerungen meiner Amtskollegin passe, dann lese ich jetzt weitere Zitate aus eben diesen –

(Abg. Zeller SPD: Dann lesen Sie aber alles vor!)

– Nein, ich lese nicht alles vor.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich lese einzelne Zitate vor.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das von Ihnen genannte Zitat ist der Satz:

Schule und alles drum herum ist ein System organisierter Unverantwortlichkeit.

Man sagt normalerweise: organisierte Verantwortungslosigkeit.

(Abg. Zeller SPD: Das war eine Analyse von Frau Behler!)

Nach meiner Auffassung ist diese Aussage für jemanden,

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht ihre Meinung!)

der dieses System wesentlich zu gestalten hat, ziemlich kurios, um es einmal ganz vorsichtig zu sagen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sind doch für Baden-Württemberg zuständig und nicht für Nordrhein-Westfalen! Setzen Sie sich doch mit Ihrer Position auseinander!)

Zweite Aussage:

Vielen Lehrern fehlt die Distanz zum eigenen Handeln. Solange „Bunkermentalität“ vorherrscht, wehren sie sich vehement gegen alle Ansätze, die Klassentüren für Kollegen zu öffnen. Daneben existiert unter Lehrern

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

und Schule eine seltsame Abneigung, als Vorbild zu gelten. Schulen sind resistent gegenüber verordneten Veränderungen.

Es stimmt: Zu jedem dieser Sätze gibt es noch weitere Ausführungen.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Aber diese Sätze sind gesagt: organisierte Verantwortungslosigkeit, Bunkermentalität,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Setzen Sie sich doch mit Ihrer Schulpolitik auseinander!)

kein Vorbild sein wollen, keine Distanz zum eigenen Handeln. Das ist das Sammelsurium, mit dem die Kollegin zu gegebenemmaßen viele trifft, die, weil sie Lehrer eben nicht mögen, der Ansicht sind, dass das denen irgendwie gut tue, wenn sie jetzt einmal in den Senkel gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist doch Quatsch, was Sie hier erzählen! Ein absoluter Quatsch! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Eine Frechheit gegenüber Ihrer Kollegin!)

Deshalb sage ich: PISA – –

(Abg. Zeller SPD: Sie halten viel von Wahrhaftigkeit!)

– Ja, das war ein echt wahrhaftiger Auftritt, den Sie gerade gehabt haben.

(Abg. Fleischer CDU: Nase halten! Falsch zitiert!)

Deshalb sage ich – das ist die Aussage meines Satzes gewesen –: Jeder hat einen Anteil. Niemand kann sich davon ausnehmen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie werden von mir kein einziges Interview aus den letzten zehn Tagen und nicht eine einzige öffentliche Äußerung vorlegen können, aus der ersichtlich wird,

(Abg. Teßmer SPD: Was Sie wollen!)

dass ich der Meinung bin: Die Bildungspolitik kann sich heraushalten und alles auf andere schieben. Ich habe auch nirgends gesagt, dass sich in diesem Land gar nichts ändern werde.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Doch!)

Der Vorwurf an mich vonseiten der Opposition ist in der Regel, dass dauernd etwas geschieht – Sie nennen das „Baustelle“ –,

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

dass dauernd etwas in Bewegung ist, dass ständig reformiert wird. Jetzt wissen wir: Je früher jemand mit den Reformen beginnt, umso besser wird es für die weiteren Vergleichsuntersuchungen sein und für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich führe jetzt nicht die Debatte mit Ihnen.

Gesamtschule.

(Zuruf von der SPD: Ganztagschule!)

– Ich rede auch gleich über Ganztagschulen, jetzt bin ich bei der Gesamtschule, bei integrierten Systemen.

(Abg. Teßmer SPD: Ich habe doch gar nichts davon gesagt!)

– Natürlich ist hier von Gesamtschulen die Rede gewesen. Jetzt regen Sie sich doch nicht so auf. Darüber darf man doch reden. Reden ist erlaubt. Sie können es auch im Protokoll nachlesen, wenn Sie es mir nicht glauben.

Die Ergebnisse der PISA-Studie für die Gesamtschulen in Deutschland liegen, was die Mittelwerte angeht, leicht über dem Hauptschulniveau und unterhalb des Realschulniveaus. Von daher wird man schon die Frage stellen dürfen, ob die Ziele, die mit der Einrichtung der Gesamtschule in den Siebzigerjahren verfolgt wurden, in irgendeinem Punkt erreicht wurden: im Hinblick auf die Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung, im Hinblick auf eine Binnendifferenzierung. Es war doch immer der Clou zu sagen: „Wir schaffen organisatorisch eine Einheit, und dann setzen wir ein System der Binnendifferenzierung durch, durch das die verschiedenen Leistungsstufen auch zum Tragen kommen.“ Das ist glatt misslungen, und dies muss man jetzt auch einmal feststellen dürfen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Nein, ich rede jetzt zu Ende.

Dritter Punkt: Ganztagschule.

(Abg. Zeller SPD: Ich würde jetzt gern eine Frage stellen, weil das auch erklärbar ist!)

Wer die letzten Debatten hier im Haus erlebt hat, der weiß:

(Abg. Zeller SPD: Das ist ideologisch, was Sie da machen!)

Wir haben ein breites Spektrum an Ganztagsangeboten entwickelt.

(Abg. Zeller SPD: 112 Schulen! Ihre Aussage!)

Vom Institut der deutschen Wirtschaft gibt es nahezu wöchentlich ein Informationsblatt mit Tabellen. Vor einigen Wochen gab es eine Tabelle über den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in den Ländern. Danach steht Baden-Württemberg unter den 16 Ländern auf Position vier, glau-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

be ich. Davor sind NRW und auch das eine oder andere neue Bundesland.

(Abg. Zeller SPD: Es sind 112 Schulen!)

– Es sind 400 Ganztagschulen.

(Abg. Zeller SPD: Mit den Sonderschulen!)

– Natürlich zählen wir die Sonderschulen dazu. Wir haben nämlich Sonderschulen und entsprechend gute Ergebnisse. Sie wissen, dass wir an weit über 500 Schulen Ganztagsangebote haben.

Aber, meine Damen und Herren, zu den Ergebnissen der PISA-Studie gehört: Ganztagschule mit schlechtem Unterricht ist nicht besser als Halbtagschule mit schlechtem Unterricht. Deshalb gehört die Konzentration auf die Unterrichtsentwicklung gelegt und nicht auf die Frage: Ganztagsangebot oder nicht?

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das bestreitet doch niemand! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Guter Unterricht ist immer besser als schlechter, egal in welcher Schule!)

Der Schwerpunkt der Umstellung auf die Ganztagschule liegt genau dort, wo es wichtig ist: bei einer Schülergruppe, die sich schwer tut, die keine Anregung außerhalb des Unterrichts hat. Deshalb wandeln wir unsere Hauptschulen in sozialen Brennpunkten um. Die ersten 130 sind umgewandelt worden, und diese Entwicklung wird sich konsequent fortsetzen.

Nächstes Stichwort: Autonomie. Wer auch immer jetzt sagt: „Wer die Schulen in die Freiheit entlässt, erhält bessere Leistungen“, wird durch PISA eines Besseren belehrt. Bei PISA steht ganz klar: Autonomie, Selbstständigkeit der Schule muss gekoppelt sein mit vergleichbaren Leistungsstandards.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb brauchen wir beides. Wir brauchen die Standards,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wir brauchen ein Evaluationssystem!)

wir brauchen ein Evaluationssystem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben wir in Baden-Württemberg!)

– So ist es. Wir haben eine Menge Vergleichsuntersuchungen eingeführt. Aber das wird fortgesetzt und verstärkt werden müssen.

Also: Autonomie der Schulen nur in Verbindung mit Leistungsstandards, mit vergleichbaren Ergebnissen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber die haben wir doch!)

Nur dann führt Autonomie der Schule zu besseren Leistungen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Deshalb ist Finnland so gut!)

Deshalb sind die Vorschläge im Haus des Lernens zum großen Teil total konträr zu dem, was PISA uns jetzt lehrt. Auch diese Debatte wird geführt werden, weil jetzt klar ist, dass Schulentwicklung nicht die Entwicklung eines irgendwie gearteten globalen Milieus bedeutet, sondern dass Schulentwicklung zunächst einmal im Kern Unterrichtsentwicklung bedeutet. Und dann kann guter Unterricht ergänzt werden durch andere Lernimpulse, durch andere Angebote. Vielfach beschäftigen wir uns mit vielen anderen Angeboten in Deutschland und in solchen Gutachten, aber nicht mit dem Kernstück, und das Kernstück ist guter Unterricht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dazu hätte es keiner Studie bedurft! – Abg. Pfister FDP/DVP: Guter Unterricht ist besser als schlechter Unterricht!)

Deshalb wiederhole ich es noch einmal, auch wenn Sie es überhören wollen: Wir haben in diesem Land schon wichtige Weichenstellungen geschafft. Zur Wahrhaftigkeit gehört, dass man nicht drei Monate vorher anfängt zu maulen, dass da möglicherweise noch Ergebnisse kommen, die selbstverständlich so sind, wie das gesagt wird. Da kann ich nur sagen: Zur ganzen Wahrheit von PISA gehört die erste und die zweite Stufe. Die zweite Stufe ist bedeutsam, weil sie die konkrete Auseinandersetzung mit Konzepten in Deutschland bedeutet, die konkrete Auseinandersetzung mit der Frage: Was wirkt wie? Das ist die eigentliche Kernfrage der Bildungspolitik. Nicht: Wem gefällt was, sondern: Was wirkt wie?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das gilt vor allem für Sie!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die für die Aktuelle Debatte vorgesehene Dauer ist ausgeschöpft. Es sind deshalb keine Worterteilungen mehr möglich. Ich weise allerdings darauf hin, dass es in § 60 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung ausdrücklich heißt: „Auch die Mitglieder der Regierung und ihre Beauftragten sollen sich an diese Redezeiten halten.“ Die Regierung hat 32 Minuten und 41 Sekunden Redezeit gehabt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Beraten Sie das doch mal im Präsidium, nicht im Plenum!)

Wir müssen einmal die Frage klären, wie künftig in einem solchen Fall verfahren werden soll.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 8. August 2000 – Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg (LEP); hier: Anhörungsverfahren nach § 5 Abs. 2 und 3 des Landesplanungsgesetzes – Drucksachen 12/5447, 13/527**

**Berichterstatter: Abg. Fleischer**

Ich rufe zusätzlich den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/573, auf.

Das Präsidium hat für die Aussprache gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

*(Stellv. Präsident Birzele)*

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Birk, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Fortschreibungsentwurf des vorliegenden Landesentwicklungsplans ist für uns ein tragfähiges Instrument der ausgewogenen Weiterentwicklung des Landes Baden-Württemberg in den nächsten 10 bis 15 Jahren. Die Ziele, nämlich gleichwertige Lebensverhältnisse, günstige Wirtschaftsentwicklungsperspektiven, attraktive Wohn- und Wohnumfeldbedingungen sowie gesunde Umweltbedingungen zu schaffen, sind mit dem vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplans in weiten Teilen erreicht. Dieser Entwicklungsplanentwurf ist auch entscheidungsreif. Das Verfahren läuft bereits seit 1997. Nach der Vorlage des Entwurfs wurden über 1 000 Stellungnahmen durch Kommunen sowie Träger öffentlicher Belange abgegeben. Über 5 000 Einzeleinwendungen wurden geltend gemacht. Das Wirtschaftsministerium hat alle Stellungnahmen ausgewertet. Deshalb können wir heute den Beschluss fassen, den Landesentwicklungsplan durch Rechtsverordnung der Landesregierung im nächsten Jahr in Kraft zu setzen.

Wir, die CDU-Fraktion, haben parallel dazu eine Reihe von Anhörungen gemacht, bei denen wir uns mit Vertretern aus Kommunen, Landkreisen, Regionen sowie Repräsentanten der Kammern und Verbände ein präzises Stimmungsbild innerhalb des Landes eingeholt haben, und wir haben auch zentrale Änderungsanliegen dieser betroffenen Kreise mit aufgenommen. Auf dieser Grundlage wurde auch ein gemeinsamer Beschlussantrag von CDU und FDP/DVP im Wirtschaftsausschuss eingebracht, der dort auch mehrheitlich verabschiedet wurde.

Wir haben insgesamt 52 Änderungswünsche eingebracht. Wir halten diese Änderungswünsche in weiten Teilen für berechtigt und möchten auch die Landesregierung und speziell das Wirtschaftsministerium bitten, diese zu berücksichtigen.

Umso verwunderter sind wir, dass die SPD heute mit einem Antrag kommt, nachdem sie zumindest im Wirtschaftsausschuss doch in Teilen mit uns gestimmt hat – und in Teilen auch dagegen.

(Heiterkeit des Abg. Fleischer CDU)

Lieber Herr Kollege Schmiedel und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD im Wirtschaftsausschuss, uns kommt es einfach so vor: Sie haben die Anhörungsphase des Landesentwicklungsplans verschlafen, sind aus Ihrem Winterschlaf gerissen worden und versuchen nun mit einem sehr dürftigen und aktionistischen Antrag etwas zu retten, was Sie bereits verloren haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Wir werden diesem Änderungsantrag von Ihnen nicht zustimmen. Er ist in weiten Teilen erstens nicht berechtigt und zweitens auch handwerklich schlecht gemacht.

(Abg. Hauk CDU: Inkompetent!)

Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen. Sie fordern zum Beispiel, dass Gundelfingen aus dem Verdichtungsraum Freiburg herausgenommen und als Kleinzentrum ausgewiesen werden soll. Herr Kollege Schmiedel, Sie sind ja auch in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart ein Kollege von mir, und Sie wissen daher: Dies ist Sache der Regionalplanung, aber nicht der Landesentwicklungsplanung. Deswegen können wir diesem Verfahren schon aus rein formalen Gründen so nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was wollen wir?

(Abg. Teßmer SPD: Das würden wir auch gern wissen! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Das späte Erwachen der SPD!)

Wir wollen vor allem, dass bei zentralen Orten in sehr beschränktem Umfang, aber durchaus berechtigt, wenige Aufstufungen vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, dass Aufstufungen weiterhin vorgenommen werden müssen. Dies ist aus fachlichen Aspekten begründet und führt in vielen Bereichen auch dazu, dass die Architektur des zentralörtlichen Netzes nicht gefährdet wird, sondern sich sinnvoll weiterentwickeln kann. Auf diese Aufstufungen möchte ich aber im Einzelnen nicht eingehen. Sie können nachvollziehen, dass sie berechtigt sind, und in den Fällen, wo es noch einen gewissen Abstimmungsbedarf gibt, bitten wir die Regierung, dies entsprechend zu prüfen.

Wir wollen auch bei der Festlegung von Entwicklungsachsen im Land für leistungsfähige Landes- und regionale Entwicklungsachsen sorgen. Wir haben bereits sehr starke Nord-Süd-Verbindungen, was im Landesentwicklungsplan zum Ausdruck kommt. Aber Ost-West-Verbindungen wie zum Beispiel die Linie Heilbronn – Stuttgart – Leinfelden-Echterdingen – Reutlingen – Tübingen – Riedlingen – Ravensburg sollten sicherlich noch stärker berücksichtigt werden.

Wir wollen aber auch, dass sich die Großräume in ihrem Entwicklungsbild entlang der Regionen und entsprechend ihres Potenzials gleichwertig entwickeln können. Deshalb ist die Region Stuttgart im Landesentwicklungsplan – und das begrüßen wir ausdrücklich – als europäische Metropolregion ausgewiesen. Dies ist ein Beschluss der Raumordnungsministerkonferenz aus dem Jahr 1995.

Wir wollen aber auch, dass entlang des Oberrheins der Raum Karlsruhe – Rhein-Neckar bis Freiburg im Sinne einer europäischen Metropolregion behandelt wird. Wir wollen dadurch eine gleichwertige Behandlung des Oberrheingebietes erreichen, um deutlich zu machen, dass dort ein interessantes wirtschaftliches und auch grenzüberschreitendes Entwicklungspotenzial vorhanden ist, und wir wollen damit auch zeigen, dass der Oberrheinraum im Sinne einer europäischen Union eine europäische Zentralität aufweist

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

und als Modell für die Zukunft gelten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Birk)

Letzter Punkt, den ich ansprechen möchte: Factory-Outlet-Center. Wir sind der Meinung, dass Factory-Outlet-Center vom Grundsatz her nur in Oberzentren möglich sein sollten. Man wird aber immer im Einzelfall prüfen müssen und wird dies auch mit dem Einzelhandelserlass entsprechend abstimmen müssen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dieser Landesentwicklungsplan wurde im Vergleich zum letzten Landesentwicklungsplan in weiten Teilen entschlackt; er ist eine gute Leit- und Orientierungslinie für das gesamte Land in den nächsten 10 bis 15 Jahren. Wir haben allen Regionen ihre eigenen wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale eingeräumt und wollen auch ausdrücklich zusichern, dass die Regionen diese so wahrnehmen können.

Wir wollen darüber hinaus, dass dieser Entwicklungsplan gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb Baden-Württembergs ermöglicht. Dieser Entwicklungsplan ist keine formaljuristische verbindliche Vorgabe in dem Sinne, was die Ausgestaltung von Förderprogrammen angeht. Aber er ist natürlich eine Leitlinie für die Ausgestaltung und auch für die Inanspruchnahme von Förderprogrammen im Bereich der vorgesehenen Räume.

So weit in der ersten Runde. In der zweiten Runde wird gegebenenfalls mein Kollege Fleischer noch weitere Stellungnahmen abgeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Gegebenenfalls!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatssekretär! Wenn eine Landesregierung nach 17 Jahren den Entwicklungsplan für das Land neu auflegt und als Entwurf vorlegt, müsste das eigentlich eine große Debatte über wichtige Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven für das Land auslösen. Diese Debatte hat nicht stattgefunden und wird auch nicht stattfinden, denn der Entwurf, mit dem wir uns zu beschäftigen haben, gibt das nicht her.

Ich möchte unsere Hauptkritik an vier Punkte festmachen.

Erster Punkt: Wenn man nach 17 Jahren herangeht und einen Landesentwicklungsplan neu schreibt, dann liegt es doch nahe, sich mit den Zielen und Ergebnissen des alten Landesentwicklungsplans zu beschäftigen und zu fragen: Welche Ziele wurden erreicht? Welche wurden nicht erreicht? Welche Instrumente sind tauglich? Welche müssen wir neu fassen?

Sie haben das nicht geleistet, sondern Ihr Ansatzpunkt war: „In diesen 17 Jahren hat sich die Welt verändert. Weil sich die Welt verändert hat, schreiben wir einen neuen Plan.“ Dann haben Sie beim Statistischen Landesamt abgefragt, wie sich die Welt verändert hat, und haben das zu einem so genannten Plan zusammengefasst.

Dies führt zum zweiten Kritikpunkt: Ihr Landesentwicklungsplan ist eigentlich kein Plan, sondern eine Status-quo-Beschreibung, wie sich die Welt seit 1983 verändert hat.

(Abg. Moser SPD: Richtig!)

Sie verbinden damit aber nicht den Anspruch, einen Blick in die Zukunft zu werfen und zu sagen, wie Sie denn die Entwicklung in den nächsten 10, 15 oder 20 Jahren gestalten wollen, sondern Sie haben Entwicklungen aufgenommen und versuchen jetzt nachzuvollziehen, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Lassen Sie mich das am Beispiel der Regionen deutlich machen. Natürlich ist es für jedermann erkennbar, dass Lebenszusammenhänge heute nicht mehr in den Gemeinden oder Landkreisen, sondern in den Regionen entstanden sind und dass Arbeiten, Wohnen und Freizeit regionale Angelegenheiten sind. Deshalb kommen Sie – zu Recht – zu einer Status-quo-Beschreibung, die besagt, dass Regionen wichtig geworden sind. Sie vermuten sogar – zu Recht –, dass Regionen in Zukunft noch wichtiger werden.

Da läge es doch nahe, die Frage zu stellen: Sind die Regionalverbände, die vor dreißig Jahren konzipiert wurden, heute noch richtig zugeschnitten? Ist es richtig, den Bodenseeraum in zwei Regionen aufzuspalten?

(Abg. Dr. Birk CDU: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

Oder zum Beispiel die Metropolregion Stuttgart oder Städte am Oberrhein und deren Behandlung als Metropolregion: Ist es denn nicht notwendig, sich auch die Frage zu stellen, ob eine Metropolregion mit dieser Aufgabenstellung nicht auch einer anderen Organisationsform bedarf, als wir sie heute haben?

(Abg. Dr. Birk CDU: Es ist nicht Bestandteil des Landesentwicklungsplans!)

Das heißt, Sie trauen sich nicht einmal, die richtigen Fragen zu stellen. Der Grund dafür liegt nahe.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ach was! Keine Legenden!)

Sie sind sich in der Koalition spinnefeind

(Abg. Fleischer CDU: Sie verfehlen im Augenblick das Thema!)

über die Frage der Bedeutung der Regionen und der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform. Weil Sie sich spinnefeind sind, sind Sie nicht handlungsfähig,

(Abg. Dr. Birk CDU: Sprechen Sie doch mal zum Landesentwicklungsplan! Sie sprechen am Thema vorbei! Nebelkerzen werfen Sie!)

und deshalb besteht dieser Entwurf aus Unterlassungen, aus mangelndem Mut zu Zukunftsentscheidungen. Daher kann er auch nicht die notwendige Debatte auslösen.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Vorwurf: Wenn man einen Blick in die Zukunft wirft, muss man natürlich erkennbare politische, gesellschaftliche, ökonomische und andere Entwicklungen aufnehmen und versuchen, sie für das Land zu beschreiben.

(Schmiedel)

(Abg. Fleischer CDU: Wenn man faul war, reagiert man so!)

Jetzt gibt es einen Energiekonsens. Er wird die Energielandschaft in der Bundesrepublik verändern, ob Sie das wollen oder nicht. Sie gehen in Ihrem Entwurf weiterhin davon aus, dass Kernkraft als fossile – im Sinne von alter – Energie auch in 10 oder 15 Jahren die tragende Säule sein wird. Sie unterlassen es, Merkposten dafür zu setzen, dass wir natürlich auch in der Energiepolitik umsteuern müssen, um auch ökonomische Impulse zu geben, damit dieses Zukunftsfeld der Wertschöpfung nicht an uns vorbeigeht.

Zweiter Punkt: Sie unterlassen es, eine neue Landwirtschaftspolitik, wie sie in Berlin formuliert und weiterentwickelt wird, auf das Land zu übertragen.

(Abg. Hoffmann CDU: Das hat mit dem Landesentwicklungsplan gar nichts zu tun!)

Sie unterlassen es damit, den Akteuren in der Landwirtschaft Richtungen vorzugeben, innerhalb derer sie erfolgreich wirtschaften können. Deshalb werden Sie den Herausforderungen der Zukunft auch hier nicht gerecht.

Wenn das jetzt Reflexhandlungen auf Berliner Politik sind,

(Abg. Dr. Birk CDU: Ihr Antrag ist ein Reflex!)

weil Sie da fundamental-oppositionell eingestellt sind, dann hätten Sie doch mindestens erkennbare demographische Entwicklungen in Baden-Württemberg antizipieren müssen und in eine Entwicklungsvorstellung für das Land einarbeiten müssen.

(Abg. Fleischer CDU: Schweigen und Nachsitzen, Herr Schmiedel! – Abg. Hoffmann CDU: Der Antrag im Wirtschaftsausschuss war peinlich, Herr Schmiedel! Das können Sie nicht wieder gutmachen!)

Dass Sie das selber als Kritik formulieren, dass Sie selber als Koalitionsfraktionen dem Wirtschaftsministerium den Auftrag geben, wenigstens die demographische Entwicklung zu antizipieren, zeigt ja, dass Sie dieses Manko erkannt haben, und dieses Manko ist im Grunde genommen eine schallende Ohrfeige für die Regierung, die Sie tragen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hoffmann CDU: Nein, für die Opposition, die sich mit dem Thema zu wenig beschäftigt!)

Dies führt zum vierten Kritikpunkt. Sie haben einen ganz einfachen Anspruch an diesen Landesentwicklungsplan, und der lautet: Wir beschreiben raumordnerische Kategorien,

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist Aufgabe des Landesentwicklungsplans! Das steht im Gesetz!)

wir legen hier zentrale und weniger zentrale Orte und Entwicklungsachsen fest. Sie haben nicht den Anspruch, dass dieser Landesentwicklungsplan, was eigentlich seine Aufgabe wäre, so etwas wie ein Dach bildet, unter dem fachliche Entwicklungspläne des Landes einzuordnen sind.

Deshalb findet auch keine Abstimmung statt, zum Beispiel mit dem Umweltplan des Landes, zum Beispiel mit dem Generalverkehrsplan des Landes, zum Beispiel mit Konzeptionen für die Entwicklung des ländlichen Raums.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist Aufgabe der Fachplanung! – Abg. Hoffmann CDU: Sie haben nichts begriffen!)

Deshalb findet auch keine Debatte in den anderen betroffenen Ausschüssen im Landtag statt, was eigentlich notwendig wäre. Deshalb findet überhaupt keine große Debatte statt. Deshalb machen Sie hier einen Schweinsgalopp bei der Behandlung dieses Papiers, nachdem es zwei Jahre in den Schubladen des Ministeriums gelegen hat.

(Abg. Hoffmann CDU: Über Zusammenhänge, die nicht bestehen, kann man nicht debattieren!)

Was wir nicht verstehen, Herr Staatssekretär, ist, dass Sie zwei Jahre verstreichen lassen, 5 000 Einzeleingaben und 1 000 qualifizierte, umfassende Stellungnahmen abheften,

(Abg. Hoffmann CDU: Davon haben Sie keine gelesen!)

in die Schublade legen und uns einen Uraltentwurf präsentieren, an dem Sie seither nichts verändert haben. Warum eigentlich nicht? Warum haben Sie zwei Jahre nichts getan? Warum beschäftigen Sie uns mit modernem Antiquariat, anstatt den Landtag damit zu konfrontieren, was Sie denn aufgrund der Eingaben neu machen wollen?

(Beifall bei der SPD)

Oder können wir das so verstehen: „Piepegal, wer was sagt; wir machen unseren Plan, und der gilt!“?

(Abg. Hoffmann CDU: Ja, Gott sei Dank!)

Meine Damen und Herren, wir kommen deshalb zu dem Ergebnis – das ist Ziffer 1 unseres Antrags, den wir vorlegen –, dass die Regierung ihre Hausaufgabe nicht gemacht hat, dass die Regierung neu arbeiten muss und wir sie deshalb auffordern, den vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplans wegen Unzulänglichkeit zurückzuziehen,

(Abg. Dr. Birk CDU: Das würde Ihnen so passen!)

ihn neu zu bearbeiten und dann einen neuen Entwurf vorzulegen, der den Ansprüchen gerecht wird und eine Debatte innerhalb und außerhalb des Parlaments über wichtige Zukunftsentwicklungen für Baden-Württemberg auslöst.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir sehen in dem vorgelegten Entwurf des Landesentwicklungsplans eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung unseres Landes. Sie von der Opposition sehen dies anders.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

(Hofer)

Interessant ist eigentlich nicht so sehr das Ergebnis, dass Sie es anders sehen; denn das entspricht sicherlich einem gewissen Rollenspiel, um nicht zu sagen Ritual. Viel interessanter ist meines Erachtens die Grundhaltung, die wohl doch zu einem etwas unterschiedlichen Ergebnis führt. Diese Grundhaltung, Herr Schmiedel, haben wir um 9:45 Uhr gerade noch rechtzeitig durch einen schriftlichen Antrag erfahren dürfen. Das, was Sie alles fordern, steht schon etwas in einem Missverhältnis zu der Geschwindigkeit, die Sie an den Tag legen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Mit heißer Nadel!)

Für die Opposition gilt – ich möchte das einfach ein bisschen überspitzt sagen, aber ich bin überzeugt, dass es im Kern zutrifft – für diesen Landesentwicklungsplan gewissermaßen das Motto: Viel hilft viel. Wir sehen es anders. Wir sagen: Weniger ist mehr.

Für die Opposition sollen Energiekonsens, Verwaltungsreform, Finanzierung, Clusterbildung, bis ins Einzelne gehende Daten und Kompetenzregelungen und fast schon jeder Fachplan Inhalte dieses Landesentwicklungsplans sein. Wir dagegen halten es für außerordentlich wichtig, dass sich dieser Landesentwicklungsplan in der Tat auf raumrelevante Grundaussagen beschränkt. Wir sehen sehr positiv, dass dieser Landesentwicklungsplan nur noch die Hälfte der Planansätze gegenüber den Planansätzen des alten Plans hat und auch in der Begründung gestrafft worden ist; denn wir wollen eines: Wir wollen keine Planungssyriak, wir wollen auch nicht einen Landesentwicklungsplan als Aktionsprogramm, wie Sie das offenbar vorhaben, sondern wir wollen einen Landesentwicklungsplan, der die Grundsätze und Ziele so genau setzt, dass sie auch wirklich verbindlich als Rahmen anwendbar sind. Wir wollen eben nicht, dass es – nach Bert Brecht – so geht: Plane immer nur, plane; dann mach noch einen zweiten Plan, gehen tun sie beide nicht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Gut zitiert!)

Der Landesentwicklungsplan steht übrigens auch nicht allein. Sie tun ja so, als ob alles in den Landesentwicklungsplan müsste. Jeder weiß, dass es darunter – Sie haben es vorhin gesagt – einen Regionalplan gibt, der wieder über die Bauleitplanungen weiter fortgeführt wird. Moderne Planung wird nicht einfach von oben übergestülpt, sondern da wird ein Rahmen gesetzt, der von unten nach oben ausgefüllt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist das, was Sie immer wieder wortreich mit der Regionalisierung fordern. Hier im Land vertreten Sie ganz offenbar einen völlig konträren Standpunkt.

Es gibt noch weitere Unterschiede. Sie wollen – das haben Sie noch einmal ausdrücklich gesagt – eine völlig neue konzeptionelle, instrumentelle und politische Neubestimmung. Wir setzen in der Tat darauf, dass die bewährten Kernaussagen nicht aufgegeben, sondern weitergeführt werden. Sie waren im Übrigen auch recht erfolgreich. Nur dort, wo veränderte Bedingungen, ob das nun demographische Veränderungen sind oder auch Veränderungen in un-

seren Wertvorstellungen, vorliegen, muss man in die Zukunft gerichtet allerdings auch konzeptionell in moderner Weise agieren.

Was ist neu? Neu ist der übergeordnete Rang einer nachhaltigen zukunftsfähigen Entwicklung. Neu ist die Hervorhebung der Teilräume des Landes und die regionale Zusammenarbeit und regionale Eigenentwicklung. Neu ist, dass man auch Flächenvorsorge für Schlüsseltechnologien hat. Neu ist die Einbindung des Landes in die transeuropäischen Netze und auch die Sicherung von preisgünstiger und – ich füge das hinzu, weil wir unnötigerweise im Ausschuss darüber diskutiert haben – umweltfreundlicher Energieversorgung.

Beibehalten worden ist das, meine Damen und Herren, was wir als die klassischen Planungsinstrumente hatten und haben, nämlich die zentralen Orte und die Entwicklungsachsen. Die werden fortgeschrieben. Unsere Fraktion hat Wert darauf gelegt, dass das in zurückhaltender Weise gemacht wird, und berücksichtigt, dass man nicht auf alle örtlichen Wünsche eingehen kann. Wir wollen im Land eine gleichmäßige und gleichwertige dezentrale Entwicklung haben. Das geht nur über ein starkes Netz von zentralen Orten; denn nur diese zentralen Orte, überall im Land verteilt, gewährleisten mit den Entwicklungsachsen, die das Gerüst geben, eine solche gleichwertige Entwicklung. Wenn Sie zentrale Orte inflationär ausweisen, werden Sie das Gegenteil von einer gleichwertigen dezentralen Entwicklung bekommen. Ich glaube, das sehen wahrscheinlich alle so.

Wir halten es auch für richtig, dass bei der Ansiedlung großflächiger Einzelbetriebe an zentralörtlichen Versorgungssystemen festgehalten wird, dass aber dort Ausnahmen gemacht werden können, wo die Siedlungsbereiche einfach zusammengewachsen sind. Auch Gemeindegrenzen entsprechen, jedenfalls in Verdichtungsräumen, nicht immer den tatsächlichen Anforderungen an die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse. Auch Gemeindegrenzen sind dann nicht immer ganz sakrosankt. Deshalb halten wir es für sehr vernünftig, wenn das getan wird.

Die Ausweisung überregionaler bedeutsamer Landschaftsräume ist auch etwas Neues, was wir voll unterstützen. Ich kann und will das nicht alles vertiefen. Vielleicht gibt es in der zweiten Runde noch Punkte, auf die man eingehen kann.

Ich will einen ganz wichtigen Punkt herausgreifen, den alle Redner hier betont haben: die Teilräume des Landes, die Stärkung der regionalen Eigenkräfte. Das ist neu – und das ist richtig.

Der Entwurf des Landesentwicklungsplans zeigt ganz deutlich, dass die Lebens- und Wirtschaftsräume nicht mehr mit den Verwaltungsräumen – übrigens auch nicht mehr mit denen der Regionen – übereinstimmen. Beispiel Region Stuttgart: Dazu gehören im Verdichtungsraum eben auch Reutlingen, Tübingen und Heilbronn. Das ist ja ausdrücklich ausgewiesen.

Durch die Benennung – und da ist einiger Sprengstoff drin, machen wir es mal ganz ergebnisneutral – der die Regionen überschreitenden Verdichtungsräume wird die nicht mehr zeitgemäße Struktur der einzelnen Regionen und

(Hofer)

auch der Landkreise im Landesentwicklungsplan geradezu anerkannt. Soll diese Aussage über die 15 Jahre Laufzeit des Landesentwicklungsplans gelten, kann man gar nicht anders, als über eine Verwaltungsreform die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber die Regierung nie!)

– Nur, Herr Schmiedel, das alles gehört nicht in den Landesentwicklungsplan.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD:  
Was gehört denn dann hinein? Wollen Sie Mut machen?)

– Ich kann es Ihnen sagen. Brauchen Sie Nachhilfe? Gerne! Das gehört zum Beispiel ins Landesplanungsgesetz, es gehört aber nicht in einen Landesentwicklungsplan, der die räumlichen Voraussetzungen schafft. Zum Beispiel gehört ins Landesplanungsgesetz alles, was aus dem Raumordnungsgesetz des Bundes zu übertragen ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Dazu haben Sie auch nicht den Mut!)

Nehmen wir doch einmal ein Beispiel: Sie stellen doch als Fraktionsvorsitzender im Verband Region Stuttgart, nachdem Sie hören, dass der Verdichtungsraum anders ist, auch nicht den Antrag, den Verband Region Stuttgart aufzulösen, sondern Sie versuchen daraus abzuleiten, dass man kooperative Formen mit den anderen Räumen entwickelt, und dafür gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten.

(Abg. Dr. Birk CDU: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Aber dazu brauchen Sie nicht den Landesentwicklungsplan!)

Wenn Sie das einmal so subsumieren, werden Sie sehen, dass das eindeutig so ist.

Wichtig, meine Damen und Herren, ist mir auch, dass man nicht nur die Metropolregion Stuttgart, die ja diesen Titel nicht von uns, sondern von der Ministerkonferenz bekommen hat, stärkt, sondern eben auch die Städtelandschaft am Oberrhein und das Rhein-Neckar-Dreieck genauso sieht. Das machen wir. Ob man, gewissermaßen dem badischen Element zuliebe, im 50. Jahr des Bestehens des Landes bei Stuttgart „Mitte des Landes“ streicht, ist mir Wurst, denn dass Stuttgart in der Mitte des Landes liegt, wissen wir alle. Also können wir das von mir aus auch weglassen.

(Abg. Blenke CDU: Die Mitte ist Tübingen!)

Ich möchte abschließend noch auf einen Punkt zu sprechen kommen.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

– Also, die Mitte ist wahrscheinlich im Schwarzwald, Frau Brenner.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: In Tübingen!)

– Oder in Tübingen! Okay, einigen wir uns auf Tübingen. Das ist geschenkt.

Der globale Wettbewerb, den wir haben, ein Europa der Regionen sowie das Subsidiaritätsprinzip, das in Europa

gilt, werden nicht nur zu einer Aufwertung der Bundesländer führen, wie wir hoffen, sondern mit Sicherheit auch zu einer Aufwertung der europäischen Metropolregionen, und dies wird von dort aus mit Sicherheit auch noch einiges bewegen. Nur wird das nicht im Landesentwicklungsplan geregelt, sondern in den gesetzlichen Ausführungsbestimmungen, in den Regionalplänen usw.

Wir stimmen jedenfalls gerne zu. 85 % der Beteiligten haben zugestimmt. Das ist kein schlechtes Ergebnis. Machen wir noch ein bisschen mehr daraus, und dann können wir es einigermaßen ertragen, wenn Sie nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Eine Neufassung des Landesentwicklungsplans ist überfällig. Der derzeit gültige Plan stammt noch aus dem Jahre 1983, und seither gab es zahlreiche Veränderungen, die in einem neuen Plan berücksichtigt werden müssen. Das reicht von der neuen demographischen Entwicklung über eine Neuorientierung beim Verhältnis der Geschlechter, also dem Gender Mainstreaming, bis hin zu der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die zunehmend Bedeutung erlangt. Alle diese Veränderungen werden im Entwurf der Landesregierung zwar angesprochen, aber nicht genügend berücksichtigt. Hier muss nachgearbeitet werden. Wir Grünen unterstützen daher ausdrücklich das, was in der Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses zu diesen Querschnittsthemen gefordert wird.

(Beifall bei den Grünen)

Wir Grünen teilen auch die Kritik am Verfahren, die von der SPD teilweise schon geäußert wurde, wie der Entwurf des Landesentwicklungsplans im Landtag beraten wurde.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Wir hatten vor der Beratung des Landesentwicklungsplans im Ausschuss einen Bericht darüber angefordert, welche Konsequenzen die Landesregierung aus der Anhörung ziehen will. Aber offensichtlich war die Landesregierung auch neun Monate nach dem Abschluss der Anhörung noch nicht in der Lage, diese Konsequenzen zu ziehen und dem Landtag einen Bericht darüber vorzulegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist zugesagt gewesen!)

Sie konnte nicht sagen, was für Änderungen sie tatsächlich übernehmen will. In letzter Minute kam zwar ein Bericht, in dem zusammengefasst wurde, was gesagt wurde, aber Konsequenzen daraus wurden noch nicht gezogen. Das hat den Ausschuss unter Zeitdruck gesetzt. Insbesondere stocherten wir irgendwo im Nebel, weil wir nicht wussten, wohin die Landesregierung will.

Wir Grünen hatten dagegen schon in der letzten Legislaturperiode mit verschiedenen Anträgen nachgefragt und Konsequenzen im Landesentwicklungsplan gefordert. Was aber die SPD gemacht hat, liebe Genossinnen und Genossen,

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Nagel SPD: Jetzt gehen Sie aber auf dünnes Eis!)

(Dr. Witzel)

das versetzt mich zumindest in Erstaunen. Im Ausschuss kamen von Ihrer Seite drei einfache Berichtsanträge, und nun, am Plenartag, kommt eine Viertelstunde nach Beginn der Sitzung und zwei Stunden vor dieser Debatte ein dreiseitiger Beschlussantrag. Sie werden doch wohl nicht im Ernst erwarten, dass wir uns jetzt hier in dieser Debatte Punkt für Punkt mit diesen Forderungen auseinander setzen können. Liebe Genossen, so geht es nicht.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/  
DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Damit jetzt aber nicht alles nur auf die SPD geht, muss man auch klar sagen, dass die Landesregierung auch noch etwas tun muss. Es ist nämlich absolut unverständlich, dass das Landesplanungsgesetz bisher noch nicht novelliert wurde.

(Abg. Dr. Birk CDU: Machen wir ja! Im Frühjahr!)

So kommt jetzt der neue Landesentwicklungsplan auf der Basis eines in Teilen überholten Gesetzes zustande. Herr Staatssekretär, ich fordere Sie als Vertreter der Landesregierung auf, dem Landtag einen neuen Entwurf für ein Landesplanungsgesetz vorzulegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU:  
Machen wir im Frühjahr!)

Neben dieser Kritik am Verfahren sehen wir Grünen im Entwurf des Landesentwicklungsplans aber auch zahlreiche inhaltliche Defizite. Diese haben wir bereits in unserem umfangreichen Antrag dargelegt. Es geht uns dabei zum einen um die Bewahrung der Funktionsfähigkeit der Städte, wo wir striktere Regelungen beim großflächigen Einzelhandel einfordern.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das hätten Sie alles fragen können!)

Es geht uns zum anderen um die Perspektiven für die regionale Entwicklung, wo wir die Eigenständigkeit der Regionen betonen und ihnen bei aller Vielfalt gleiche Entwicklungschancen ermöglichen wollen.

Zum Dritten geht es uns um eine nachhaltige Entwicklung hier in Baden-Württemberg.

Unsere Forderungen können Sie im Detail nachlesen. Unser Antrag liegt Ihnen vor. Angesichts der beschränkten Redezeit möchte ich mich hier aber nur auf einen Aspekt beschränken, bei dem unsere Forderung lautet: Der Landesentwicklungsplan muss mit der Forderung nach Nachhaltigkeit Ernst machen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen es ausdrücklich, dass die nachhaltige Entwicklung als ein Leitziel in den Landesentwicklungsplan aufgenommen werden soll. Diese Forderung darf jedoch kein hehres Ziel bleiben, das sich nur in der Einleitung findet, in den einzelnen Plansätzen aber nur durch unverbindliche Empfehlungen berücksichtigt wird. Genau dies tut aber der Entwurf. Wir sagen dazu: Wenn die Landesregierung es ernst meint mit dem Ziel der

Nachhaltigkeit, dann müssen klare Umweltqualitätskriterien in den Landesentwicklungsplan aufgenommen werden.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Andernfalls wird die Forderung nach Nachhaltigkeit zu einem zahnlosen Tiger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte diesen einen Punkt am Beispiel des Flächenverbrauchs erläutern. Seit Rio 1992 bezeichnen wir eine Entwicklung dann als nachhaltig, wenn sie die Aspekte der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen zu einem guten Dreiklang zusammenfügt. Was wir aber derzeit beim Flächenverbrauch, also beim Verbrauch einer zentralen Ressource der Landesentwicklung erleben, wird diesen Kriterien in keiner Weise gerecht. Derzeit ist die Situation doch so: Bei Industrie und Gewerbe hat sich im Gegensatz zu früher die Tendenz durchgesetzt, alle Gebäude möglichst eingeschossig zu errichten. Das steigert den Verbrauch von bis dahin nicht versiegelter Fläche. Aber auch im Bereich des Sozialen, also im Bereich der Haushalte steigen die Ansprüche: größere Wohnungen, mehr Mobilität, zusätzliche Anlagen für Freizeitaktivitäten. All das fördert den Flächenfraß.

In der Summe führt das zu einer erschreckenden Bilanz: Pro Tag wird in Baden-Württemberg eine Fläche von ca. 11 Hektar versiegelt; das sind ca. 20 Fußballfelder pro Tag. Für ganz Deutschland bedeutet das: Jedes Jahr wird eine Fläche halb so groß wie der Bodensee für Siedlung und Verkehr neu in Anspruch genommen, und – das ist das Problematische – eine Trendwende ist derzeit nicht absehbar. Wenn wir so weitermachen, wird rein rechnerisch in 80 Jahren die gesamte Fläche der Bundesrepublik zugebaut sein. Wer hier Nachhaltigkeit fordert, darf sich deshalb nicht auf Appelle zu sparsamem Flächenverbrauch beschränken.

(Abg. Dr. Birk CDU: Richtig!)

So etwas haben wir nämlich schon seit Jahren, und getan hat sich nichts.

(Abg. Dr. Birk CDU: Nicht nichts, zu wenig!)

Alle Bemühungen um einen sparsamen Flächenverbrauch werden auch torpediert, wenn der Ministerpräsident und andere, wie geschehen, die Kommunen wiederholt auffordern, großzügig Bauland auszuweisen, um die Preise für Bauland zu senken. So etwas ist schlicht und einfach kontraproduktiv.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Rech CDU: Eine alte Forderung der Bausparkassen!)

Abhilfe können wir nur erreichen, wenn beim Konfliktthema „Flächenverbrauch“ der Faktor Ökologie gegenüber der Ökonomie und dem Sozialen gestärkt wird, und zwar nicht durch irgendwelche wachsweißen Empfehlungen, sondern durch klare Umweltqualitätsziele.

Wir haben daher in unserem Antrag eine Forderung aus dem ersten Entwurf des Umweltplans der Landesregierung aufgegriffen. Wir wollen als Ziel festlegen, dass die Inan-

(Dr. Witzel)

spruchnahme zusätzlicher, bislang unbebauter Flächen bis zum Jahr 2010 auf die Hälfte des heutigen Wertes zurückgeführt wird. Ein solches Qualitätsziel schafft eine Verbindlichkeit im Landesentwicklungsplan, die den Forderungen nach flächensparendem Bauen, nach intensiverer Nutzung von Gewerbeflächen und nach ernsthafter Überprüfung neuer Straßen den notwendigen Nachdruck verleiht.

Im Bereich der Energie begrüßen wir natürlich den neu eingeführten Grundsatz, verstärkt erneuerbare Energien zu nutzen. Aber warum wird in den Landesentwicklungsplan nicht auch das von der Landesregierung verfolgte Ziel aufgenommen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln? Das Fehlen dieses Ziels zeigt einmal mehr, wie halbherzig das Prinzip der Nachhaltigkeit in diesem Plan umgesetzt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt ansprechen. Der Plansatz 4.2.3 lautet in dem Entwurf: „Die Leistungsfähigkeit der bestehenden Kraftwerke ist zu erhalten.“ Dieser Satz aber steht im krassen Widerspruch zur Novellierung des Atomgesetzes, die gerade auf Bundesebene die letzten Hürden nimmt. Damit wird das Abschalten der Atomkraftwerke hier im Land zeitlich festgeschrieben. Das beginnt bekanntlich in Baden-Württemberg Ende des Jahres 2002 mit dem AKW Obrigheim. Wer wie die Verfasser des Plans die Fortschreibung der Kraftwerke postuliert, hat entweder aus lauter Provinzialität die Entwicklung auf Bundesebene verschlafen,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das wird der Grund sein!)

oder er setzt sich damit über das hinweg, was bei der Verabschiedung des Landesentwicklungsplans geltendes Bundesrecht sein wird. Beides ist eigentlich unmöglich. In jedem Fall bedarf dieser Punkt der Korrektur. Im Ausschuss fanden wir mit diesem Antrag jedoch keine Mehrheit.

(Abg. Dr. Birk CDU: Bedauerlich!)

Meine Damen und Herren, die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses wird, wie ich ausgeführt habe, längst nicht den Änderungen am Landesentwicklungsplan gerecht, die wir fordern. Daher wäre eine Ablehnung gerechtfertigt. Gleichzeitig können wir aber zahlreichen Punkten folgen, die in der Empfehlung auftauchen, zum Beispiel der Berücksichtigung der Regionalmessen im Landesentwicklungsplan, der Verbesserung der Schienenverbindung entlang der Rheinschiene und einigem anderen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir konnten im Ausschuss sogar erreichen, dass zwei Punkte unseres Antrags von der Mehrheit gebilligt wurden. Aus diesem Grunde werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erhält Herr Abg. Fleischer.

**Abg. Fleischer** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Schmiedel, Sie haben vorhin vier Kritikpunkte angeführt. Sie hätten besser daran getan, einen einzigen Kritikpunkt anzuführen; er betrifft Sie und die Arbeit der SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie hätten hierher gehen und dem hohen Haus sagen sollen: Ich hatte den Entwurf der Regierung über ein Jahr, ich wusste, dass die Ergebnisse der Anhörung seit Mitte des Jahres vorliegen, habe sie aber nicht abgefragt. Und ich habe bis zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses nichts vorbereitet. Pardon, Parlament, ich war schlicht faul in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut! Kollektives Versagen der SPD! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD)

Insofern sind die Ausführungen von Ihnen, Herr Witzel, richtig. Aber auch zu Ihnen muss ich sagen – nicht belehrend oder besserwisserisch, sondern vom parlamentarischen Selbstverständnis her –: Wir hatten den Entwurf über ein Jahr. Sie hätten es mit Ihren parlamentarischen Möglichkeiten jederzeit in der Hand gehabt, das zu fragen, was Sie zur Weiterentwicklung der Infrastruktur, zur Raumordnung, zu Querschnittsthemen usw. wissen wollen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wir waren die einzige Fraktion, die Anträge gestellt hat!)

Was immer Ihnen einfällt, hätten Sie zur Vorbereitung Ihrer eigenen Anträge im Wirtschaftsausschuss heranziehen und erfragen können.

Insofern befinden wir uns in einem sehr langen Verfahren, das von der Regierung auch großzügig bemessen wurde. Es entspricht auch der Absprache, die wir in der letzten Legislaturperiode im Wirtschaftsausschuss einvernehmlich getroffen haben.

Zur Sache: Ich möchte, um Wiederholungen zu vermeiden, hinsichtlich der Frage der Stärkung der regionalen Eigenkräfte nur noch einen Punkt hervorheben. Denn damit kann ein Vorwurf entkräftet werden, der am Anfang erhoben wurde. Danach sei der Landesentwicklungsplan zu wenig in die europäische Planung eingebaut. Wenn wir den Oberrheinraum und den Rhein-Neckar-Raum nunmehr als Europäische Metropolregion behandelt sehen wollen, machen wir damit etwas, was uns EUREG vorgegeben hat, nämlich die große Entwicklungsachse Amsterdam – Frankfurt – Mannheim/Heidelberg – Karlsruhe – Freiburg – Basel bis Milano.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Man darf auch „Maidland“ sagen! Das ist erlaubt!)

Diese Achse erfährt damit, soweit sie auf unserem Territorium liegt, die entsprechende angemessene europäische Bewertung. – Herr Kretschmann, ich werde mich das nächste Mal bemühen. Sie haben vollkommen Recht.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

(Fleischer)

Ich habe mit Rücksicht auf Herrn Capezzuto von „Milano“ gesprochen.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Birk CDU –  
Abg. Drexler SPD: Er ist doch gar nicht da!)

Zur Raumstruktur darf ich sagen: Hier findet sich auch der grenzüberschreitende Aspekt in guter Weise wieder – gerade auch in unseren Anträgen. So wollen wir zum Beispiel Karlsruhe als grenzüberschreitenden Verdichtungsraum ausgewiesen sehen. Wir wollen beispielsweise den Verdichtungsraum Freiburg dort, wo es nachweislich um rein ländlich geprägte Orte geht, eben nicht erweitert sehen. Auch wollen wir den Verdichtungsraum Bodensee, den es gibt und den es gar nicht wegzudiskutieren gilt, wegen seiner besonderen Eigenart als „Bodenseeraum mit besonderer struktureller Prägung“ bezeichnet sehen.

Es war uns auch ein Anliegen, dass Lörrach/Weil als gemeinsames Oberzentrum ausgewiesen wird. „Burghof“ in Lörrach, „Laguna“ in Weil, Berufsakademie, Regio-S-Bahn, grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen: All dies führt dazu, dass die Bedeutung dieses Dreiländerecks durch den Antrag, den wir gestellt haben, auch raumplanerisch entsprechend positiv quittiert werden sollte.

Wir sind der Auffassung, dass beispielsweise auch Baden-Baden wegen seiner ganz spezifischen weltweiten Ausstrahlung im kulturellen und im touristischen Bereich als Mittelzentrum mit oberzentraler Funktion ausgewiesen werden soll, ohne dass damit die Oberfunktion von Karlsruhe in irgendeiner Weise tangiert werden darf.

Zu den Mittelzentren gab es eine ganze Reihe von Anträgen. Wir haben das alles sehr sorgfältig geprüft. Teilweise sind hier Diskussionen im Gang, die bereits seit Jahren geführt worden sind. Wir stehen dazu, dass wir Bad Krozingen/Staufen, Breisach – gerade auch wegen der grenzüberschreitenden Bedeutung, aber nicht nur deswegen –, Walldorf/Wiesloch, Pfullendorf sowie Blaubeuren/Laichingen als Mittelzentren ausgewiesen sehen wollen. Das Gleiche haben wir für Bad Waldsee gefordert.

Schließlich sei auch darauf verwiesen, dass wir bei der Zuordnung zu bestimmten Verwaltungsräumen bei Neckargerach-Waldbrunn die Offenhaltung formuliert haben, bei Bad Bellingen und Schliengen die Zuweisung zum Mittelbereich Müllheim fordern – hilfsweise die Zuordnung weiterhin offen gehalten sehen wollen – und auch geprüft sehen wollen, ob Kupferzell dem Mittelbereich Künzelsau zugeordnet werden kann.

Wichtig ist auch, dass in der weiteren Infrastrukturentwicklung eine noch bessere konzeptionelle Einbindung der Flughäfen Söllingen, Lahr und Friedrichshafen vorgenommen wird. Dasselbe gilt für den Flughafen Basel/Mulhouse/Freiburg. Das ist ein trinationaler Flughafen, der dann bitte auch als solcher zu begreifen und zu bezeichnen ist.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Schließlich – das wurde schon erwähnt – wollen wir auch die Bewertung der Regionalmessen im Landesentwicklungsplan entsprechend wiederfinden.

Wir haben Mannheim 21 genannt, das in den LEP aufgenommen werden soll, und wir haben die Anbindung des deutschen Schienennetzes an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz in aller Deutlichkeit gefordert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass damit eine gute Grundlage gegeben ist, und zwar eine nach vorne gerichtete. Auch die demographische Entwicklung – das ist wichtig – soll noch mehr berücksichtigt werden. Es ist nicht so, Herr Schmiedel, dass sie bisher nicht berücksichtigt worden ist. Aber wir haben den Wunsch geäußert, dass sie noch mehr berücksichtigt werden soll, um damit die Zukunftsorientierung des Landesentwicklungsplans entsprechend herauszustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend darf ich sagen, dass dieser Landesentwicklungsplan eine gute Arbeit darstellt und wir ihm deswegen auch zustimmen können. Den SPD-Antrag werden wir aus den bereits genannten Gründen ablehnen.

Nur noch eine Detailfrage, die auch im Ausschuss behandelt wurde. Verehrter Kollege Haas, es geht um Gundelfingen. Da ist es in der Tat so – das hat mir heute früh die Verwaltung von Gundelfingen noch einmal bestätigt –, dass man den Antrag gestellt hat, als Kleinzentrum ausgewiesen zu werden. Die Ausweisung von Kleinzentren ist aber Sache des jeweiligen Regionalverbands, und im Regionalverband – so wurde mir heute mitgeteilt – sei dies mit sehr knapper Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ich sage gleich etwas dazu!)

Wenn also wir zwei, wo ich gerne Hand in Hand mit Ihnen marschieren möchte – bildlich gesprochen –,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wers glaubt, wird selig!)

bei Gundelfingen erreichen wollen, dass es als Kleinzentrum ausgewiesen wird, dann müssen wir dafür sorgen, dass dafür Mehrheiten im Regionalverband Südlicher Oberrhein geschaffen werden.

Ich möchte schließen mit einem herzlichen Dank – das ist angebracht –, Herr Staatssekretär, nicht nur an Sie, nicht nur an Herrn Ministerialdirigent Renner, sondern an die ganze Mannschaft. Sie haben uns außerordentlich kooperativ bei unseren Nachforschungen und Erarbeitungen begleitet. Für diese gute Arbeit und diese gute Kooperation möchten wir Ihnen ausdrücklich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich taue nicht so recht zum Lehrer. Deshalb will ich auch keine Note geben, wenn jemand seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Ich wehre mich nur dagegen, dass wir unsere Hausaufgaben dann nicht abgeben dürfen, wenn wir sie gemacht haben. Nur darum geht es.

(Hofer)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich möchte nur noch etwas zu den Ausweisungen sagen, zu den zentralen Orten, zu den Entwicklungsachsen. Ich denke schon, dass wir an eine vertretbare Obergrenze gegangen sind. Deswegen haben wir die Dinge, die Sie aufgezählt haben, Herr Fleischer, nach einer sehr intensiven Debatte und Untersuchung auch einvernehmlich mitgetragen. Die Dinge, die nicht hineingekommen sind, die konnten eben nicht hineinkommen, um das Ganze nicht zu überfrachten.

Ein Wort noch zum Bodenseeraum. Wir sind nicht nach dem Motto verfahren: Wenn Verdichtungsraum draufsteht, dann ist auch Verdichtungsraum drin. Verdichtungsraum ist drin; den kann man nicht wegdiskutieren. Aber der Verdichtungsraum – das ist der Punkt, den man noch einmal deutlich machen muss – zwingt ja gerade dazu, besondere Rücksicht auf die strukturellen Besonderheiten des Bodenseeraums, auch was die Erholungslandschaft und die Tourismuslandschaft anbelangt, zu bewahren.

Noch ein letztes Wort, weil meine Zeit abläuft, zu Ihnen, Herr Dr. Witzel. Sie haben gesagt, Sie hätten sich gefreut, dass Ihre Vorstellungen, was die Querschnittsthemen anbelangt, dem Beschluss des Wirtschaftsausschusses entsprochen hätten. Wir freuen uns, dass Sie unserem Antrag zustimmen konnten, weil wir dort ähnliche Querschnittsthemen vorgebracht haben. Das interessiert aber vielleicht andere nicht so sehr.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Jeder Erfolg hat viele Väter!)

– Der Erfolg hat viele Väter; da gebe ich Ihnen Recht. Vielleicht können wir uns darauf zurückziehen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Jeder Erfolg hat viele Väter!)

Nur noch eines: Sie haben gesagt – und da liegt das Missverständnis –, man müsse im Landesentwicklungsplan über den Appell, verdichtet zu bauen, hinausgehen. Das sind nun Dinge, die ausdrücklich auch in der Regionalplanung aufgenommen werden und eben nicht im Landesentwicklungsplan. Es ist auch nicht das Problem, dass die Dinge nicht genau aufgenommen werden. Glauben Sie mir, aus einer relativ langen Erfahrung auf kommunaler Ebene weiß ich, wenn Sie mal mehr als zwei Stockwerke bauen wollen, dann dürfen Sie dreimal fragen, wer dann auf kommunaler Ebene sagt: Das ist zu hoch, das ist zu verdichtet, das darf nicht sein, wir müssen wesentlich weniger bauen. Diese Verdichtung muss man vor Ort durchhalten können. Das ist keine Frage der Festlegung im Regionalplan.

Auch ich möchte mich bei den Damen und Herren des Wirtschaftsministeriums, insbesondere beim Wirtschaftsminister und beim Staatssekretär, für die gute Vorlage bedanken. Ich denke, wir geben auch eine gute Stellungnahme ab.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als neuer Abgeordneter im Wirtschaftsausschuss habe ich erlebt,

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

dass dort im Grunde genommen ein Überfahren aller anderen Fraktionen stattfand mit Ausnahme derjenigen, die offenbar wussten, dass die ganze Sprachabfolge und das, was in den Antrag von CDU und FDP/DVP eingegangen war, im Wirtschaftsministerium vorformuliert und dem Ausschuss zugeleitet worden war.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ein unglaublicher Vorwurf!)

Auf dem Papier, welches wir dort erhielten, waren noch die Querlinien der einzelnen Kopierabschnitte zu sehen, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

und die stammten offenbar auch aus verschiedenen Quellen, die vorher zusammengeheftet wurden.

(Abg. Fleischer CDU: Das heißt, wir haben gearbeitet und Sie nicht! – Abg. Dr. Birk CDU: Wir haben Anhörungen gemacht!)

Dann habe ich diese Dinge kurz überflogen und festgestellt, dass der Kollege Fleischer offenbar in dem oberen Abschnitt der Fotokopie die Feder geführt hat. Da ging es um die Gemeinden südlich von Freiburg. Herr Kollege Fleischer, es gibt nördlich, östlich und westlich von Freiburg Gemeinden, die Anregungen zum Landesentwicklungsplan gegeben haben.

(Abg. Fleischer CDU: Aber nicht zu diesem Punkt!)

Mir ist auch bekannt, dass sich die Stadt Tübingen und andere Städte – Oberzentren – intensiv mit Stellungnahmen an das Wirtschaftsministerium gewandt haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Na also! Und wie stehen Sie dazu?)

Auf die Frage, was aus diesen Unterlagen in den Landesentwicklungsplan eingebaut werden sollte, wurde mir vom Wirtschaftsministerium achselzuckend erklärt: Das werden wir dann noch sehen. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, ein Mitarbeiter des Staatssekretärs, hat noch die aus meiner Sicht übertönende Frechheit besessen, zu sagen, die Anträge von CDU und FDP/DVP würden den Landesentwicklungsplan in seiner Ausgestaltung noch bereichern.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ja „Haas' Märchenstunde“!)

Meine Damen und Herren, das war der Gipfel von allem.

(Abg. Oettinger CDU: Jetzt zur Sache, Herr Kollege!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Haas – –

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Keine Zwischenfrage, sonst komme ich mit der Zeit nicht aus.

Herr Dr. Birk sprach von einem „tragfähigen Entwurf für die nächsten 15 Jahre“. Jetzt lese ich Ihnen die Ziffer 2.2.1 vor: „Lörrach/Weil als gemeinsames Oberzentrum“ – und jetzt gehts los – „oder hilfsweise als gemeinsames Oberzentrum mit Basel auszuweisen“. Meine Damen und Herren, Basel liegt nicht in der Bundesrepublik Deutschland. Wie können Sie denn über Basel verfügen, und wie können Sie über die Schweiz verfügen?

(Abg. Dr. Birk CDU: Natürlich nicht! Vielen Dank für die Nachhilfe! Sie haben das Prinzip der Ausweisung von Oberzentren nicht kapiert!)

– Ich wollte es Ihnen nur sagen, Herr Dr. Birk. Ich bin nicht Jurist, aber ich darf es Ihnen ja vielleicht sagen.

Dann wird auch noch Gundelfingen erwähnt. Herr Kollege Fleischer bezieht sich auf ein Telefonat von heute Morgen, das er mit der Verwaltung in Gundelfingen geführt hat. Lieber Herr Fleischer, es ist wohl so, wie ich es schriftlich habe – ich kann es Ihnen auch zur Verfügung stellen –, dass Gundelfingen im Regionalplan nicht als Kleinzentrum ausgewiesen worden ist, weil man gesagt hat, das müsse erst im Landesentwicklungsplan erfolgen. Was war denn nun zuerst da, das Huhn oder das Ei? Da müssen Sie sich mal entscheiden.

(Zuruf von der CDU: Das ist Quatsch!)

Meine Damen und Herren, das ist also für einen, der sich ein Leben lang nur mit Planung befasst hat und der diesen Landesentwicklungsplan – das kann ich nachweisen – vor und zurück durchgeackert hat, eine schlimme Situation. Ich habe mich nur getröstet mit dem, was mir die Frau Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses gesagt hat, dass nämlich Antragstellungen jederzeit möglich seien. Deshalb heute die Antragstellung.

Jetzt möchte ich ganz einfach sagen, dass es längst an der Zeit war, den Landesentwicklungsplan neu aufzustellen. Die Rahmenbedingungen haben sich geändert, die Situation der Verdichtungsräume ist zu diskutieren. Schwerpunkte und Verdichtungsräume dürfen aber nicht dazu führen, dass Gemeinden, die dem Bereich des Verdichtungsraums neu zugeordnet wurden oder werden,

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind auch verdichtet!)

aus irgendwelchen Förderungen herausfallen. In dieser Auffassung haben Sie, Herr Kollege Dr. Birk, mich mit Ihrem Redebeitrag im Wirtschaftsausschuss bestärkt.

(Abg. Mack CDU: Wie kommen Sie eigentlich zu Ziffer 2 Ihres Antrags? Begründen Sie mal den Antrag! – Weitere Zurufe)

Völlig untergegangen ist das Thema, welches von uns auch im Kreistag diskutiert worden ist, Herr Kollege Fleischer, das Thema Höhenlandwirtschaft und die ganzen Strukturprobleme, die damit in Verbindung stehen. Dazu steht im Landesentwicklungsplan nur drin: Die Landwirtschaft ist zu erhalten und weiterzuentwickeln. Kein Wort zu der Höhenlandwirtschaft!

(Abg. Fleischer CDU: Ich kann doch die Hinterwälder Rasse nicht in den Landesentwicklungsplan aufnehmen!)

Sie haben es versäumt, das Thema Höhenlandwirtschaft mit aufzuführen. Vielleicht hängt das mit PISA zusammen; das kann schon sein.

(Abg. Mack CDU: PISA! Jawohl!)

Thema Verkehr: Weil Sie gerade die Strecke Richtung Mailand angesprochen haben, frage ich Sie: Wieso haben Sie in den Entwurf für die Fortschreibung und in das Papier von Anfang November, welches wir in der Sitzung am 5. Dezember bekommen haben, den Wirtschaftsraum Norditalien nicht aufgenommen?

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Haas, wenn Sie eine Zwischenfrage zulassen, geben wir Ihnen die Antwort!)

Es geht doch nicht nur um diese Strecke, sondern es geht ganz einfach darum, meine Damen, meine Herren, dass hier noch vieles nachzutragen ist.

Weil mir der Herr Präsident jetzt anzeigt, dass meine Redezeit zu Ende ist, möchte ich meine Rede zu Protokoll geben. Dort könnten Sie sie nachlesen. Vielleicht ist das, was drinsteht, zukunftsweisender als das, was bisher im Entwurf des Landesentwicklungsplans enthalten war.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Man weiß ja nicht, was drinsteht! Vielleicht hat er Recht!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das gibt es nicht, Herr Abgeordneter. Wenn man geredet hat, kann man nichts mehr zu Protokoll geben.

Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der für die räumliche Planung verbindliche Landesentwicklungsplan datiert noch aus dem Jahr 1983. Daher war es notwendig, den tief greifenden politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demographischen Veränderungen der vergangenen Jahre Rechnung zu tragen und die Vorgaben für die weitere räumliche Entwicklung

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

an diese Veränderungen anzupassen. Daher ist dieser Entwurf keine bloße Fortschreibung, Herr Abg. Schmiedel; denn er nimmt neue Erkenntnisse auf – die stehen im Entwurf –: die Nachhaltigkeit, die Stärkung der regionalen Ebene, die Vernetzung der Freiräume für Naturschutz und Landschaftsschutz. All das findet sich in den Plansätzen wieder.

Der Landesentwicklungsplan gibt auch Antwort darauf, dass der Wandel der gesellschaftlichen Werte bei raumordnerischen Abwägungsprozessen eine Stärkung des Prinzips der Nachhaltigkeit verlangt. Das möchte ich noch einmal sagen, Herr Abg. Dr. Witzel: Die Nachhaltigkeit umfasst

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

nicht nur die ökologische Komponente, sondern umfasst genauso die ökonomische und die soziale Komponente.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Genau das habe ich gesagt!)

Genau das finden Sie auch wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Er gibt auch Antwort auf die fortschreitende Verstädterung, die Gefährdung wichtiger Lebensgrundlagen durch Belastungen der Umwelt, Verbrauch von Rohstoffen, Wasser, Energie und Landschaft. Auch das kommt in den Planätzen zum Ausdruck.

Noch einmal: Der LEP-Entwurf ist geprägt vom Prinzip der Nachhaltigkeit bei allen raumrelevanten Planungen – das Wort „raumrelevant“ immer unterstrichen.

Diese Leitvorstellung steht im Einklang mit dem Raumordnungsgesetz. Sie nimmt Grundelemente des Umweltplans des Landes auf, den die Landesregierung ja noch im letzten Jahr verabschiedet hat. Wir werden die in der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses enthaltenen Anforderungen zur Entwicklung der dort aufgeführten Querschnittsthemen aufnehmen und umsetzen.

Dieser Plan stützt sich auf die Neuabgrenzung der siedlungsstrukturellen Raumkategorien: zum Beispiel Verdichtungsräume – ländlicher Raum. Es geht hier nicht darum – dafür fehlt in diesem Zusammenhang die Basis –, die Regionen abzugrenzen. Das ist, wie Herr Abg. Hofer schon sagte, Sache des Landesplanungsgesetzes.

Der neue Landesentwicklungsplan ist ein mittelfristiger Rahmenplan für die räumliche Entwicklung des Landes, aus unserer Sicht mit einem Zeithorizont von etwa 15 Jahren. Ihm kommt insbesondere die Aufgabe zu, durch raumordnerische Zielsetzungen die Standortbedingungen Baden-Württembergs zu optimieren. Als Gesamtkonzept hat er dafür zu sorgen, dass in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse, günstige wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven und gesunde Umweltbedingungen gewährleistet sind.

Ich möchte auch sagen, was dieser Plan von Gesetzes wegen nicht leisten kann und daher auch nicht beinhalten kann. Er hat nicht die Funktion, Fachpläne zu ersetzen. Er ersetzt also nicht den Generalverkehrsplan – das kann er nicht. Er geht auch nicht in die Details eines Umweltplans.

(Abg. Schmiedel SPD: Das verlangt doch niemand!)

– Doch. – Er kann auch nicht die Energiepolitik oder die Agrarpolitik regeln.

(Abg. Schmiedel SPD: Das verlangt auch niemand!)

Er ist kein Maßnahmenprogramm, er ist kein Finanzierungsplan, und er ist auch kein Aktionsprogramm. Er ist ein wichtiger Orientierungsrahmen für derartige Festlegungen. Das kann er auch leisten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Herr Abg. Schmiedel, Sie sagten, über diesen Plan habe keine große Debatte stattgefunden. Abgesehen von der Tatsache, dass der Entwurf auch dem Landtag seit über einem Jahr vorliegt, sind 1 500 Stellen im Land einbezogen worden:

(Abg. Hoffmann CDU: Und die SPD kommt am 13. Dezember um 9:45 Uhr!)

alle Gemeinden, Landkreise, Regionalverbände, Kammern, Naturschutzverbände und viele öffentliche Planungsträger.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber Sie haben nicht geantwortet! Eine Debatte besteht aus zwei Parteien!)

Die Resonanz war riesig; wir erhielten über 5 000 Anregungen und Wünsche.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist eine Anhörung!)

Die Stellungnahme des Landtags setzt den Schlusspunkt,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Schlusslicht!)

und danach werden wir den Landesentwicklungsplan im Kabinett beschließen. So ist die Reihenfolge; Sie waren da voll mit einbezogen.

Die Resonanz war groß. Dieser Entwurf hat in der Tat 85 % Zustimmung erhalten. Wir sind sicher, dass wir mit der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses diesen hohen Prozentsatz noch weiter steigern können. Jedenfalls ist das unsere Absicht.

Die Änderungswünsche betreffen viele Bereiche: die Einstufung, die Verflechtung der Gemeinden, die Zugehörigkeit zu Raumkategorien. Wir haben – das ist mir wichtig – schon frühzeitig gesagt, dass wir insbesondere solche Wünsche umsetzen wollen, die regional diskutiert, abgestimmt und unterstützt werden. Denn es wäre doch töricht, meine Damen und Herren, einerseits die Eigenverantwortung der Region mit dem Landesentwicklungsplan stärker fördern zu wollen, dann aber Vorgaben zu machen, die dort nicht gewollt sind. Also werden wir diese Wünsche umsetzen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Abg. Blenke.

**Abg. Blenke CDU:** Herr Staatssekretär, vielleicht können Sie mir weiterhelfen. Herr Abg. Gustav-Adolf Haas hat meine Zwischenfrage vorhin leider nicht zugelassen. Können Sie sich erklären, warum die SPD in ihrem Änderungsantrag begehrt, die Landesentwicklungssachse Horb – Nagold herauszunehmen, obwohl diese Achse ein Wunsch der Raumschaft war, der insbesondere vom SPD-angehörigen Oberbürgermeister der Stadt Nagold unterstützt wird?

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Hört, hört!)

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Abgeordneter, es entspricht genau unserem System, solche Vorstellungen in der Diskussion mit der Region aufzunehmen. Deswegen kann ich mir das auch nicht richtig vorstellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Kann es sein, dass die Diskussion an der SPD vorbeigegangen ist?)

– Kann sein. – Ich möchte aber auch die andere Seite noch einmal erwähnen. Wir tun uns dann mit einer Umsetzung schwer, wenn es nur um Einzelanliegen geht, die nicht einmal mit dem berührten oder vielleicht beeinträchtigten Nachbarn besprochen wurden. Deshalb ist auch die Zusammenarbeit, der Impuls zur Diskussion so begrüßenswert.

Ich sage auch ganz offen: Die Höherstufung von zentralen Orten vergeben wir nicht nach dem Motto „Wie hättet ihr es denn gern?“, sondern auf einer gesicherten Grundlage und nach landeseinheitlichen Maßstäben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist eine Grundstruktur des Landesentwicklungsplans. Das finden Sie übrigens alles im Plansatz 2.5. Wir verkennen nicht die örtlichen Belange. Wir müssen sie aber in einen übergeordneten Rahmenplan stellen und dabei ein Mindestmaß an Einheitlichkeit und Ausgewogenheit im Auge behalten.

Ein Weiteres: Die Anzahl der Ober- und Mittelzentren und der Entwicklungsachsen, insbesondere der Landesentwicklungsachsen, ist nicht beliebig vermehrbare, da wir ja sonst die zugrunde liegenden planerischen Prinzipien gerade in ihr Gegenteil verkehren würden.

Und noch eines: Denken Sie bitte daran: Auch die Tragfähigkeit der Infrastrukturen ist bei künftig eher sinkenden Einwohnerzahlen nicht unbegrenzt ausdehnbar.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich möchte sagen, dass der Entwurf dieses Plans den Testlauf bestanden hat und aus unserer Sicht eine zukunftsorientierte Konzeption darstellt mit den Hausaufgaben, wenn ich das so sagen darf, die wir noch zu erledigen haben.

Ein Punkt ist mir auch sehr wichtig: Die Stärkung der regionalen Eigenkräfte liegt uns am Herzen. Ihr widmet der Landesentwicklungsplan eines seiner sechs Kapitel.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Ja, bitte.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Staatssekretär, nachdem Sie auf die Frage des Kollegen zur Herausnahme der Landesentwicklungssachse Horb – Nagold geantwortet haben, Sie schauen immer, was die Städte wollten, und würden das dann auch machen,

(Abg. Fleischer CDU: Er hat gerade erklärt, dass er das nicht macht!)

frage ich Sie: Sind Sie bereit, bei der Novellierung des Landesentwicklungsplans auch Stellungnahmen zu berücksichtigen, beispielsweise von Regionalverbänden oder Regionen wie der Region Stuttgart,

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja, selbstverständlich!)

die sich dezidiert gegen die Hereinnahme dieser Landesentwicklungssachse ausgesprochen haben?

(Abg. Fleischer CDU: Das ist ein Abwägungsprozess, Herr Kollege! – Abg. Hauk CDU: Jetzt wird es klar! Das ist im Interesse Stuttgarts!)

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Abg. Schmiedel, genau das habe ich nicht gesagt. Es ist ein Abwägungsprozess, den wir durchführen müssen,

(Beifall bei der CDU)

zuerst wir und dann das Landeskabinett, und den werden wir auch durchführen.

(Beifall des Abg. Hoffmann CDU)

Meine Damen und Herren, mir ist wichtig, die Stärkung der regionalen Eigenkräfte noch einmal zu betonen. Wir setzen auf die Problemkenntnisse vor Ort, die regionale Identität, die dort gewachsen ist. Für uns ist Subsidiarität das Schlüsselwort. Der Landesentwicklungsplan gibt die Richtung vor, setzt den Rahmen und zeigt aus Landessicht Problemfelder auf, aber er gänzelt nicht.

(Beifall der Abg. Hofer FDP/DVP und Fleischer CDU)

Nur so können wir eine Planung formulieren, die vom Bürger und von der Bürgerin anerkannt wird.

Diese Planphilosophie hat übrigens dazu beigetragen, dass der neue Landesentwicklungsplan – das zu sagen ist mir auch wichtig – wesentlich straffer und kompakter ist. Damit haben wir im Übrigen auch eine wichtige Forderung der Verwaltungsreformkommission erfüllt. Die Zahl der Plansätze wurde auf die Hälfte reduziert. Das hat der Qualität des Plans sicherlich nicht geschadet.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Im Gegenteil!)

Abschließend möchte ich sagen: Nach dem jetzt erreichten Stand der Dinge bin ich zuversichtlich, dass wir im kommenden Jahr zum 50-jährigen Bestehen unseres Landes einen neuen, zukunftsorientierten Landesentwicklungsplan vorlegen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge.

Ich will in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: zunächst über Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD,

(Stellv. Präsident Birzele)

Drucksache 13/573, weil dort begehrt wird, den bisher vorliegenden Entwurf zurückzuziehen, danach über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/527, und anschließend über Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/573. – Sie sind damit einverstanden.

Ich lasse zunächst abstimmen über Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/573. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/573 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/527.

(Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident!)

– Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Ich möchte darum bitten, über die Abschnitte I und II der Beschlussempfehlung sowie über die Ziffer 1 unter Abschnitt II getrennt abzustimmen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich lasse entsprechend dem Wunsch des Herrn Abg. Schmiedel getrennt abstimmen, zunächst über Abschnitt I der Beschlussempfehlung Drucksache 13/527. Wer Abschnitt I zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Bei Abschnitt II wollten Sie über die Ziffer 1 getrennt abstimmen lassen. Dann lasse ich zunächst über die gesamte Ziffer 1 des Abschnitts II abstimmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

Wer Ziffer 1 des Abschnitts II der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Kritik kann man immer zustimmen!)

Ich rufe dann die übrigen Ziffern des Abschnitts II der Beschlussempfehlung Drucksache 13/527 zur Abstimmung auf. Wer diesen Ziffern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe jetzt Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/573 auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Heiterkeit, weil niemand zustimmt. – Abg. Schmiedel SPD: Ach so, unser Antrag! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das haben Sie wohl in der Eile vergessen!)

– Es geht um den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/573, Abschnitt II! Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:27 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:29 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 13/530**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Planung des Holzinnovationsparks in Titisee-Neustadt

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Ist die Information des Herrn K. von der LEG gemäß der Pressemeldung vom 4. Dezember 2001 aus der „Badischen Zeitung“ (Ausgabe Hochschwarzwald) zutreffend, wonach die Investoren und die LEG Baden-Württemberg „alle auf das Land warten“, weil aus Stuttgart noch kein verbindliches Signal zur Verwirklichung des geplanten Holzinnovationsparks gekommen wäre?
- Hat das Land Baden-Württemberg tatsächlich durch seine abwartende Haltung, so die Meinung des Herrn K. von der LEG, das „Dilemma an der Verzögerung“ zu verantworten?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister Stächele, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Sie wissen, Herr Kollege Haas, die Landesregierung hat sich bislang in vielfältiger Weise engagiert, um die Realisierung des Holzinnovationsparks zu ermöglichen. Deswegen wurden ja die Planungen und die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Entwicklungskonzept der LEG auch durch das Land mitfinanziert, im Gesamten, glaube ich, mittlerweile in einer Größenordnung von etwa 500 000 DM.

In der Untersuchung von Arthur Andersen wurde nochmals deutlich, dass für eine Realisierung dieses Holzinnovationsparks die notwendigen Investitionen zum größten Teil aus der Holzwirtschaft stammen müssen, da mit dem Projekt ja keine kapitalmarktüblichen Renditen erwirtschaftet werden können, was erklärbar ist. Zusätzlich wurde deutlich, dass die Etablierung von professionellen Strukturen in der Trägerschaft zwingende Voraussetzung für die Realisierung ist. Deswegen wurden die LEG, die Stadt Titisee-

(Minister Stächele)

Neustadt und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald gebeten, die Ergebnisse der Sponsorsuche, die Teil des Entwicklungsauftrags der LEG war, dem Ministerium mitzuteilen. Dabei sollten insbesondere die Hauptsponsoren benannt werden, um damit die zentrale Grundlage für eine weitere Beratung der Landesregierung überhaupt erst zu schaffen.

Die LEG hat dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum daraufhin eine Reihe von Absichtserklärungen von Verbänden und Firmen zugeleitet. Zusagen für konkrete Beteiligungen oder Investitionen liegen dem Ministerium bisher nicht vor. Beträge, wie sie im besagten Pressebericht des Herrn K. in der Presse B veröffentlicht worden sind,

(Vereinzelt Heiterkeit)

wurden gegenüber der Landesregierung zu keinem Zeitpunkt genannt. Um welche Firmen es sich dabei handelt, die sich gegebenenfalls mit Millionenbeträgen an diesem Vorhaben beteiligen würden, ist der Landesregierung nicht bekannt. Die LEG und Herr K. sind diesbezüglich in einer Bringschuld, die sie erfüllen sollten, möglichst bevor sie sich in der Presse äußern.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Ich wollte fragen, ob es innerhalb der Landesregierung bei diesem Holzinnovationsprojekt auch eine Zusammenarbeit Ihres Hauses mit dem Kultusministerium gibt, weil das auch bezüglich Wissensvermittlung ein wichtiges Projekt wäre.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Derzeit basieren die ganzen Vorüberlegungen und Planbesprechungen auf der Frage, ob man den Grundgedanken, die Grundidee, die ja mit einer Untersuchung belegt ist – bis hin zur Projektuntersuchung, bis hin zur Prospektierung –, tatsächlich mit Sponsoren durchführen kann. Es war von vornherein klar, dass das keine landesfinanzierte Aufgabe werden kann. Insofern würden sich weitere Detailberatungen im didaktisch-pädagogischen Bereich in der Folge anschließen, sofern man eine realistische Finanzgrundlage vorweisen könnte. Das ist Voraussetzung. Alles andere scheint mir in diesem Stadium müßig zu sein. Ich gebe zu: Es ist schwierig – und seit dem Anfang sicher schwieriger geworden –, Finanzgrundlagen zu schaffen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas** SPD: Noch eine Zusatzfrage, Herr Minister: Wie geht es denn in der Sache weiter? Wer ist jetzt am Zuge?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher: Haben Sie auch Ihre Frage b in Bezug auf die Verzögerung schon eingebracht?

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ja! – Abg. Christine Rudolf SPD: Das wird miteinander eingebracht, Herr Minister!)

– Entschuldigung. Ich habe jetzt nur zu Buchstabe a Stellung genommen. Sehen Sie mir das nach.

Wir haben die Projektträger nun gedrängt – das ist ganz wichtig –, sie mögen diese Beteiligungsfrage doch jetzt klären. Es war einmal der September als Datum genannt, weil der September auch ein Datum ist, das im Hinblick auf den Haushaltsentwurf von Bedeutung ist. Die Einhaltung dieses Termins war offensichtlich nicht möglich, denn – wie ich schon in der Antwort auf die Frage gleich zu Beginn gesagt habe – konkrete Sponsoren in dieser Form konnten nicht genannt werden.

Deswegen war es auch nicht möglich, die Höhe einer Beteiligung des Landes an dem Projekt zu beziffern, da derzeit nicht konkret festgemacht werden kann, ob eine Gesamtrealisierung überhaupt möglich ist. Wir haben bisher Eckdaten in kleinerer Größenordnung. Beteiligung der Stadt: Grundstück inklusive Erschließung. Der Landkreis hat als politische Erklärung – nicht im Haushaltsentwurf – gesagt: 1,56 Millionen Euro. Dabei muss man das natürlich ins Verhältnis zum Gesamtprojekt setzen. Das ist ein Projekt, das ursprünglich mit 35 Millionen DM veranschlagt war und mittlerweile bei etwa 100 Millionen DM steht.

Die Landesregierung hat sich dem Projekt sicherlich positiv gegenübergestellt. Im Jahr 1998 hat man sich meines Wissens dazu geäußert. Man hat damals überlegt, ob man wohl mit Mitteln aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum fördernd beitreten könnte. Damals waren auch Beträge genannt. Man geht, wenn ich es richtig weiß, von einer Gesamtförderung des Landes von etwa 16 Millionen DM aus. Das wäre – weiter angedacht – sicherlich ein Gesamtpaket aus dem MLR und aus Mitteln anderer Ressorts. Diese Hausnummer, sage ich einmal, steht im Raum. Wenn also jemand mit Sponsoren reden möchte, dann kann er mit Fug und Recht unter Bezug auf das, was seit 1998 begleitend vom Land geschehen ist, jederzeit sagen: Das Land steht dieser Maßnahme positiv gegenüber. Aber bei dem Gesamtbetrag von 100 Millionen DM können Sie davon ausgehen, dass es mühselig ist, das Land jetzt mit Urkunde, Brief und Siegel festzulegen. Vielleicht ist es sinnvoller, die Energie dafür einzusetzen, andere Sponsoren zu finden.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Minister, Sie haben eben dargelegt, wie Sie dem Projekt grundsätzlich gegenüberstehen. Meine Frage ist: Gilt die Beurteilung dieses Projekts, die Ihre Amtsvorgängerin am 6. Dezember 2000 auf meinen Antrag hin gegeben hat, weiterhin? Diese Beurteilung lautete:

Grundsätzlich wird der umfassende und integrative Ansatz, die Marketingbemühungen für den ökologischen Rohstoff Holz und seine vielfältigen Produkte mit der Weiterentwicklung der Tourismuseinrichtungen im Schwarzwald auf diese einmalige Weise zu verbinden und weiterzuentwickeln, begrüßt.

Gilt das weiterhin als Position der Landesregierung?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Wir begrüßen sicherlich alles, was in diesem Sinne zu

(Minister Stächele)

wirken hat. Aber mit der Begrüßung ist die Finanzierung nicht erledigt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer ist am Zuge, Herr Minister?)

– Bitte?

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer ist jetzt am Zuge?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Wer ist am Zuge? Das ist eine gute Frage. Herr Abgeordneter, ich denke, die Beteiligten, insbesondere natürlich die Urbeteiligten Stadt und Landkreis, haben diesbezüglich eine klare Aussage von mir, dass wir alle miteinander ganz realistisch bleiben müssen. Wir können die ganze Geschichte nicht irgendwo ankochen lassen, ohne dass die finanziellen Eckdaten festgemacht werden. Wenn wir in den nächsten Wochen bezüglich der Sponsoren keine verhandelbaren Zusagen haben, dann würde ich empfehlen, diese Sache im Licht der aktuellen Finanzsituation noch einmal neu zu beurteilen.

Das heißt: Die Projektstudien sind gut gemacht. Wenn sie im Januar des Jahres 2002 nicht gleich einen positiven Bescheid erfahren können, sind sie damit nicht endgültig beendet. Aber man sollte die Dinge ganz realistisch anschauen. Denn wir wissen miteinander: Es bestehen nicht nur Schwierigkeiten für den Finanzhaushalt des Landes. Vielmehr spüren Sie im Moment in allen Themenbereichen: Wenn Sie mit der Wirtschaft ins Gespräch kommen wollen, dann brauchen die Firmen eine längere Atempause, weil sie auch erst mit der aktuellen Konjunkturentwicklung zurande kommen müssen.

Wenn man dann im Januar, Anfang des Jahres 2002, zusammensitzt – das habe ich den Beteiligten auch so gesagt –, sollte man das ohne gegenseitige Schuldzuweisung realistisch beurteilen, nicht den Glauben an eine gute Idee verlieren, aber das Ganze natürlich in die Finanzwirklichkeit des Januars und des Frühjahrs und möglicherweise des ganzen Jahres 2002 und darüber hinaus einbetten.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich stelle fest: Es liegen keine Fragen mehr vor.

Ich weise darauf hin, dass sich die zweite Anfrage des Herrn Abg. Gaßmann nach Auffassung des Fragestellers und des Ministeriums durch die gestrige Debatte über die Mittelstandsförderung erledigt hat.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Christine Rudolf SPD – Berufsorientierung an sechsjährigen beruflichen Gymnasien (BOGY)

Frau Abg. Rudolf, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage. Bitte schön!

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Ist es richtig, dass in sechsjährigen beruflichen Gymnasien kein Praktikum zur Berufsorientierung vorgesehen ist?

b) Mit welcher Begründung sind gerade berufliche Gymnasien von BOGY ausgeschlossen?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Rau, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Staatssekretär Rau:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu a: In Baden-Württemberg gibt es an fünf Wirtschaftsgymnasien ein sechsjähriges berufliches Gymnasium. Ein Praktikum zur Berufsvorbereitung ist offiziell nicht vorgesehen. Jedoch wurde in einer Dienstbesprechung am 4. April 2001 mit Vertretern der betroffenen Schulen vereinbart, dass Projekte und möglichst auch Praktika mit den Schülerinnen und Schülern durchgeführt werden sollen.

Nach Rücksprache mit den fünf betroffenen Schulen finden an zwei Schulstandorten Projekte und/oder Praktika in den Klassen 9 und/oder 10 zur Berufsorientierung statt. An den übrigen drei Standorten findet eine Berufsberatung für die Schülerinnen und Schüler des sechsjährigen Wirtschaftsgymnasiums im Rahmen von Veranstaltungen zur Berufsberatung für andere Schularten der beruflichen Schulen, zum Beispiel Wirtschaftsschulen und Berufskollegs, statt. In Klasse 11 oder 12 erfolgt zusätzlich in der Schule eine Berufsberatung durch Mitarbeiter des Arbeitsamts.

Die aufgeführten Beispiele verdeutlichen, dass die Schulen eigenständige Konzeptionen, angepasst an die Strukturen des jeweiligen Schulstandorts, umsetzen und die an beruflichen Schulen durch die Vielfalt der Schularten vorhandenen Synergien nutzen.

Zu b: Berufliche Gymnasien weisen wegen ihrer Anbindung an berufliche Schulen grundsätzlich eine enge Bindung zur Berufs- und Arbeitswelt auf. Die Schülerklientel der beruflichen Gymnasien kommt zum größten Teil – 90 % im Schuljahr 2000/2001 – von den Realschulen. Ein kleiner Teil wechselt von den Gymnasien auf ein berufliches Gymnasium. Sowohl an den Realschulen als auch an den allgemein bildenden Gymnasien absolvieren die Schülerinnen und Schüler ein Praktikum im Rahmen von BORS oder BOGY im zehnten Schuljahr und nehmen deshalb an Projekten der Berufsorientierung teil, schon bevor sie ins berufliche Gymnasium kommen.

An den meisten beruflichen Gymnasien erfolgt in Klasse 11 eine Berufsberatung durch Mitarbeiter des Arbeitsamts. Berufswünsche der Schülerinnen und Schüler können im Rahmen der Berufsberatung nochmals einer Überprüfung unterzogen werden bzw. noch unvollständige Informationen über Berufsmöglichkeiten ergänzt werden. Darüber hinaus können die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12 an den jährlich stattfindenden Hochschulinformationstagen teilnehmen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Herr Rau, können Sie bestätigen, dass es einen Unterschied macht, ob ich Berufserfahrung durch Hörensagen bekomme, weil ich an einer beruflichen Schule bin, oder ob ich eigene Erfahrungen mache, weil ich mich in einem Betrieb aufhalten kann, und dass es deswegen sinnvoll wäre, auch an den beruflichen Gymnasien eine Berufsorientierung über ein Praktikum anzubieten?

Den zweiten Teil meiner Frage haben Sie für die dreijährigen und nicht gemäß der Fragestellung für die fünfjährigen beruflichen Gymnasien beantwortet.

**Staatssekretär Rau:** Es gibt keine fünfjährigen, sondern nur sechsjährige berufliche Gymnasien. Wie gesagt: Das sind fünf im ganzen Land.

Ihre zweite Frage ist so formuliert, dass wir sie auf alle beruflichen Gymnasien bezogen haben. Deswegen habe ich so geantwortet, wie ich geantwortet habe.

Bei den sechsjährigen beruflichen Gymnasien – das ist, wie gesagt, mit den Schulen selbst besprochen – halten wir es für richtig, Projekte und Praktika in den Schulablauf einzubauen. Die Schulen sind sehr wohl in der Lage, solche Projekte und Praktika aufzunehmen. Da es sich hier nur um eine kleine Zahl von Schulen handelt, halten wir es für sinnvoller, dies im Wege einer Dienstbesprechung zu machen und dafür nicht extra ein Programm zu erarbeiten.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Witzel GRÜNE – Auflösung des Referats Entwicklungszusammenarbeit

Herr Abg. Dr. Witzel, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass die Landesregierung beabsichtigt, das ressortleitende Referat Entwicklungszusammenarbeit im Wirtschaftsministerium aufzulösen, und, wenn ja, in welcher Weise soll die Entwicklungszusammenarbeit künftig institutionell verankert werden?
- b) Wie begründet die Landesregierung die weitere Zersplitterung der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere auch angesichts der derzeitigen weltpolitischen Lage?

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die beiden Fragen wie folgt:

Zu Buchstabe a: Das Wirtschaftsministerium strukturiert seine Organisation derzeit um. Dabei sollen im Bereich

Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit nach den Vorbildern des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung regionale Schwerpunkt- und Grundsatzreferate gebildet werden. Das heißt, die Federführung in ressortübergreifenden Angelegenheiten der Entwicklungszusammenarbeit liegt künftig beim Referat 74: Außenwirtschaft Süd. „Süd“ heißt Lateinamerika, Afrika, arabischer Raum und Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Referat ist nach dem neuen Geschäftsverteilungsplan im Wirtschaftsministerium innerhalb der Abteilung VII – Außenwirtschaft und EU-Wirtschaftspolitik – auch für die grundsätzlichen Fragen des Sachgebiets Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Zu Buchstabe b: Nach wie vor sind die Maßnahmen der Außenbeziehungen im Wirtschaftsministerium bei einer Abteilung – künftig bei der Abteilung VII – angesiedelt. Allerdings wurden die Länderzuständigkeiten bei den Einzelmaßnahmen auf drei Referate innerhalb der Abteilung VII regional aufgeteilt: West, Ost, Süd.

Beim jeweils zuständigen Regionalreferat werden künftig Einzelfälle der Entwicklungszusammenarbeit, der Außenwirtschaft und der Standortwerbung bearbeitet. Das hat nach unserer Ansicht den Vorteil, dass Auslandsprojekte, die sich vom Aufgabengebiet her überlappen, von ein und demselben Referat abgewickelt werden können. Ein Vorteil besteht auch darin, dass der ausländische Partner dann bei allen Aktivitäten auf den angesprochenen Aufgabengebieten den gleichen Ansprechpartner hat.

Also ist aus unserer Sicht eine Zersplitterung der Entwicklungszusammenarbeit nicht zu befürchten. Im Gegenteil, das Wirtschaftsministerium erwartet durch diese Bündelung der Einzelfälle erhebliche Synergieeffekte.

**Stellv. Präsident Birzele:** Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Staatssekretär, wo soll demnächst das Ressort „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit“ angesiedelt werden? Fällt es auch in den Bereich „Außenwirtschaft Süd“, oder ist geplant, es bei einer anderen Abteilung anzusiedeln?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Nein. Das bleibt in dieser Abteilung und wird in dem neuen Referat 74 angesiedelt, das sich eben auch mit grundsätzlichen Fragen der Entwicklungszusammenarbeit befasst. Dort ist auch diese Aufgabe angesiedelt.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Handwerkspolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/46**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung des Antrags und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Herr Abg. Dr. Witzel, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Nach der Debatte, die wir gestern zum Thema Mittelstand hatten, wird man jetzt möglicherweise wieder eine Debatte über die rot-grüne Bundesregierung erwarten. Ich möchte mich aber jetzt zunächst auf die Vorstellung unseres Antrags konzentrieren und fragen: Was ist hier im Land möglich? Was muss getan werden?

Wir wissen: Das Handwerk in Baden-Württemberg bildet mit seinen 118 000 Betrieben und den über 850 000 Beschäftigten eine wichtige Säule der Wirtschaft unseres Landes. Es stellt ein Viertel aller Unternehmen und ein Fünftel der Arbeitsplätze. Besonders hervorzuheben ist die Ausbildungsleistung: Über 60 % aller gewerblichen Ausbildungsplätze stellt das Handwerk bereit. Gerade in der heutigen Zeit, in der Bildung und Ausbildung das wichtigste Fundament unserer Wirtschaft darstellen, leistet das Handwerk einen unverzichtbaren Beitrag.

Doch das Handwerk hat auch Probleme. Der Strukturwandel in zahlreichen Bereichen stellt die Betriebe vor schwierige Herausforderungen. Klar ist: Die Branchenkonjunktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die zentralen Größen, doch auch das Land ist in der Verantwortung. Zu behaupten, hier im Land passiere nichts, wäre falsch. Doch ebenso falsch ist es zu behaupten, die Wirtschaftspolitik des Landes habe immer rechtzeitig und immer angemessen auf die Probleme reagiert.

Wir Grünen wollen in unserem Antrag wissen, was die Landesregierung tut, um das Handwerk zu stärken und es im wirtschaftlichen Wandel unterstützend zu begleiten. Dabei gehen wir auf einige der drängenden Probleme des Handwerks ein, nämlich:

Erstens: Wie sieht es mit den Zuschüssen für die überbetriebliche Ausbildung aus?

Zweitens: Wie unterstützt das Land die notwendige Kooperation von Handwerksbetrieben?

Drittens: Wie können die anstehenden Betriebsübernahmen gestaltet werden?

Zum ersten Punkt: überbetriebliche Ausbildungsstätten. In zahlreichen Handwerksberufen herrscht heute Lehrlingsmangel. Das ist eines der drängendsten Probleme für die Zukunft des Handwerks. Ausbildung im Handwerk muss wieder attraktiver werden, aber gleichzeitig für die Betriebe praktikabel bleiben.

Die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, der so genannten ÜBAs, ist notwendig und überfällig. Bis zum Jahr 2006 steht ein Investitionsbedarf von ca. 226 Millionen DM an, was einen Zuschussbedarf des Landes von ca. 75 Millionen DM erfordert. Im Haushalt sind jetzt 30 Millionen DM eingestellt, also deutlich weniger. Das ist aber ein wichtiger erster Schritt. Löblich ist, dass der Bund seinen Förderanteil auf bis zu 45 % erhöht.

Was aber nicht geht, ist – und da haben wir in den letzten Tagen einiges an Hickhack erlebt –, dass das Land versucht, im Gegenzug die Zuschüsse für die Lehrlingsausbil-

dung zu kürzen. Zunächst war von minus 20 % die Rede. Dann gab es Streit und viele Proteste. Dadurch ist man in der Regierung aufgewacht und hat jetzt die Kürzung auf 10 % reduziert. Wichtig für uns ist, dass die Fördersätze im Detail erhalten bleiben und dass der einzelne Betrieb, der Lehrlinge ausbildet, nicht schlechter gestellt wird. Vom Ergebnis her können wir damit leben, aber wie da kommuniziert wurde, wie da mit dem Handwerk umgegangen wurde, das ist in der Tat schlechter Stil.

Zum zweiten Punkt: Kooperation der Betriebe. Die Kunden fragen heute zunehmend nach Dienstleistungen aus einer Hand. Man will für ein Projekt nicht gleichzeitig fünf Handwerker bestellen müssen. Diese Frage nach Dienstleistungen aus einer Hand erfordert aber eine verstärkte Kooperation von Handwerksbetrieben.

Dies gilt insbesondere im Bauhandwerk. Aktuelle Zeitungsberichte sprechen davon, dass gerade beim Bauhandwerk ein besonders starker Auftragsrückgang zu verzeichnen ist. Andererseits können Kooperationen von Handwerksbetrieben dazu führen, dass neue Auftragsfelder erschlossen werden und damit Beschäftigung gesichert wird. Insofern ist die Kooperation von Betrieben ein zentraler Punkt.

Die Antwort der Landesregierung zeigt auf, dass erste Pilotprojekte auf den Weg gebracht wurden, die den Betrieben zum Beispiel durch Kooperation über das Internet neue Chancen eröffnen. Das ist gut, aber das allein reicht nicht aus. Wir müssen insbesondere fragen: Wer profitiert von solchen Projekten? Wird diese neue Art der Kooperation nur vom größeren Mittelständler, der 50 oder 100 Beschäftigte hat, genutzt, oder profitiert von diesen neuen Projekten auch der typische, das heißt der kleine Handwerksbetrieb? Bekanntlich hat ein Handwerksbetrieb im Schnitt nur etwa zehn Beschäftigte, und mehr als 90 % aller Handwerksbetriebe haben weniger als 20 Beschäftigte. Das Handwerk ist also im Bereich der kleinen Unternehmen stark vertreten. Wir müssen fragen, ob diese Art der Kooperationsförderung dieses Segment der vielen kleinen Betriebe erreicht. Wir sagen, die Politik muss ein besonderes Auge darauf haben, dass auch diese kleinen Betriebe die Informations- und Beratungsangebote zur Kooperation nutzen.

Dritter Punkt: Betriebsnachfolge. Bei rund einem Drittel der Handwerksbetriebe steht in den nächsten fünf bis zehn Jahren die Betriebsübergabe an. Dieses Problem ist seit langem bekannt. Doch viele Betriebe wissen noch nicht einmal, dass die Gründerprogramme selbstverständlich auch für Übernehmer und Übernehmerinnen zur Verfügung stehen. Wir begrüßen es deshalb, dass das immer wieder angekündigte Maßnahmenpaket für Übernehmer endlich vorliegt. Wir regen an, dass die Landesregierung sich bei der geplanten Public-Relations-Initiative ein Beispiel nimmt an dem, was in Nordrhein-Westfalen geschehen ist. Dort wurden vor zwei Jahren im Rahmen der Gründungsoffensive „Go!“ die Betriebe für das Thema Unternehmensnachfolge sensibilisiert und auf die Förder- und Beratungsangebote aufmerksam gemacht.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

(Dr. Witzel)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir Grünen anerkennen, was das Land für das Handwerk tut.

(Abg. Pfisterer CDU: Gut, dass das anerkannt wird!)

Doch unübersehbar sind auch die Mängel. Erster Punkt: Mit unkalkulierbarer Stop-and-go-Politik trägt die Landesregierung zur Verunsicherung der Betriebe bei. Im letzten halben Jahr war es das Aussitzen der Altbaumodernisierung, das Hickhack um die Fortführung des C1-Programms und auch die Kommunikation bei der Kürzung der Lehrlingsausbildung. Das alles verunsichert das Handwerk. Auch wenn nach dem jetzigen Stand im Ergebnis alles wieder eingerenkt wurde: Das Verfahren, wie da kommuniziert wurde, wie Handwerksbetriebe verunsichert wurden, das ist unsäglich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Ja!)

Zweiter Punkt: Die Landesstiftung und die Auflage der Gemeinnützigkeit führen zu einer Bevorzugung der Forschungs- und Technologiepolitik gegenüber der Gewerbeförderung und damit auch zu einer Benachteiligung des Handwerks. Darauf werden wir ein Auge haben müssen. Darüber haben wir auch gestern schon debattiert.

So weit unsere Kritikpunkte in Kürze. In der allgemeinen Diskussion dann noch mehr dazu.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Pfisterer.

**Abg. Pfisterer CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg fördert das Handwerk nachdrücklich.

(Minister Dr. Döring: Sehr gut!)

Das ist daran zu erkennen, dass wir 9,5 Handwerksbetriebe auf 1 000 Einwohner in Baden-Württemberg haben und damit eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik einnehmen. In Baden-Württemberg hat das Handwerk schon lange Tradition. Daher ist Handwerkspolitik traditionell ein Schwerpunkt der baden-württembergischen Politik. Fast jeder vierte Arbeitsplatz ist, wie wir gehört haben, in Baden-Württemberg im Handwerk. Für die CDU-Fraktion ist es daher wichtig, das Handwerk zu stärken und eng mit ihm zusammenzuarbeiten. Wir, die FDP/DVP und die CDU, haben die Schwerpunkte in der Koalitionsvereinbarung darauf gelegt.

Mittelstand, Handwerk und freie Berufe sind die Basis des Wohlstands in unserem Land. Wir unterstützen sie mit unserer Politik und sorgen dafür, dass Ausbildung, Beschäftigung und Zukunftschancen vorhanden sind. Die Handwerksförderung stand in den vergangenen Jahren auf soliden Füßen. Die Handwerksförderung wird in den kommenden Jahren spürbar verbessert werden können, und zwar dank der Zukunftsoffensive III und dank der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Mittelstand“.

Vor einem Jahr haben wir das Mittelstandsförderungsge-  
setz reformiert und dabei aktuelle Entwicklungen der Wirt-

schaft aufgegriffen und Förderschwerpunkte festgelegt. Existenzgründungen, Betriebsübernahmen, berufliche Bildung, Unternehmensberatung, Forschung und Entwicklung und die Erschließung ausländischer Märkte gehören dazu. Dabei werden gerade kleinere und mittlere Unternehmen bevorzugt unterstützt. Bei den Handwerksbetrieben ist uns gerade die Unterstützung der Betriebsübernahmen wichtig. Diese müssen genauso gefördert werden – Herr Witzel hat es gesagt – wie Existenzgründungen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja!)

In kommender Zeit stehen Betriebsübernahmen in enormer Zahl an. In dieser Wahlperiode ist aber auch die Konsolidierung des Haushalts sehr wichtig. Dazu müssen viele Gruppen beitragen. Bei der Handwerksförderung ist nur eine einzige Kürzung, nämlich bei den ÜBAs, vorgenommen worden, und diese Einsparwünsche gingen vom Wirtschaftsministerium aus. Die CDU-Fraktion hat immer gesagt, dass hier intensive Beratungen notwendig sind, um diese Kürzung zurückzunehmen. Wir sind derzeit dabei und guter Hoffnung,

(Zuruf von der SPD: Guter Hoffnung?)

eine Regelung zu finden, damit diese ÜBAs wieder entsprechend positiv bewertet werden.

(Beifall bei der CDU)

Durch die Zukunftsinitiative werden wir trotz der Sparprogramme Akzente setzen können. 30 Millionen DM werden dort investiert, wo sie ertragreich angelegt werden können, nämlich bei der Ausbildung. Das ist ein enorm hoher Betrag. Allein 60 bis 70 % davon kommen dem Handwerk zugute.

Wenn man weiterhin sieht, dass allein 30 Millionen DM für Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung ausgegeben werden, dann erkennt man, dass das Handwerk für uns eine hohe Bedeutung hat.

Wenn man die 42 Millionen DM aufgrund von Empfehlungen der Mittelstandsenquete hinzunimmt, ergeben sich über 80 Millionen DM für die Förderung des Handwerks. Das ist ein enorm hoher Betrag.

Ich möchte aber auch zu bedenken geben, dass die Handwerksförderung nicht allein vom Geld abhängt. Einen hohen Anteil haben auch Imagepflege und Imagewerbung. Warum gehen denn gerade die Gewerbeförderung und das Handwerk zurück? Das liegt einerseits an den wirtschaftlichen Veränderungen hin zu Dienstleistungen. Das liegt aber auch daran, dass es momentan nicht genug Nachwuchs gibt. Wenn man sieht, dass in den letzten Jahren allein die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen auf die Hälfte zurückgegangen ist, und zwar trotz der Meisterförderung, dem Meister-BAföG, dann erkennt man, dass hier noch weitere Maßnahmen notwendig sind.

Es liegt aber auch daran, dass das Handwerk oft gesellschaftlich nicht genügend anerkannt ist und man als Akademiker ein vergleichsweise höheres Ansehen genießt. Demzufolge muss man gerade hier eine entscheidende Stütze schaffen. Es geht darum, eine entsprechende Aus-

(Pfisterer)

bildungsreife darzustellen, damit auch Schüler aus höher qualifizierten Bereichen ihre Ausbildung im Handwerk machen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Pfisterer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

(Minister Dr. Döring: Och!)

**Abg. Pfisterer** CDU: Ja.

**Abg. Ruth Weckenmann** SPD: Herr Pfisterer, teilen Sie die Einschätzung, dass das novellierte Meister-BAföG noch zu wenig bekannt ist, dass die rot-grüne Bundesregierung die Anspruchsvoraussetzungen sehr verbessert hat und das Geld, das die angehenden Meister bekommen, erhöht hat und dass die Landesregierung mehr machen müsste, um dieses Meister-BAföG publik zu machen, damit wieder mehr Leute den Meisterabschluss machen?

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Pfisterer** CDU: Liebe Frau Kollegin, ich bin für Ihre Zwischenfrage sehr dankbar. Denn ich kann darauf antworten, dass das Meister-BAföG damals von der CDU-geführten Bundesregierung in die Wege geleitet worden ist

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Zu wenig! – Weitere Zurufe von der SPD)

und dass das ein guter Anfang gewesen ist und dass man weiterhin – Sie müssen bis zum Ende zuhören – durch eine Bundesratsinitiative aus Baden-Württemberg Verbesserungen angestrebt hat. Wir haben es von uns aus angeleiert und Sie angestoßen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Aber ich kann auch Sie, Herr Witzel, aus dem Thema der rot-grünen Positionen nicht ganz herauslassen. Denn Rot-Grün hat ja auf Bundesebene viel gemacht, um dem Handwerk Steine in den Weg zu legen.

(Minister Dr. Döring: So ist es!)

Ich erinnere an die Unternehmensteuerreform, die den kleinen Handwerker benachteiligt hat, die Ökosteuer, die veränderten Abschreibungsfristen, das Betriebsverfassungsgesetz und das 630-DM-Gesetz. Dort sind gerade von Ihnen viele mittelstandsfeindliche Positionen in die Wege geleitet worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Rechtsanspruch auf Teilzeit ist für viele Handwerksbetriebe praktisch nicht erfüllbar.

Ich fasse zusammen: Meine Damen und Herren von Rot-Grün, ändern Sie Ihre Politik auf Bundesebene. Dann haben Sie die besten Voraussetzungen für eine gute Handwerkspolitik geschaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem italienischen Generalkonsul mit Sitz in Stuttgart, Herrn Dr. Mario Musella.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Generalkonsul Dr. Musella hat sein Amt am 12. Oktober angetreten und stattet heute dem Landtag seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Herr Generalkonsul, ich heiße Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit.

Das Wort erhält nun Herr Abg. Rivoir.

**Abg. Rivoir** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ja ganz froh, dass Sie, werter Kollege, zum Ende Ihres Beitrags doch noch auf die Bundesregierung losgegangen sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war doch richtig! – Abg. Hillebrand CDU: Das war doch angefragt!)

Das war gestern und auch in den letzten Sitzungen durchgängig. Deshalb will ich dazu noch ein paar Dinge sagen, meine Damen und Herren. Die wirtschaftspolitische Bilanz dieser Bundesregierung wird immer negativ dargestellt. Ich will jetzt an diesem Pult einmal ein paar Tatsachen sagen: Wir haben mehr Arbeitsplätze in diesem Land,

(Abg. Zimmermann CDU: Wir haben mehr Arbeitslose!)

wir haben mehr Kaufkraft in diesem Land. Die Leute haben mehr Geld in der Tasche und geben es auch aus – gehen Sie einfach einmal hinüber in die Königstraße –: Der Handel ist zufrieden, es ist Geld da. Wir haben eine niedrige Inflationsrate. Wir haben die größte Steuerreform aller Zeiten auf den Weg gebracht, die übrigens auch dem Mittelstand, dem Handwerk zugute kommt – im Gegensatz zu dem, was hier immer von Funktionären und Ideologen behauptet wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Wo leben Sie, Herr Rivoir?)

Meine Damen und Herren, die Lohnnebenkosten sind gesunken, die Rentenbeiträge ebenfalls. Bei dieser Bundesregierung ist im Durchschnitt ein höheres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen als bei der Regierung Kohl in ihrer gesamten Regierungszeit. Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. So ist die Situation.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Dr. Birk CDU: Der Weihnachtsmann am 13. Dezember!)

Jetzt mache ich Ihnen einmal einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen, meine Damen und Herren. Da Sie mit Ihren Attacken immer von den Themen ablenken, die hier im Lande wichtig sind, schlage ich Ihnen vor, Sie nehmen einfach immer das Protokoll von der gestrigen Sitzung oder

(Rivoir)

von den Sitzungen der letzten Wochen und verweisen darauf. Dann wissen wir, was Sie damit äußern wollen – nämlich Kritik an der Bundesregierung –, und wenden uns wieder den Dingen zu, die für dieses Land wichtig sind. Protokollverweis genügt – dann wissen wir, was Sie sagen wollen.

Nun kommen wir einmal zu den Problemen, die das Handwerk betreffen, und zu dem, was es in diesem Land dazu zu sagen gibt. Herr Kollege Dr. Witzel hat es ausgeführt: Es gibt viele vernünftige Projekte, die hier laufen – der Bericht gibt das auch wieder. Das ist sicher anerkennenswert. Aber nicht alles, was in dem Bericht golden glänzt, ist auch in Wirklichkeit Gold. Oft gehen Reden und Handeln auseinander.

Ich möchte einige Punkte nennen: Politik für das Handwerk in diesem Land sollte eben auch bedeuten, dass man nicht die Zuschüsse zur überbetrieblichen Ausbildungsförderung kürzt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Machen wir auch nicht! Sie werden sich noch wundern! – Abg. Pfisterer CDU: Habe ich doch gerade gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

Diese von Ihnen vorgeschlagenen Kürzungen werden nun aufgrund des Drucks der Kammern, der Öffentlichkeit und der Opposition von Ihnen, Herr Minister, zurückgenommen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Landesregierung ist ein-sichtsfähig!)

Sie werden reduziert, aber Kürzung ist Kürzung, und im Prinzip ist schon der Versuch strafbar. So darf es nicht gehen, wenn man versucht, eine mittelstands- und handwerksfreundliche Politik zu machen. Das ist der eine Punkt.

Meine Damen und Herren, ich will noch etwas dazu sagen, wie man mit einem Partner in dieser Angelegenheit umgeht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir würden uns wünschen, dass die SPD auf Bundesebene mal Partner des Handwerks wäre!)

Denn der von Ihnen eingeschlagene Weg ist nicht der richtige. Unsere Landesregierung ist ja „Partner des Handwerks“.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen sie zumindest!)

Das bedeutet zumindest, dass man einen Partner, mit dem man gemeinsam Projekte finanziert, nicht über die Presse von solchen Maßnahmen informiert, sondern dass man Gespräche mit ihm führt und mit ihm diskutiert.

(Abg. Pfisterer CDU: Haben wir doch gemacht! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Das ist kein partnerschaftliches Umgehen mit dem Handwerk. Sie haben da vieles kaputt gemacht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Euer Partner klatscht nicht mit! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Politik für das Handwerk bedeutet auch, kontinuierlich zu handeln und Planungssicherheit zu geben, aber nicht „Rein in die Kartoffeln – raus aus den Kartoffeln“, wie zum Beispiel beim C1-Programm oder anderen Förderungen. Man kann nicht die Mittel erst herunterfahren

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir sind immer im grünen Bereich, Herr Kollege!)

und dann wieder hochfahren. Die Wirtschaft braucht Kontinuität und Planungssicherheit. Das haben Sie nicht gewährt, sondern Sie gehen rein, raus, rauf und runter – so, wie es der Haushalt offensichtlich gerade hergibt. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Einen dritten Punkt will ich nennen, meine Damen und Herren, der hier noch keine Rolle gespielt hat: Wenn man Politik für das Handwerk machen will, muss man auch dafür sorgen, dass an unseren Berufsschulen Unterricht stattfindet

(Abg. Dr. Birk CDU: Jawohl! Deshalb haben wir ja die Lehrerzahl erhöht!)

und nicht Unterrichtsausfall verwaltet wird. Das ist doch das Thema: Lehrlinge bekommen in diesem Land keine Ausbildung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn eine Landesregierung handwerkerfreundliche Politik machen will, dann muss sie dort einen Schwerpunkt setzen.

(Abg. Pfisterer CDU: Das haben wir doch gemacht, Herr Kollege! – Abg. Dr. Birk CDU: Das Handwerk wird von den Entscheidungen der Bundesregierung hart getroffen!)

Einen vierten Punkt – ich hätte noch viele, aber die Zeit läuft mir davon – will ich noch anführen:

(Abg. Capezzuto SPD: Nur weiter!)

Meine Damen und Herren, wer in diesem Land eine handwerkerfreundliche Politik machen will, der darf eben nicht die Mittel für den Denkmalschutz, für den Wohnungsbau und für die Sanierung streichen. Eine handwerkerfreundliche Landesregierung muss in ihrem Haushalt dort Schwerpunkte setzen. Darum geht es; an diesem Punkt müssten Sie etwas tun. Das haben Sie nicht gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Und was macht Rot-Grün auf Bundesebene?)

Jetzt habe ich einige Punkte genannt, die ich kritisiere. Nun will ich auch noch ein paar positive Dinge nennen. Wir konnten auch in der Zeitung lesen, dass die Problematik der Betriebsübergaben und Betriebsnachfolgeregelungen jetzt offensichtlich auch von der Landesregierung erkannt

(Rivoir)

worden ist und dass diesbezüglich Maßnahmen ergriffen worden sind.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir eilen voraus! Ihr hängt doch nach in Berlin!)

Im Moment sind 4 Millionen DM für diese Beratungen im Haushaltsentwurf eingestellt. Ich denke, das ist ein ordentlicher Schritt, aber bei der Beschaffenheit des Problems dürfte das Geld nicht ausreichen. Wir sind froh, dass es in diese Richtung geht. Das ist ein Punkt, den ich bei all den anderen Dingen – ich habe es ganz zu Beginn gesagt – noch einmal positiv herausheben will.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Herr Capezzuto hat Sie ja gestern ganz gut wegkommen lassen, besser vielleicht, als Sie es verdient haben, mein lieber Herr Minister.

(Minister Dr. Döring: Capezzuto versteht halt etwas von der Politik! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Aber noch mehr von der italienischen Gastronomie!)

Ich will Ihnen sagen, wir sehen das auch. – Herr Minister, es kommt noch ganz dick.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, ungeachtet der Richtigkeit einer solchen Aussage bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!

(Heiterkeit)

**Abg. Rivoir SPD:** Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, wir sehen ja Ihren guten Willen, Herr Minister.

(Abg. Dr. Birk CDU: Hoppla! Das sind ja ganz neue Worte!)

Aber offensichtlich schaffen Sie es gar nicht so richtig, sich als Verfechter der Interessen des Handwerks und des Mittelstands im Kabinett durchzusetzen. Es scheint mir ein bisschen das Problem zu sein, dass man das nötige Geld für die Umsetzung Ihrer Ideen lockermacht. Ich will Ihnen sagen, mit uns hätten Sie da wahrscheinlich etwas weniger Schwierigkeiten, aber Sie wollen es ja nicht so.

(Lachen bei der CDU – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Setzen Sie sich durch – nicht als Festredner mit Sonntagsreden, sondern als knallharter Verfechter der Interessen des Mittelstands und des Handwerks! Das wäre vernünftig. Man hat ein bisschen den Eindruck, mein lieber Herr Minister, dass Sie zwar gerne als Tiger starten würden, aber dann doch die Gefahr besteht, dass Sie vielleicht als Bettvorleger enden,

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist schon arg alt! – Abg. Capezzuto SPD: Da ist die CDU schuld!)

weil das Geld einfach nicht da ist. Schimpfen Sie weniger auf die Bundesregierung. Machen Sie Ihre Hausaufgaben. Wir helfen Ihnen dabei.

(Abg. Pfisterer CDU: Lehrer können doch keine Handwerkspolitik machen!)

Das war es, Herr Kollege Pfisterer.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die FDP/DVP besteht kein Zweifel, dass die Handwerksförderung auch in Zukunft zentraler Bestandteil der Wirtschaftsförderung ist und bleiben wird. Sie von der Opposition glauben das nicht ganz. Das habe ich schon zur Kenntnis genommen. Deshalb ist es sehr gut, dass dieser Antrag gestellt worden ist, denn er gibt dem Wirtschaftsminister – das brauche ich gar nicht zu machen, meine Redezeit ist begrenzt – nachher die Gelegenheit, sehr detailliert unter Beweis zu stellen, welch hohes Gewicht der Handwerksförderung insgesamt auch über die Haushaltsdaten, die nachher genannt werden, zukommt und dass wir diese Handwerksförderung auf einem sehr hohen Niveau beibehalten wollen.

Dass es dem Handwerk in Deutschland gegenwärtig nicht besonders gut geht – vorhin hat jemand gesagt, das sei alles toll; ich weiß nicht, fragen Sie mal das Handwerk –, hat sich fast bis zum Letzten herumgesprochen. Bei uns im Südwesten geht es dem Handwerk zwar noch etwas besser, aber zwischen Kiel und Konstanz geht in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten im Handwerk um 200 000 zurück. Da kann man doch nicht sagen, es gehe dem Handwerk gut. Das ist ein Hohn, so etwas zu behaupten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Auch wenn Sie es nicht gerne hören, möchte ich sagen: Diese bundesweite Entwicklung kann ja wohl nicht an einer angeblich unzureichenden Förderung in Baden-Württemberg liegen. Es ist doch ein Witz, das zu behaupten. Schuld daran sind in der Tat die verheerenden steuerlichen, arbeitsmarktpolitischen und bürokratischen Rahmenbedingungen, die Rot-Grün für das Handwerk geschaffen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfisterer FDP/DVP: So ist es!)

Die gegenwärtige Konjunkturschwäche – man muss eigentlich von Rezession sprechen –, über die Sie ja wohl auch nicht streiten wollen, sondern zu der Sie ja nur sagen, es werde besser – wollen wir es mal hoffen –,

(Abg. Pfisterer CDU: Den Glauben haben sie noch!)

ist zu einem großen Teil von der Bundesregierung hausgemacht. Sie werden doch wohl nicht sagen, dass, wenn wir Schlusslicht in Europa sind, das alles gottgegeben ist.

(Abg. Pfisterer CDU: Vor Jahren nicht, erst jetzt!)

Wenn der Motor der Industrie stottert, dann stottert auch das Handwerk, denn 50 % der Geschäfte macht das Handwerk mit der Industrie. Wenn die Leute Sorgen um ihre Ar-

(Hofer)

beitsplätze haben, werden sie nicht bauen, und wenn nicht gebaut wird, fällt vieles andere im Handwerk eben auch aus. Das ist doch nicht abzustreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Nun gebe ich Ihnen zu: Jetzt dürfen wir nicht nur auf andere deuten, sondern wir müssen sehen, wie wir hier Hilfeleistung leisten können, übrigens nicht immer nur mit Geld. Mittelstandsförderungsgesetz, Gemeindeförderungsgesetz – da haben Sie dagegen gestimmt, das wird das Handwerk noch merken – sind auch wichtige Dinge.

Ich denke, nachher wird – ich will das gar nicht machen, ich bin auch kein Buchhalter – im Einzelnen aufgeführt, was alles an finanziellen Rahmenbedingungen für das Handwerk besteht. Das ist außerordentlich beachtlich, und darüber schimpft das Handwerk auch gar nicht. Das wird vom Handwerk anerkannt. Kommen Sie doch bitte nicht mit so alten Kamellen, man müsse endlich die Betriebsübernahme auch fördern. Das wird seit zwei Jahren gemacht. Sie rennen Türen ein, die weit offen sind. Sie holen sich nicht einmal einen blutigen Kopf dabei.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wissen denn die Betriebe Bescheid? Das ist doch die Frage!)

– Da machen wir ein bisschen mehr Werbung. Aber es ist längst in allen Programmen drin.

Dann muss man eines feststellen – das ist nicht erfreulich –: Der Anteil bei der einzelbetrieblichen Handwerksförderung, also bei Darlehensförderung, geht in der Tat zurück, weil insbesondere die Zahl der Meisterprüfungen zurückgeht. Endlich haben Sie der Forderung – übrigens auch sehr stark von der FDP vorgetragen – nach Einführung und Verbesserung des Meister-BAföG Rechnung getragen. Deshalb erwarten wir wieder eine Verdoppelung der Zahl der Anträge und haben dafür auch 3,5 Millionen DM in den Haushalt eingestellt.

Ich will meine restliche Redezeit nutzen, um ein bisschen mit einer Legendenbildung aufzuräumen. Es passt mit Sicherheit nicht in die Landschaft – das sehen wir auch so –, dass wir Bildung, Ausbildung und Weiterbildung auch als die Ressource auf wirtschaftlichem Gebiet sehen und dann einen Unterschied zwischen der Allgemeinbildung und der beruflichen Bildung machen. Das geht nicht. Das haben wir in der FDP/DVP-Fraktion schon vor Wochen beschlossen, übrigens einstimmig.

(Beifall des Abg. Kurz CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben es mit unserem Koalitionspartner besprochen. Es hat auch niemand vom Wirtschaftsministerium gesagt: „Wir würden es gerne haben“, sondern es ging rein um die Frage, woher wir das Geld kriegen. Man kann nicht die Schulden, die Neuverschuldung ab 2005 reduzieren wollen und dann noch Steigerungsraten ausbringen. Das geht nicht. Wir haben natürlich auch zu klären versucht, ob wir frisches Geld bekommen können. Sie haben vorhin den Wirtschaftsminister angesprochen. Ich will nicht lange daran herumachen: Es gibt auch noch einen Finanzminister, der uns ein bisschen Geld geben könnte. Wir haben da abgeblockt, weil wir gesagt haben – das verstehe ich, ich höre

auch schon auf –: Wir können nicht immer Geld geben und gleichzeitig sparen. Dann haben wir uns lange überlegt, wie wir das hinkriegen können. Ich bin dem Wirtschaftsminister außerordentlich dankbar, dass es gelungen ist, diese Zusage, dass die Förderrichtlinien genau so bleiben, wie sie sind, zu erfüllen, also nicht „rein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln“.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ein wichtiger Punkt!)

– Natürlich. Die Förderrichtlinien müssen so bleiben, wie sie sind. Aber man muss dann um das Geld ringen. Das war nicht „rein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln“, sondern so leicht war es eben nicht, das Geld bereitzustellen. Wir haben jetzt geguckt, woher wir 1,5 Millionen bis 2 Millionen DM kriegen, nachdem wir das Problem der Verbraucherzentrale und des C1-Programms in gleicher Weise zu lösen versucht haben, übrigens mit Erfolg. Dieses Geld stellen wir zur Verfügung, zur Hälfte aufgebracht aus dem bisschen, das die FDP/DVP-Fraktion zur Gestaltung gewissermaßen noch an eigenen Mitteln hatte, und zur Hälfte durch eine Umschichtung, die glücklicherweise über das Wirtschaftsministerium durchgegangen ist. Es bleibt bei der bisherigen Förderung. Übrigens wäre es kein Fehler, wenn wir gleichzeitig auch noch versuchten, ein bisschen mehr Koordination und Effektivität bei den Ausbildungslehrgängen mit einzubringen. Da gibt es auch die eine oder andere Klage aus dem Handwerk. Dann kommen wir hier gut über die Runden. Das ist erfreulich. Dass denen da ein bisschen etwas weggenommen worden ist, worauf Sie jetzt herumhacken können, mag sein. Da habe ich kein Mitleid. Mich freut es jedenfalls, dass die Sache gelungen ist. Wir sind rundum zufrieden. Möglicherweise wird es in Zukunft noch den einen oder anderen Haushaltspunkt geben,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich!)

bei dem wir auch darum ringen müssen, wie wir ihn finanzieren. Ich sage an dieser Stelle: Wir wollen die 9 Millionen Euro abholen, die der Bund zusätzlich für die Verdichtungsräume zur Verfügung stellt und um mehr Mietwohnungen zu bauen. Das können wir nicht noch aus dem Wirtschaftshaushalt herausschwitzen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Da tut der Bund einmal etwas Gutes! Ich danke für das Lob!)

Da brauchen wir wieder das Miteinander mit der CDU. Ich bin sicher, wir werden es auch hinkriegen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Es kam, wie es kommen musste: Der Antrag der Grünen wurde kaum beachtet. Es ging, vor allem vonseiten der CDU und der FDP/DVP, vorrangig gegen die Bundesregierung. Daher sind hier ein paar Richtigstellungen notwendig.

(Abg. Pfisterer CDU: Stimmt aber gar nicht! Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

(Dr. Witzel)

Zum Ersten muss man sagen: Ein großes Projekt der Bundesregierung ist die Ökosteuer.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Die Ökosteuer verteuert den Energieverbrauch – wollen Sie bestreiten, dass es ein wichtiges Projekt ist? – und entlastet die menschliche Arbeit. Da das Handwerk arbeitsintensiv ist, profitiert das Handwerk von diesen Entlastungen überproportional.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Pfisterer: Und die Fahrzeuge der Handwerker, die den ganzen Tag unterwegs sind?)

– Herr Pfisterer, da Sie mir, wenn ich hier etwas sage, gar nichts glauben, will ich jetzt einmal ein paar Zitate bringen.

Erster Punkt: Sie hatten gesagt: Meisterlücke. Jetzt lese ich hier – Pressemitteilung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks vom 6. Juni 2001 –: „Handwerk begrüßt Novelle zum Meister-BAföG“. Der Text lautet:

Das Handwerk hat die von der Bundesregierung vorgelegte Novelle zum Meister-BAföG als überfällige Reform begrüßt.

Das wirke sich positiv auf die Zahl der Teilnehmer an den Meisterprüfungen im Handwerk aus. Großes Lob vonseiten des Handwerks; das sollten wir festhalten. Die Bundesregierung macht eine gute Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Wer schimpft denn auf die Bundesregierung? Sie doch!

(Zuruf von der CDU: In diesem Punkt kritisieren wir nicht!)

– So, in diesem Punkt kritisieren Sie nicht.

Nächster Punkt: Zuwanderung. Ich lese aus einer gemeinsamen Stellungnahme des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und des Bundesverbands der Deutschen Industrie vom 4. Juli dieses Jahres vor:

Die derzeit hohe Arbeitslosigkeit ist kein Argument gegen eine zügige Umsetzung einer modernen Zuwanderungspolitik. Vielmehr darf sich die Politik nicht länger den dringend notwendigen Strukturreformen für mehr Beschäftigung verweigern. Eine aktive Zuwanderungspolitik ist ein wichtiges Element eines umfassenden Modernisierungskonzeptes für den Standort Deutschland.

Liebe Herren von der CDU, schreiben Sie sich das bitte hinter die Ohren! Das ist die Originalstimme des deutschen Handwerks.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Präsident, lassen Sie mich noch einen letzten Punkt anbringen.

Thema Steuerreform: Es wird immer gesagt, der Mittelstand gehe bei der Steuerreform „den Bach hinunter“. Die Zahlen liegen auf dem Tisch, und man kann sie nicht oft genug wiederholen. Die Steuerreform bringt insgesamt eine Entlastung um etwa 100 Milliarden DM. 30 Milliarden DM – also etwa ein Drittel davon – gehen allein an Personengesellschaften, zum Beispiel an das Handwerk. Die Handwerker, die ja in der Regel keinen Spitzenverdienst haben, profitieren insbesondere von der Senkung des Einkommensteuersatzes.

In einer aktuellen Meldung vom heutigen Tage steht – ich darf aus einem Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren – unter der Überschrift „Steuerreform, zum Letzten“:

So hat die grüne Steuerexpertin vor einiger Zeit

– es geht da um Christine Scheel –

nahezu im Alleingang eine mittelstandsfreundliche Nachbesserung der Unternehmensteuerreform angemahnt – gegen den zögernden Eichel, den erst ein Kanzler-Machtwort . . . an die Arbeit trieb.

Die Früchte können wir jetzt ernten. Sie sehen, wir vom Bündnis 90/Die Grünen stehen für den Mittelstand und stehen für das Handwerk, sowohl in Berlin als auch hier im Landtag.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pfisterer CDU: Das ist ja die Welt auf den Kopf gestellt! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kommunikation im Vorfeld der geplanten Kürzungen bei den ÜBAs war nicht optimal. Das muss eingeräumt werden, das ist überhaupt keine Frage. Dafür entschuldige ich mich, und damit ist das, wie ich meine, aus der Welt geschafft. Wir haben, nachdem das vorgenommen worden ist, mehrere Gespräche geführt – die Ergebnisse kennen Sie. So stelle ich mir im Übrigen eine sinnvolle Politik vor: Vorschläge unterbreiten, sie diskutieren, vor der Entscheidung miteinander sprechen und dann so entscheiden, dass beide Seiten das machen können, was sie für notwendig und richtig erachten und was dem Handwerk hilft. Das ist an dieser Stelle geschehen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Das Meister-BAföG – Frau Weckenmann, Sie haben das angesprochen – hat die Landesregierung aus CDU und FDP/DVP 1996 als erste Landesregierung aufgegriffen und umgesetzt. Wir haben vor zwei Jahren als Landesregierung Bundesratsinitiativen auf den Weg gebracht, um das Meister-BAföG zu verbessern. Es hat zwei Jahre gedauert, bis Sie von Rot-Grün gemerkt haben, dass das dringend notwendig ist.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Aber wir haben es richtig gemacht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Gute Sachen brauchen eben ein wenig Zeit, Herr Döring! Lieber länger und dann ordentlich!)

(Minister Dr. Döring)

– Jetzt haben Sie es verbessert, und das ist ja in Ordnung. Aber es hat zwei Jahre gedauert. Die Zahlen sind rasant nach unten gegangen, bis Sie endlich gehandelt haben. Wir haben die Bundratsinitiativen auf den Weg gebracht, und jetzt ist es gelaufen. Das ist wichtig. Wir brauchen es dringend, weil die Zahlen bei den Meisterprüfungen dramatisch nach unten gehen. Deswegen ist die Verbesserung überfällig. Sie ist jetzt erreicht worden.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Witzel, Sie haben viel zitiert – –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wenn ich es sage, glauben Sie es ja nicht!)

Ich will Ihnen jetzt den Nachweis erbringen, dass auch ich des Lesens einigermaßen mächtig bin. Mit Genehmigung der Frau Präsidentin – –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das glaube ich Ihnen auch so, Herr Döring!)

– Nein, Sie picken sich immer ein paar Dinge heraus. Jetzt müssen Sie sich auch einmal drei Zitate von mir anhören. Diese Zitate sind nicht von mir, sondern aus der „Deutschen Handwerkszeitung“ vom 7. Dezember 2001.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zitieren Sie sich selber?)

Ich glaube, Ihre Zeitungen waren alle ein bisschen älter. Das erste Zitat aus der „Deutschen Handwerkszeitung“ – –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die „Süddeutsche Zeitung“ war von heute, Herr Minister! Aktueller geht es nicht!)

– Herr Witzel, hören Sie jetzt doch einmal zu. Ich habe Ihnen doch auch zugehört.

(Abg. Rivoir SPD: Das haben Sie müssen!)

Erstes Zitat:

„Wesentlich mehr Arbeiter und Angestellte, als vom Kanzler versprochen, werden in den nächsten Monaten den Gang zum Arbeitsamt antreten müssen, weil die Bundesregierung den Arbeitsmarkt reguliert statt flexibilisiert“, kritisiert der Zentralverband des Deutschen Handwerks.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Weiter:

Der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Handwerks stellt fest: „Die Bundesregierung hat den Arbeitsmarkt reguliert statt flexibilisiert.“

Jetzt kommen die Auswirkungen Ihrer „handwerkerfreundlichen“ Politik:

Schleyer rechnet damit, dass 2001/2002 bis zu 260 000 Jobs im Handwerk verloren gehen werden.

– Durch die verfehlte Regierungspolitik von Rot-Grün.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sie müssen mit den Handwerkern reden! Nicht nur Zitate von Funktionären vorlesen!)

Meine Damen und Herren, Sie stehen hier hin und sagen, wie der Kollege Rivoir, der mich ja geradezu fertig gemacht hat,

(Abg. Rivoir SPD: Gell, für das erste Mal war es nicht schlecht!)

Ihre Politik Sorge für zusätzliche Arbeitsplätze. Fragen Sie einmal die Betroffenen. Diese rechnen mit 260 000 Arbeitsplätzen weniger durch die rot-grüne Bundesregierung. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Deswegen müssen Sie sich auch vorhalten lassen, dass Sie da Fehler machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rivoir SPD: Alles bloß Funktionäre, die das sagen! Funktionäre! Die wissen doch nicht, wie es in der Wirtschaft zugeht, die Funktionäre!)

Dann kommt Herr Witzel und zitiert – ich weiß gar nicht, woraus er das zitiert hat; vielleicht aus dem Wahlprogramm der Grünen von vor drei Jahren – und führt ausgerechnet die Ökosteuer an:

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe doch die Quellen angegeben!)

Die Ökosteuer sei jetzt der Knüller für das Handwerk. Meine Damen und Herren, die „Deutsche Handwerkszeitung“ wiederum spricht hier

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie haben es nicht verstanden!)

von der „sowohl wirtschaftspolitisch als auch ökologisch kontraproduktiven Ökosteuer“ und sagt weiter:

Die regelmäßige Erhöhung der Energiepreise durch die Ökosteuer hat sich als betriebs- und volkswirtschaftliche Sackgasse offenbart.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

So viel zu Ihren Argumenten und Ihrer „handwerkerfreundlichen“ Politik, meine Damen und Herren.

(Abg. Schmiedel SPD: Schon wieder so ein Funktionärsblättle! – Abg. Rivoir SPD: Noch ein Funktionärsblättle!)

Lassen Sie mich ein paar Punkte weiter ausführen, die Kollege Witzel angesprochen hat. Ich habe Sie einfach nicht verstanden. Das liegt sicher an mir. Das kann gar nicht an Ihnen liegen, sondern das muss an mir liegen. Sie haben bei Ihrem ersten Auftritt hier drei Punkte angesprochen. Da haben Sie über die ÜBAs gesprochen. Sie haben über Kooperationen gesprochen, und Sie haben über die Übernahmeproblematik gesprochen. Alle drei Punkte sind von dieser Landesregierung besser als in irgendeinem anderen Bundesland angepackt und konkret umgesetzt worden sowie mit finanziellen Mitteln ausgestattet worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Schauen Sie sich das an. Wir haben ja bereits gestern über die ÜBAs gesprochen. Die Regelung ist ja jetzt auch klar. Bei den Richtlinien gibt es keine Änderung. Die Kürzung ist nur halb so groß wie vorgesehen. Ich bin dem Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerks tags dankbar dafür, dass er ausdrücklich sagt: „Damit kann das Handwerk leben“, weil sie auch zurückgehende Zahlen haben. Das ist also erledigt.

Zweitens: Kooperation. Wir haben erst vor kurzem einen großen Kongress zu dem Thema „Kooperation in Handwerk und Mittelstand“ gehabt. Das Thema wird von uns angegangen. Wir hatten 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Interessierten waren da. Von Ihnen habe ich bei diesem Kongress niemanden gesehen.

(Zuruf des Abg. Rivoir SPD)

Wir setzen das um, was Sie lange anmahnen, was Sie allerdings immer dann anmahnen, wenn Sie lesen, dass die Landesregierung es angepackt hat. Dann meinen Sie, das könnte ein Thema sein, und sagen irgendetwas dazu. Wir machen das, weil die Kooperation natürlich ganz zentral wichtig ist. Wir greifen die Anregungen, die aus dem Handwerk und aus den mittelständischen Betrieben kommen, auf und setzen sie um. Das ist bei den Kooperationen gewährleistet.

Übernahme: Meine Damen und Herren, jetzt stehen Sie hin und tun so, als ob das Thema „Übernahmeförderung/Regelung der Nachfolge“ etwas ganz Neues wäre. Seit 1996, seit dem ersten Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg, sind die Themen Existenzgründung und Übernahme gleich behandelt worden. Von 16 400 geförderten Gründungen sind mittlerweile 30 % Übernahme- und Nachfolgeunterstützungen aus diesem Programm. Seit fünf Jahren wird das konkret umgesetzt.

Jetzt realisieren wir, dass wir pro Jahr 11 000 Betriebe haben werden, bei denen die Nachfolge nicht geregelt ist. Dieses Thema nimmt also an Bedeutung deutlich zu. Deswegen machen wir dieses Zwölfpunkteprogramm, um die Übernahmeregelung und die Nachfolgeregelung zu erleichtern. Dazu brauchen Sie die Kammern, die Verbände, die Bürgschaftsbank, die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, die L-Bank und viele weitere zur Vergünstigung der Kredite und zur Vergünstigung der Bürgschaften. Das regeln Sie nicht von heute auf morgen.

Wir haben ein bestehendes Programm weiter optimiert, und ich sage Ihnen voraus: Mittelfristig werden wir beim Existenzgründungsprogramm etwa 50 % klassische Gründer und 50 % Übernehmer haben. Das ist konkrete Politik in Baden-Württemberg, um etwas gegen die bestehende Problematik zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie brauchen offensichtlich auch noch ein paar Zahlen. Meine Damen und Herren, im Rahmen der Zukunftsoffensive III werden uns in den nächsten drei Jahren insgesamt 84,5 Millionen DM für Bildungsprojekte im Mittelstand zur Verfügung stehen. Das sind 30 Millionen DM für Bau- und Modernisierungsmaßnahmen in den überbetrieblichen

Bildungszentren der Wirtschaft. Davon fließen nach jetzigem Projektstand ca. 20 Millionen DM in Bildungszentren des Handwerks. Herr Witzel, Sie haben anerkannt: ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Natürlich gibt es einen viel höheren Antragstau, als er jetzt abgebaut werden kann; das ist das Normalste von der Welt. Klar ist jedoch, dass wir in den vergangenen fünf Jahren sukzessive alles aufgegriffen und umgesetzt haben, was im Zusammenhang mit den überbetrieblichen Bildungszentren anstand. Dasselbe gilt für die nächsten fünf Jahre.

Wir haben 29,5 Millionen DM für Maßnahmen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und 25 Millionen DM zur Förderung von Existenzgründungen und zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Anpassung an den strukturellen Wandel. Davon werden mit Sicherheit 10 Millionen DM ins Handwerk fließen.

Allein in diesem Jahr stehen 40 Millionen DM für entsprechende Projekte im Land aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Der Landesanteil daran betrug immerhin 15 Millionen DM. Die Hälfte der 40 Millionen DM, also 20 Millionen DM, ging in Bildungsprojekte des Handwerks. In den nächsten fünf Jahren stehen für Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung jährlich durchschnittlich 30 Millionen DM aus dem ESF zur Verfügung.

Jetzt sagen Sie mir einmal, an welchen Stellen Sie wofür noch mehr Mittel brauchen! Sagen Sie mir konkret, an welchen Stellen Sie tatsächlich mehr Mittel bräuchten! Die Mittel werden eingesetzt, um die Qualifizierung der jungen Bürgerinnen und Bürger zu sichern und um die Zukunftsfähigkeit des Mittelstands und des Handwerks zu gewährleisten. Das ist mit diesen Programmen gewährleistet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben festgestellt, dass die Zahl der Auszubildenden zurückgeht; ich glaube, Herr Rivoir hat das angesprochen. Das macht uns Sorge, weil wir Teilbereiche haben, in denen junge Menschen heute einfach keinen Ausbildungsplatz mehr antreten. Das Handwerk bietet weit mehr Ausbildungsplätze an, als von den jungen Menschen nachgefragt werden.

Deswegen machen wir im Zusammenhang mit einzelnen Handwerkssparten Marketingprojekte, um für Ausbildung zu werben. Zum Beispiel wird Hoga-Media, die multimediale Weiterbildung in allen Bereichen des Hotel- und Gaststättenwesens, gefördert. Wir machen zusammen mit Handwerksgruppen Imagekampagnen, um junge Menschen dafür zu gewinnen, sich im Bereich des Handwerks ausbilden zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir alles zusammenfassen, haben wir ein breit gefächertes Angebotsspektrum vonseiten der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, um die Qualifizierung so optimal wie nur irgend möglich zu gestalten und um dem Handwerk die Rahmenbedingungen zu geben, die notwendig sind. Freundliche Grüße an die Bundesregierung!

(Minister Dr. Döring)

Bei der Übernahmeproblematik, für die Sie sich so stark gemacht haben, geht es auch darum, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen stimmen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen. Wenn derjenige, der abgibt und verkauft, steuerlich dermaßen heftig zur Brust genommen wird, dass ihm nichts mehr bleibt, erschweren Sie die Übergabe ins Unermessliche. Deswegen ist es notwendig, zu steuerlichen Rahmenbedingungen zu kommen, die die Übergaben ein Stück weit erleichtern.

Wir haben nicht nur die Bereiche aufgegriffen, die Ihnen ins Auge fallen mögen, wenn es darum geht, das Handwerk zu unterstützen. Wir haben frühzeitig Medienprojekte für das Handwerk und den Mittelstand angepackt und konkret umgesetzt. Ich nenne Ihnen ein paar: „wirtschaft-online“, „handwerks-centrum“, ein umfassender Informationsdienst für das Handwerk, Anwendungsmodell für Fernwartung, Prozesssteuerung und verteiltes Engineering im Elektroh Handwerk, Ekop und „Tele Bau“, eine kommerziell vermarktete Lösung für die virtuelle Kooperation in der Bau-branchen.

Der Gesamtumfang der im Bereich des Handwerks abgeschlossenen Medieninitiative beträgt über 24 Millionen DM; allein der Landesanteil daran macht 8,3 Millionen DM aus. Nennen Sie mir ein anderes Land, in dem Sie bei Multimedia vergleichsweise die Unterstützung finden, die wir hier in Baden-Württemberg haben! Lassen Sie uns doch gemeinsam daran gehen, die jungen Menschen weiterhin, wenn irgend möglich, optimal auszubilden und sie dazu zu bringen, dass sie sich auch im Bereich des Handwerks ausbilden lassen, und dem Handwerk in Baden-Württemberg die Rahmenbedingungen zu geben, damit es eine Zukunft hat. Dazu gehört die Städtebausanierung; diesen Bereich haben Sie angesprochen. Das wäre eine handwerksfreundliche Politik. Meine Damen und Herren, wir treten dafür ein, dass wir in den nächsten Jahren etwa 275 Millionen DM zur Verfügung haben, weil eine Fördermark das Achtfache an Investitionsvolumen bewirkt.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wer hat sich denn dafür eingesetzt, dass wir im Bereich der Tourismusförderung eine Projektförderung betreiben können, damit große Aufgabenvolumina realisiert werden können? Das waren wir, weil wir wissen, dass auch dies überwiegend der Bauwirtschaft und dem Handwerk zugute kommt.

Kollege Hofer hat es angesprochen: Wir werden dafür sorgen, dass die Mittel, die vonseiten des Bundes im Bereich des Wohnungsbaus angeboten werden, vom Land auch abgerufen werden können.

Die Daten, die Rahmenbedingungen für das Handwerk in Baden-Württemberg stimmen. Wir werden das auch in den nächsten Jahren so fortsetzen, weil wir dem Handwerk bezüglich Arbeitsplatzsicherung und Ausbildung viel zu verdanken haben. Deswegen bleiben die Landesregierung und der Wirtschaftsminister Partner des Handwerks.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag Drucksache 13/46 durch die Aussprache erledigt ist? – Ja. Danke schön.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. November 2001 – Wege zur Osterweiterung der Europäischen Union; hier: Beschluss der Landesregierung zur EU-Osterweiterung vom 25. September 2001 – Drucksachen 13/385, 13/529**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Schüle, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Dr. Schüle** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Positionspapier der Landesregierung zur EU-Osterweiterung gibt uns einmal mehr Gelegenheit, die Zukunft Europas – und dies mit Bezug auf Baden-Württemberg – im Landtag zu debattieren,

(Beifall des Abg. Rech CDU)

und das ist auch gut so. Das Thema Europa ist und bleibt ein zentrales Thema für Deutschland und ganz besonders für Baden-Württemberg. Denn wir liegen im geographischen Zentrum Europas.

Wir können und sollten diese Debatte über die Position des Landes Baden-Württemberg zur EU-Osterweiterung für eine gemeinsame und klare Positionsbestimmung auch hier im Hause nutzen. Diese Positionsbestimmung muss lauten: Wir begrüßen die EU-Osterweiterung als eine große Chance für die Zukunft Europas.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Erkennen dieser großen Chance muss im Mittelpunkt stehen, ohne die damit verbundenen Herausforderungen und Detailprobleme unter den Teppich zu kehren.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Genau!)

Ein gutes Beispiel für die Chancen, die sich aus der EU-Osterweiterung ergeben, ist der Wirtschaftsbereich. Osteuropa ist mit einem Anteil von 10 % an den deutschen Exporten schon jetzt die dritt wichtigste Zielregion nach dem Wirtschaftsmarkt in Westeuropa und den USA. Ein Drittel des verstärkten Austauschs wird sich nach der Osterweiterung auf Deutschland konzentrieren, vor allem auf die Länder Polen, Tschechien und Ungarn.

Wir in Baden-Württemberg werden auch aufgrund der geographischen Lage die Gewinner der Osterweiterung sein. Es werden aber auch Herausforderungen auf uns zukommen – das müssen wir offen ansprechen –: in der Wirt-

(Dr. Schüle)

schaft, etwa im Bau- und im Transportgewerbe, aber natürlich auch in der Landwirtschaft.

Nach dem Ende der EU-Osterweiterung wird es 44 % mehr an landwirtschaftlichen Flächen geben. Darauf müssen wir uns einstellen. Auch hier brauchen wir Übergangsregelungen und eine verstärkte Möglichkeit zur Kofinanzierung im Rahmen der notwendigen Reformen.

Wir haben mit der EU-Osterweiterung aber auch die große Grundsatzchance, den europäischen Kontinent unter ein Dach Europa zu stellen. Europa wird dann 470 Millionen Einwohner zählen. Dafür, dass dies wichtig ist, gibt es viele Gründe. Aber gerade in diesen Tagen wird den Menschen klar, wie wichtig der Beitrag der europäischen Demokratie etwa für die Friedenssicherung in der ganzen Welt ist. Auch und gerade dafür ist eine Stärkung Europas entscheidend wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die bevorstehende EU-Osterweiterung, die nach den Kopenhagener Kriterien schon im kommenden Jahr beginnen wird, muss aber unsere Aufmerksamkeit – darauf hat die Landesregierung zu Recht hingewiesen – auf den inneren Zusammenhalt eines immer größer werdenden Europas und die Akzeptanz der Bevölkerung richten. Da müssen die Regierungen mit gutem Beispiel vorangehen. Sorgenvoll stimmt einen da die Entwicklung der zu Recht als europäischer Motor geltenden deutsch-französischen Beziehungen,

(Abg. Rech CDU: Ja!)

nicht der Beziehungen am Oberrhein, wo sie vor Ort sehr gut funktionieren, sondern auf der nationalen und europäischen Ebene.

Ich zitiere aus dem Leitartikel von Karl-Ludwig Günsche in der gestrigen Ausgabe der „Stuttgarter Zeitung“:

Europa ist aber auch schwach, weil die Visionäre fehlen. Charles de Gaulle und Konrad Adenauer hatten Europa aus bitterem Erleben zu ihrer Herzenssache gemacht. Auch François Mitterrand und Helmut Kohl verbanden mit dem Europagedanken mehr als den gemeinsamen Wirtschaftsraum.

Deshalb sein Fazit: Europa braucht mehr. Europa ist im Augenblick ohne Herz und Seele. Ich meine, das sollte uns nachdenklich stimmen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ist das eine Verfassungsrede?)

Wir müssen mithelfen, dass gerade im Zuge der EU-Osterweiterung, Herr Palmer, und der Vergrößerung der EU die inneren Kräfte gestärkt werden. Im Zuge dessen müssen wir gemeinsam auch für verbesserte Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum Fazit: Wir begrüßen die EU-Osterweiterung. Wir glauben, dass große Chancen damit verbunden

sind. Wir müssen unsere Bevölkerung mitnehmen, damit auch wieder mehr Begeisterung für Europa aufkommt.

(Abg. Rückert CDU: Richtig!)

Dabei können und sollten wir alle mithelfen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Abg. Beate Fauser und Pfister FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war Schüle-Gold!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Hauch von Begeisterung habe ich ja gerade gespürt. Es waren nicht so arg viele, aber die, die da sind, waren immerhin begeistert.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Jetzt machen Sie nicht wieder alles kaputt! – Abg. Rech CDU: Maurer auf dem Weg nach Europa! – Allgemeine Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Wer weiß, wer weiß!)

– Was spüre ich da? Sehnsucht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU – Abg. Hauk CDU: Wir vermissen Sie, das gestehen wir freimütig!)

Der Kollege von der CDU hat mir ein bisschen zu sehr – vielleicht ungewollt – den Eindruck erweckt, als sei die Osterweiterung ein Wert an sich. Vor dieser Illusion will ich warnen. Die Vorstellung, Europa werde einfach dadurch besser, dass es größer wird, verkürzt meines Erachtens die Problematik. Er hat dann auch zu Recht über die Notwendigkeit der Vertiefung des Einigungsprozesses gesprochen.

Ich will es ein bisschen pointierter sagen, als er es gesagt hat: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Osterweiterung stattfindet und dieses Europa riesengroß wird, es aber nicht gleichzeitig zu einer europäischen Verfassung kommt, zu viel größerer Handlungsfähigkeit, zu klareren Verantwortlichkeiten, wenn wir also im jetzigen Status hängen bleiben – das Trauerspiel mit Herrn Berlusconi war ja nicht eines der letzten – und es auf dieser unzureichenden Basis zur Osterweiterung kommt, dann werden wir eine Menge zusätzlicher Probleme haben und keine Begeisterung für Europa entfachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen will ich sagen: Es gibt einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen dem Verfassungsprozess, der jetzt in Gang gesetzt wird – Thema Konvent –, und der Osterweiterung.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir können die Osterweiterung nur verantworten, wenn wir bis zu ihrer Verwirklichung eine europäische Verfassung haben, wenn wir bis dahin klare Zuständigkeiten des

(Maurer)

Europäischen Parlaments und eine vom Parlament gewählte Kommission – ob sie Kommission oder Regierung heißt, ist egal – haben, eine neue Abgrenzung zwischen den nationalen und den europäischen Zuständigkeiten und den Verzicht der Europäischen Kommission, auf regionaler Ebene in alles hineinzufummeln, was bisher der Fall ist, aber dafür die Bereitschaft der nationalen Regierungen, nationale Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben, und das alles verbunden mit einer echten europäischen Verfassung, nicht nur mit Grundrechten, und einer klaren Kompetenzabgrenzung. Das ist eine Chance, die gerade wir als Landesparlamentarier gemeinsam entschieden nutzen sollten. Es gibt im Zuge dieses Verfassungsprozesses eben auch die Möglichkeit, den deutschen Föderalismus wieder zu stärken.

(Abg. Rech CDU: Auf dem Weg sind wir ja!)

Es ist – davon bin ich fest überzeugt – eine tiefe Wahrheit, dass der Nationalstaat für viele Dinge zu klein ist – die müssen von Europa erledigt werden – und für manche zu groß. Wir brauchen eine Stärkung der regionalen Ebene und des Verfassungsaufbaus in Deutschland.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Zwei Dinge sind es, die unserer Bevölkerung beim Thema Osterweiterung zu Recht auf den Nägeln brennen. Die will ich ansprechen. Das eine ist: Was bringt die Osterweiterung an zusätzlicher Konkurrenz auf einem Arbeitsmarkt, der ohnehin schon schwer belastet ist? Das ist eine Problematik, die man ernst nehmen muss. Darum will ich sagen, auch wenn es Ihnen schwer fällt: Dafür, dass die deutsche Regierung eine siebenjährige Übergangsfrist hinsichtlich der Freizügigkeit durchgesetzt hat, hätten Sie sie schon loben können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Zuruf von den Grünen: Herr Palmer hat es gesagt, aber nur leise!)

Das ist schon eine entscheidende Frage, wenn unsere Bevölkerung mit der Osterweiterung so umgehen soll, dass sie sie als Chance empfindet und nicht als Bedrohung. Deswegen ist das eine ganz zentrale Voraussetzung.

Umgekehrt werden natürlich die beitretenden Staaten erwarten, dass sie nicht von der Stunde null an einer hemmungslosen Konkurrenz ausgesetzt sind, der sie mit ihren Strukturen nicht standhalten können. Beim Thema Osterweiterung empfiehlt sich ein Beispiel aus dem Prozess der deutschen Einheit und den Fehlern, die dabei gemacht worden sind. Wenn man das Thema ernst nimmt – ich glaube, das tun manche nicht genügend –, dann wird die Osterweiterung in der ökonomischen Dimension den Prozess der deutschen Einheit noch um ein Vielfaches übertreffen, und damit wird auch die Problematik um ein Vielfaches größer sein.

Die Gefahr, die wir im Osten realisiert erlebt haben, dass die industriellen Kerne in dem beitretenden Gebiet verschwinden und stattdessen die Gefahr entsteht, dass sich eine Subventionswirtschaft ausbreitet, verbunden mit einer Abwanderung gerade der kompetentesten Teile der Bevöl-

kerung in den Westen, besteht natürlich im Zuge der Osterweiterung ganz genauso. Es darf nicht so laufen, dass dann, weil wir im alten Europa im Bereich der industriellen Produktion Überkapazitäten haben, sozusagen in ganz Polen keine industrielle Wertschöpfung mehr stattfindet, aber stattdessen ein Einkommenstransfer und am Ende die qualifiziertesten Fachkräfte das Land verlassen,

(Zuruf von den Grünen: Mezzogiorno!)

um in diesem Fall im goldenen europäischen Westen ihre Zukunft zu suchen. Dies wäre eine außerordentlich problematische Entwicklung. Deswegen war es wichtig, beim Thema Freizügigkeit Übergangsfristen zu vereinbaren, und es ist wichtig, dass wir in Zukunft die Fehler, die beim Prozess der deutschen Einheit gemacht worden sind, bei der Osterweiterung nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Letztes, Herr Minister Palmer, um Ihnen einen Ball zuzuspielen: Man sollte auch nicht die Illusion verbreiten, dass es möglich sei, mit dem gegenwärtigen Landwirtschaftsetat der Europäischen Union unverändert wie bisher fortzufahren, auch unter dem Gesichtspunkt, dass es dann eine Osterweiterung gibt. Da sollten Sie auch Ihrer eigenen Wählerklientel keine Illusionen machen. Eine der spannendsten Fragen ist für mich die, dass alle möglichen Leute zum Beitritt gelockt worden sind, auch mit der Vorstellung, dass vom goldenen Subventionskuchen etwas für sie abfallen würde. Nun ist es aber umgekehrt so, dass auf der Welthandelskonferenz von uns erwartet worden ist – da kommen wir gar nicht raus –, dass wir zumindest die Agrarexportsubventionen abbauen. Darüber wird vor dem Hintergrund Afghanistan auch viel geredet.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin.

Es wird viel über fairen Wettbewerb mit der Dritten und Vierten Welt geredet. Aber die Vorstellung, es ginge mit dem EU-Landwirtschaftshaushalt so weiter wie bisher oder es würde sogar noch etwas draufgelegt – für die Polen und die Ungarn – und das Ganze würde sich auch noch rechnen, darf niemand haben. Deswegen wäre es besser, den Leuten rechtzeitig reinen Wein einzuschenken und zu erklären, dass die Subventionspraxis in der EU-Landwirtschaftspolitik gerade unter dem Vorzeichen der EU-Osterweiterung nicht mehr so weitergehen wird. Es wird nur noch möglich sein, über die Europäische Union gezielt eine ökologische Landwirtschaft zu stützen. Aber das, was in der Vergangenheit in der Fläche stattgefunden hat, wird nicht mehr stattfinden können. Das sollten Sie Ihren Bauernverbänden rechtzeitig mitteilen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Was heißt „Ihren“?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt die Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten. Diese Erweiterung ist für

(Theurer)

Baden-Württemberg, aber auch für die gesamte Bundesrepublik wirtschaftlich vorteilhaft. Sie ist vor allem aber, meine Damen und Herren, politisch ohne Alternative, weil damit die jahrzehntelange Teilung Europas endgültig überwunden wird.

Wenn hier in diesem Haus von den Fehlern der deutschen Einheit gesprochen wird, dann muss man – wenn man der Feststellung, dass es hier grobe Fehler gegeben habe, überhaupt zustimmt –, glaube ich, zunächst einmal fragen, welche Alternativen es gegeben hat, und man muss vor allem fragen, worin denn die Fehler und Probleme bestehen könnten.

Herr Maurer, die Probleme, die wir mit den neuen Ländern hatten, gingen doch darauf zurück, dass eine nicht wettbewerbsfähige Industriestruktur, eine mit volkseigenen Betrieben völlig an den Wettbewerbsbedingungen des Weltmarkts vorbeiwirtschaftende Industrie vorhanden war, die dem Wettbewerb, dem rauen Wind des Weltmarkts nicht gewachsen war, die mit der schockartigen Einführung des Rechtssystems der alten Bundesrepublik Deutschland und der Einführung einer gemeinsamen Währung dem vollen Wettbewerb des Weltmarkts ausgesetzt wurde, diesem nicht standhielt und deshalb zusammengebrochen ist.

Deshalb bemüht man sich – ich denke, die Europäische Union hat hier den richtigen Weg eingeschlagen –, bei der Erweiterung der EU nach Osten ein stufenweises Konzept zu verwirklichen. Ich halte es auch für richtig, dass bei der Erweiterung der EU die Einführung des Euros und die Schaffung eines gemeinsamen Währungsraums gerade nicht vorn stehen, sondern erst später, praktisch als Krönung, verwirklicht werden, wenn die Anpassungen auf wirtschaftlicher Ebene bereits erfolgt sind. Das halten wir für richtig.

Wir halten es auch für richtig, dass die Bundesregierung die Vorstellung der Landesregierung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in wesentlichen Teilen übernommen hat, wobei ich hier sage: Das hat natürlich alles zwei Seiten. Denn die mittelständische Wirtschaft in unserem Land – denken Sie etwa an die Gastronomie, denken Sie an bestimmte Bereiche des Handwerks – sucht händeringend, aber ohne Erfolg Arbeitskräfte, und das, obwohl in der Bundesrepublik Deutschland in bestimmten Gebieten eine Arbeitslosigkeit von 20 % und mehr herrscht, und wäre sehr dankbar, wenn aus den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas qualifizierte Arbeitskräfte nach Baden-Württemberg kommen könnten. In anderen Branchen sieht das dann wieder anders aus.

Deshalb plädieren wir für ein stufenweises Konzept, das aber trotzdem die Flexibilität eröffnet, Arbeitskräfte, die unsere Wirtschaft in Baden-Württemberg dringend braucht, hier auch hereinzulassen, meine Damen und Herren.

Insgesamt muss man sagen: Das Ergebnis von Nizza kann nicht befriedigen. Denn mit der Erweiterung stellt sich auch die Frage der Vertiefung der Europäischen Union, der Modernisierung, der Anpassung der Institutionen an das erweiterte Gebiet und die erhöhte Zahl der Mitgliedsstaaten. Dies muss dringend nachgeholt werden, und wir waren uns hier im Hause eigentlich einig, dass hierbei auch über die Kompetenzen der unterschiedlichen Ebenen geredet werden muss.

Der Verfassungskonvent steht an. Wir, die FDP/DVP, fordern, dass dieser Verfassungskonvent nicht an die Kandare der Regierungen genommen wird, sondern dass er sich wirklich frei einen eigenen Arbeitsplan vornehmen kann und die Verfassungsdiskussion offen stattfinden kann. Wir, die FDP/DVP, fordern im Land und im Bund, dass das Ergebnis einer gemeinsamen europäischen Verfassung dann auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Schauen wir uns aber noch einmal kurz die Situation in Deutschland an. Nicht die Erweiterung ist das Problem – die Vertiefung zum Teil. Unsere Probleme auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaftspolitik und hinsichtlich des Wirtschaftswachstums sind hausgemacht, meine Damen und Herren. Die anderen europäischen Mitgliedsstaaten haben ein höheres Wirtschaftswachstum als die Bundesrepublik Deutschland. Wir liegen beim Wirtschaftswachstum ganz hinten.

Bei den Vorschriften, den bürokratischen Hürden und der Steuerlast sind wir aber ganz vorn. Aber das sind alles Punkte, für die wir keine Europäische Union brauchen. Das kann die Bundesrepublik Deutschland selbst lösen. Deshalb muss von dieser Stelle aus vonseiten der FDP/DVP noch ein ganz dringender Appell an die Verantwortlichen gerichtet werden, diese Probleme in Deutschland zu lösen, die Steuern zu senken und die Bürokratie abzubauen. Ich meine, dafür könnte die Bundesregierung noch mehr tun, als sie bisher getan hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit – Abg. Dr. Lasotta und Abg. Rech CDU: Frau Präsidentin!)

– Entschuldigung, Frau Präsidentin.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die hübscheste Präsidentin, die wir haben, sitzt hinter Ihnen! – Zuruf: Weniger vorlesen, mehr schauen!)

Das ist mir zum ersten und hoffentlich zum letzten Mal passiert. Es tut mir aufrichtig Leid, Frau Präsidentin. Aber wie ich die Frau Präsidentin kenne, wird sie mir ein letztes Mal verzeihen.

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt innerhalb weniger Wochen zum zweiten Mal die Gelegenheit, uns zum Thema Europa auszutauschen – das ist ein hohes Gut –, und auch dieses Mal ist es kein Austausch von unterschiedlichen Positionen. Meines Erachtens ist es sehr erfreulich, dass wir an einem Strang ziehen, was die Osterweiterung der EU angeht.

Wenn ich die Debatten richtig verfolgt habe, dann ziehen wir, zumindest im Wesentlichen, auch hinsichtlich unserer

(Dr. Salomon)

Vorstellungen zur Zukunft Europas insgesamt an einem Strang. Dies gilt auch für die Frage, wie es nach dem so gut wie gescheiterten Nizza-Gipfel im letzten Jahr mit Europa weitergeht. Wie steht es um die Vollendung oder auch um die Finalität der europäischen Integration? Darüber wird ja viel gesprochen, und ich glaube – das ist allerdings ein Wermutstropfen, den ich in die Debatte noch einbringen will –, dass Europa noch nicht in trockenen Tüchern ist. Europa steht trotz der Einführung des Euro in den nächsten ein, zwei Jahren vor ganz schwierigen Diskussionen, die auch zum Ergebnis haben können, dass Europa scheitert. Das muss man einmal deutlich sagen.

Umso wichtiger ist es im Moment, dass wir uns einig sind, dass die Osterweiterung der EU kommen soll. Sie muss kommen, weil wir 1993 in Kopenhagen Kriterien aufgestellt haben, um den Beitrittsaspiranten zu sagen: „Wenn ihr diese Kriterien erfüllt, dann nehmen wir euch auf.“ Seitdem sind in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern immense Anstrengungen unternommen worden, diese Kriterien zu erfüllen. Rechtssysteme wurden angeglichen, und auch wirtschaftlich wurde viel unternommen, um Anschluss an Westeuropa zu finden.

Es wäre fatal, wenn man den Leuten Hoffnung gemacht hätte und dann sagen würde: „Ihr könnt aber trotzdem nicht kommen.“ Deshalb ist es richtig, dass die ersten zehn Beitrittskandidaten wahrscheinlich schon 2004 aufgenommen werden und an den Europawahlen teilnehmen können. Wir wissen, dass es nicht nur Altruismus von uns ist, sondern insbesondere auch reiner wirtschaftlicher Eigennutz, der uns dazu führt, zu sagen: Wir brauchen die Osterweiterung.

Baden-Württemberg war im abgelaufenen Jahr, nach Bundesländern aufgeschlüsselt, mit 9,6 Milliarden Euro der stärkste Handelspartner Ungarns, Tschechiens und Polens. Wir haben also ganz eindeutig ein Interesse daran, diesen Handel auch auszubauen.

Was zum Thema Übergangszeiten gesagt worden ist, kann ich nur unterstützen. Da hat es in den vergangenen Jahren geknirscht. Ich bin froh, dass die Landesregierung diese Übergangsfristen, mit denen wir schon beim Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands gute Erfahrungen gemacht haben, jetzt ebenfalls anerkennt. Wir brauchen – das wurde auch vom Herrn Kollegen Theurer gesagt – zum einen Arbeitskräfte, und zum anderen werden sowieso sehr viel weniger Menschen zu uns kommen, als man früher befürchtet hat, wenn sie in ihren eigenen Ländern Chancen und Perspektiven haben. Deshalb können wir auch davon nur profitieren. Wir müssen aufpassen, dass Europa kommt, dass es nicht vorher scheitert.

Das hängt sehr stark damit zusammen – das ist der nächste Punkt, den ich schon unter der Überschrift „Europa ist kein Selbstläufer“ erwähnt habe –, dass es uns gelingt – morgen beginnt die Tagung auf Schloss Laeken –, den Verfassungskonvent, wenn er jetzt eingesetzt wird und im nächsten Jahr seine Arbeit aufnimmt, im Jahr darauf, im Jahr 2003, auch abzuschließen, und zwar mit dem Ziel – da sind wir uns hier im Hause auch einig –, endlich einmal deutlich zu machen: Was ist das neue, das demokratische Europa? Was ist das Europa, von dem die Menschen auch wissen, dass es nicht nur ein bürokratisches Ungetüm ist, sondern

dass es etwas mit ihrem Leben zu tun hat? Dieses Europa muss klar abgrenzen: Was sind die Aufgaben von Europa, was sind die Aufgaben der Nationalstaaten, und was sind die Aufgaben der Regionen? Das muss in diesem Konvent geregelt werden. Es muss demokratischer zugehen. Es kann nicht sein, dass die Kommission gleichzeitig Legislative und Exekutive ist. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Dann wird Europa für die Menschen auch erfahrbar.

Ich habe große Hoffnungen, dass durch die Einführung des Euro, die in zwei Wochen auf uns zukommt, auch für viele Menschen erfahrbar wird, dass Europa zusammenwächst und dass die Menschen zusammenkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Pfister FDP/DVP)

Kurzum: Es liegen schwierige Verhandlungen vor uns. Ich will es nicht beschwören, aber man kann es auch nicht ausblenden: Der Weg dahin ist noch steinig. Es gibt auch welche, die dieses Europa nicht wollen. Die Wohlmeinenden müssen da zusammenstehen. Darum – ich will es noch einmal, zum dritten Mal, sagen – ist es ein hohes Gut, dass Deutschland sich in dieser Frage einig ist. Es ist auch ein hohes Gut, dass wir uns in diesem Hause einig sind. Aber das allein wird nicht genügen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass Übereinstimmung im Haus herrscht. Das ist gut.

Was mich in der Debatte ein wenig verwundert hat, ist die etwas einseitige Diskussion in Richtung Wirtschaft. So wichtig die Wirtschaft ist, muss man doch zu Beginn einer solchen Debatte – bei Herrn Theurer ist es angeklungen – festhalten, dass es in dieser weltpolitischen Situation eine eminent politische Notwendigkeit ist, dass wir zu der Osterweiterung kommen, weil ein Rumpfkontinent, durch den weiterhin eine Demarkationslinie und eine Grenze ginge, in der weltpolitischen Diskussion kein handlungsfähiger Kontinent wäre. Deshalb brauchen wir vor allem aus politischen Gründen die Stimme des einheitlichen Europas in der Weltpolitik. Die Wirtschaft, so wichtig sie ist, kommt nach der Politik. Wir müssen aus politischen und historischen Gründen, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Osterweiterung als Chance betrachten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Pfister FDP/DVP und Dr. Salomon GRÜNE)

Herr Dr. Salomon hat gesagt, wir seien ein großer Handelspartner. Das ist richtig. Ich will ergänzen: Die Angebotsstruktur der exportorientierten baden-württembergischen Wirtschaft passt ideal in die Nachfragestrukturen Mittel-,

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Ost- und Südosteuropas hinein. Wir werden mit unserem Exportportfolio besonders gute Chancen auf den Märkten in Osteuropa haben.

Wir werden gerade als Deutsche dort eine ungeheure Chance haben. Wir sind uns sicherlich einig darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Englisch die Weltsprache ist. Es gibt auf dieser Welt überhaupt nur einen geographischen Raum, wo Deutsch die allgemeine Verkehrssprache ist, wo deutsche Kultur im Vordergrund steht; auch 40 Jahre Diktaturerfahrung haben daran nichts ändern können. In Polen, in Tschechien, in Ungarn, in Rumänien ist ein eminent bedeutsamer deutscher Kulturkreis noch wirkungsmächtig. Wir haben alle Chancen, dort auf Strukturen zu treffen, die uns wohlgesinnt sind. Nicht zuletzt deshalb wird die Osterweiterung im westeuropäischen Ausland – auf der iberischen Halbinsel, in Italien, in Frankreich – vielfach als genuin deutsches Projekt diskutiert, weil natürlich gesehen wird, dass wir aufgrund der geographischen Nähe und der kulturellen Bezüge ungeheure Möglichkeiten haben. Ich würde bitten, diese Chancen auch zu sehen, die gerade für Deutschland, für Süddeutschland und für Baden-Württemberg in der Erweiterung begründet liegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es sind dann – da sehe ich einen kleinen Unterschied zu Ihnen, Herr Maurer; vielleicht kann man ihn auch ausräumen – Fehler der deutschen Einheit angesprochen worden, so sie denn stattgefunden hätten. Ich will das auch bestreiten, weil der Zeitlauf damals ein ganz anderer war. Man musste schnell handeln, und zwar innerhalb von Monaten, weil sich die DDR sonst völlig geleert hätte und alle Menschen zu uns gekommen wären.

So denn Fehler gemacht worden sind, ist auch zu berücksichtigen, dass die Situation jetzt gegenüber Osteuropa eine völlig andere ist, Herr Maurer. Wir haben einen Vorlauf von mittlerweile elf Jahren. Wir sind am Übergang zu 2002. Wir haben die industrielle Neuausrichtung in Osteuropa, wenn auch nicht in Rumänien und in Bulgarien, aber in Westpolen, in Westungarn, in Tschechien, in Slowenien, auch im Baltikum, auf die Strukturen der westeuropäischen Wirtschaft schon in einem sehr weitgehenden Maß in diesem Zeitraum von elf Jahren erlebt. Heute gehören Tschechien und Ungarn bereits zu den ganz wenigen Ländern auf der Welt, die im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland einen Exportüberschuss verzeichnen, ganz einfach deshalb, weil viele westeuropäische und vor allem deutsche Firmen mit Produktionen hinübergewandert sind, weil sie günstige steuerrechtliche Möglichkeiten vorgefunden haben und natürlich auch viele Subventionen geflossen sind und schließlich die Arbeitskosten erheblich geringer sind als in Westeuropa. Sie reexportieren nach Westeuropa die dort produzierten Güter.

Das heißt, die industrielle Situation des Jahres 1990/91 mit den Problemen in allen Transformationsländern ist nicht einmal im Ansatz mit den Verhältnissen in den entwickelten osteuropäischen Ländern zu vergleichen, vor allem in deren Westteilen. Ich rede jetzt nicht von Rumänien und Bulgarien. Deshalb hat man ja für diese zwei Beitrittskandidaten auch einen längeren Übergangszeitraum vorgesehen. Deshalb sollten wir da nichts problematisieren, was in dieser Form nicht eintritt.

Auch zu dem, was Sie zur Landwirtschaft geäußert haben, will ich gern etwas sagen. Das haben Sie in der Hand, zumindest noch ein Jahr bis zur nächsten Bundestagswahl. Die deutsche Bundesregierung verhandelt über Landwirtschaftspolitik. Dass wir eine unbefriedigende Situation haben, dass wir im Agenda-Prozess in Berlin 2000 nicht weitergekommen sind, dass Bundeskanzler Schröder damals zugunsten der landwirtschaftlichen Subventionspolitik abgeschlossen hat, vorwiegend für Frankreich – das ist das größte Empfängerland, Spanien das zweitgrößte –, ist ein Problem der Verhandlungsposition der deutschen Bundesregierung. Der Landwirtschaftsetat muss nach dem Jahr 2005 neu verhandelt werden. Wir haben ihn in Berlin für die Jahre 2001 bis 2005 abgeschlossen. Wir haben es in der Hand, die Landwirtschaftssubventionen zu bestimmen.

Wenn in diesem Haus Einigkeit darüber bestünde – dazu lade ich Sie herzlich ein –, dass wir mehr Spielräume für Kofinanzierungen brauchen, dass wir zu dem, was aus Brüssel kommt, drauflegen können, was wir für unsere Landwirtschaftspolitik in der Entwicklung der ländlichen Räume machen wollen, wäre das sehr erfreulich. Ich sehe eigentlich alle Möglichkeiten, wenn wir da richtig verhandeln. Über die Landwirtschaftskapitel sind die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten ja noch nicht einmal aufgenommen worden. Das geschieht ganz am Ende der Verhandlungen. Die deutsche Bundesregierung muss aber in der bisherigen Europäischen Union auch richtig verhandeln und etwas für die deutsche Landwirtschaftspolitik und für den Abbau der überzähligen Subventionen in Frankreich und in Spanien erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dann ist gesagt worden, dass wir Übergangsbestimmungen brauchen. Die brauchen wir in der Tat in beiden Richtungen. Zur Freizügigkeit habe ich immer gesagt, dass die Landesregierung hier hinter der Position der Bundesregierung steht. Diese Position war allerdings so revolutionär auch nicht. Das war eine sich auch vorher abzeichnende Position, die man gefunden hat. Die ist richtig. Darüber brauchen wir nicht zu streiten. Die ist übrigens auch im Sinne der Kandidatenländer notwendig. Auch die wollen nicht, dass ihre besten Kräfte abwandern. Die brauchen ihre Ärzte, ihr Pflegepersonal, ihre Entwicklungsingenieure, ihre Softwareleute. Die sollen nicht abwandern. Wir brauchen also diese Übergangsfrist gerade auch im Interesse der Kandidatenländer, bis sich die Situation eingependelt, normalisiert und aufeinander abgestimmt hat. Deshalb die Übergangsfrist von sieben Jahren und Ausnahmebestimmungen für das eine oder andere Gewerbe, vor allem das Baugewerbe, und manche Bereiche der Dienstleistungen. Da gibt es keinen Dissens.

Ich möchte dann auch sagen: Für die Landesregierung bleibt ganz zentraler Dreh- und Angelpunkt, dass wir an den Kopenhagener Kriterien festhalten. Kollege Dr. Schüle hat das auch für die CDU gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn jetzt von Laeken das Signal käme, dass wir alle Beitrittskandidaten unabhängig von ihrem erreichten Verhandlungsstand nehmen, wäre das ein ganz falsches Signal. Die Beitrittsländer müssen sich weiter anstrengen, sie müssen im Transformationsprozess weiterkommen, sie müssen die Kapitel aus-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

verhandeln. Es sind noch viele Hausaufgaben zu machen. Ich kann nur darum bitten, dass wir jetzt nicht die Latte einen Meter heruntersetzen und sagen, wie es der französische Außenminister Vendrine getan hat: Wir nehmen alle zehn Länder unabhängig vom erreichten Verhandlungsstand. Das wäre die sicherste Gewähr dafür, dass sich kein Mensch mehr anstrengen würde. Wir halten an der Position fest und werden als Landesregierung diese Position auch im Bundesrat vertreten und sie zum Prüfstein für die Zustimmung des Bundeslandes Baden-Württemberg im Bundesrat machen, dass nach individuellem Fortschritt der Beitrittsreife jedes einzelnen Kandidatenlandes über den Beitritt zur Europäischen Union entschieden wird. Das halte ich für eine ganz wichtige Position, und ich hoffe – ich habe dazu von der linken Seite hier im Hause nichts gehört –, dass Sie diese Position auch unterstützen werden.

Ich möchte noch einen Gedanken darauf verwenden, was wir alle tun können, um den Beitrittsprozess vonseiten Baden-Württembergs aktiv zu unterstützen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles ist gut, was die Beitrittsreife der Kandidatenländer unterstützt. Wir müssen die Verwaltungszusammenarbeit intensivieren, die so genannten Twinning-Projekte, die polizeiliche Zusammenarbeit; wir müssen Verwaltungsbeamte, Fachverwaltungen, Bildungszentren gegenseitig kooperieren und sich unterstützen lassen. Wir brauchen die Mitwirkung der Beitrittsländer im Konvent, der angesprochen wurde. Wir brauchen eine gemeinsame Antragstellung, wie es auf Initiative Baden-Württembergs beschlossen worden ist, durch den Ausschuss der Regionen für das nächste Forschungsrahmenprogramm, damit die Beitrittsländer schon in der Lage sind, sich gemeinsam mit westeuropäischen Hochschulen um Forschungsgelder und um Forschungsprojekte zu bewerben.

Wir müssen aber auch ganz praktische Hilfe leisten. Es ist ja nicht so, dass Osteuropa bereits in allen Bereichen auf unserem Stand angekommen ist. Deshalb hat die Landesregierung vor ein paar Monaten die Koordinierungsstelle für Hilfe Osteuropa ins Leben gerufen, finanziert aus der Landesstiftung. Es ist erstaunlich, wie viel praktische Zusammenarbeit durch diese Koordinierungsstelle unter der Leitung von Herrn Ministerialdirektor a. D. Manfred König in den wenigen Monaten entstanden ist. Wir werden Ihnen in Kürze einen Statusbericht vorstellen, wie viel schon an praktischer Zusammenarbeit in der Hilfeleistung für marode Kliniken, für Straßenkinder, für Altenheime, die keinen menschenwürdigen Lebenszustand verheißten, zustande gekommen ist. Wir müssen die praktische Hilfe zusammen mit unseren großen Rettungsorganisationen, die voll in diese Arbeit eingebunden sind, intensivieren, wenn wir Beitrittsreife erreichen wollen.

Wir müssen prüfen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob wir eine Partnerschaft mit einer polnischen Woiwodschaft wollen. Da ist die Landesregierung dran, genauso an dem Gedanken, der in der letzten Debatte hier vorgebracht wurde, ob wir nicht die „Vier Motoren“ erweitern könnten um ein oder zwei osteuropäische Regionen, die wir mit ins Boot nehmen. Wir sind da sehr aufgeschlossen, müssen aber mit den anderen drei Motoren eine Einigung darüber erreichen. So weit sind wir aber noch nicht, dass ich Ihnen das heute schon zusagen kann.

Lassen Sie mich einen letzten Gedanken vortragen. Das ist der Gedanke, bei dem wieder völlige Übereinstimmung besteht, dass nämlich die Erweiterung dann nicht gelingen wird, wenn wir nicht zugleich zu einer Vertiefung kommen, wenn wir es nicht schaffen, dass diese Europäische Union ihre Instrumentarien, ihr Regelwerk, ihre Mechanismen der Zusammenarbeit verbessert. Wir brauchen mehr Demokratie, wir brauchen mehr Transparenz in der Europäischen Union. Wir brauchen eine europäische Verfassung, wir brauchen diese neuen Mechanismen.

Wir brauchen übrigens auch, Herr Maurer, eine viel bessere Kompetenzabgrenzung mit der Respektierung der Rechte der regionalen Körperschaften. Denn in einem Europa, das fast 500 Millionen Menschen umfasst, wird man nicht mehr die Regelungstiefe und Regelungsdichte der bisherigen Gemeinschaft haben können mit 80 000 Verordnungen und Richtlinien, die in Kraft sind, sondern wir werden, wenn wir das Projekt Europa für die Bürger attraktiv machen wollen, dies nur von unten nach oben mit einer ganz starken Betonung der regionalen Ebene, des Föderalismus und der Kompetenzverteilung bauen können. Deshalb ist die Landesregierung an dieser Stelle völlig einig mit dem hohen Haus.

Wir müssen uns intensiv in den Verfassungsprozess einbringen. Der Konvent wird am kommenden Wochenende in Laeken eingesetzt. Wir müssen mitarbeiten. Wir müssen in den nächsten 18 Monaten also zu einer föderalfreundlichen Verfahrens- und Aufgabenverteilung, zu einer klaren Kompetenzabgrenzung in Europa kommen. Das ist das gemeinsame Anliegen. Davon hängt auch für den Erfolg des Projekts Osterweiterung viel ab.

Ich danke Ihnen herzlich, vor allem auch, wenn Sie weiterhin mit uns gemeinsam diesen schwierigen Prozess der Osterweiterung unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache beendet. Kann ich davon ausgehen, dass Sie der Beschlussempfehlung zustimmen? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs und des Innenministeriums vom 30. Oktober 2001 – Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes – Drucksachen 13/386, 13/505**

**Berichterstatter: Abg. Junginger**

Das Präsidium hat als Redezeit für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich das Wort in der Aussprache erteilen? – Herr Abg. Schneider.

**Abg. Schneider** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der vorliegenden ersten Untersuchung über die Querschnittsaufgaben unserer neuen Fachministerien liegen, meine ich, ganz interessante Ergebnisse vor. Sie genügen fachlich und verwaltungswissenschaftlich ohne Frage höchsten Ansprüchen. Sie sind vor allem eine Fleißarbeit. Deshalb möchte ich allen Beteiligten, vorneweg dem Rechnungshof und dem federführenden Innenministerium, aber auch allen anderen Ministerien – denn die Teilnahme war ja freiwillig – ganz herzlich danken.

Ich glaube, diese Untersuchung ermöglicht uns eine gute Ausleuchtung der Teilbereiche der Querschnittsaufgaben mit sehr interessanten Vergleichen der Ministerien miteinander, unter Umständen auch länderübergreifend und, wenn man das will, auch über Zeitabläufe hinweg. Sie bietet Ansatzpunkte mit den erarbeiteten quantitativen Kennzahlen zum Benchmarking. Sie bietet Ansatzpunkte zur Weiterführung, zu vertiefender Analyse. Sie ist sicherlich auch eine wichtige Grundlagenarbeit für die neuen Steuerungsinstrumente. Dabei will ich gleich sagen: Wir dürfen hier nicht der Gefahr erliegen, in diesen neuen Steuerungsinstrumenten eine Wunderwaffe zu sehen oder sie gar unisono zum Selbstzweck in der Landesverwaltung einzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hauk CDU: Sehr richtig!)

Alles in allem ist das ein fraglos gutes Instrument zur Aufgabenkritik und zur Organisationsfortentwicklung der Ministerien.

Nun brauchen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese 144 Seiten sicherlich nicht in all ihrer Fülle mit allen Details durchzulesen und detailliert parlamentarisch zu beraten. Es ist überhaupt nicht unsere Aufgabe, das nachzuexerzieren, wengleich es natürlich für manche schon sehr verlockend ist, gleich in die weichen Faktoren einzusteigen und zu schauen: Wer ist der beliebteste Minister oder die beliebteste Ministerin in den Ressorts? Ich sage Ihnen: Das bringt sachlich wenig. Ich sage Ihnen auch: Der beliebteste Chef ist nicht unbedingt der sachlich Beste.

(Abg. Moser SPD: Oh!)

– So ist es.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was wollen Sie jetzt damit sagen? – Zuruf von der CDU: Ist der Landrat von Biberach beliebt? – Heiterkeit – Abg. Hauk CDU: Aber umgekehrt gilt das auch!)

– Richtig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das müssen Sie dazusagen!)

Vielmehr ist diese Untersuchung primär Grundlage für eine Selbstoptimierung und Selbstorganisation der Ministerien. Das heißt, die Ministerien müssen jetzt in eigener Verantwortung entscheiden und handeln, und zwar dauerhaft. Dies geschieht durch Straffung, durch Aufgabenoptimierung und durch Personaleinsparung. Wir verkennen nicht, dass sie das teilweise schon getan haben. Im Vollzug der

Stelleneinsparprogramme ist ja bereits die eine oder andere Erkenntnis aus dieser Untersuchung umgesetzt worden.

Eines ist für mich auch klar: Wir als Parlament kommen trotz aller Gutachten – ich warne davor, sich in das Dickicht der Gutachten zu begeben; man verheddert sich da und kommt nur noch schwer heraus –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut!)

letztendlich um politische Vorgaben nicht herum. Deshalb sehen wir – darauf können Sie sich verlassen – den Handlungsbedarf in den Ministerien, und wir lassen auch politisch den Daumen drauf. Deshalb tragen wir die Beschlussempfehlung fraglos mit, insbesondere bezüglich der kürzeren Berichtspflicht. Es muss möglich sein, Ergebnisse innerhalb eines Jahres vorzulegen. Andernfalls veraltet die ganze Geschichte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

(Zuruf von der CDU: Halt dich bloß zurück! – Abg. Drexler SPD: Jetzt geht es los!)

**Abg. Stickelberger** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Innenminister, Sie befürchten offensichtlich, vielleicht doch nicht der beliebteste Minister zu sein; ich weiß es nicht.

(Abg. Seimetz CDU: Aber der beste! – Abg. Fischer SPD: Das hat er schon im Ausschuss angekündigt!)

Wir werden darauf noch kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns im Ausschuss schon sehr ausführlich über das Projekt unterhalten, und ich möchte mich dem Dank an den Rechnungshof ausdrücklich anschließen. Einschließen möchte ich die Mitarbeiter in den Ministerien – vor allem in Ihrem federführenden Haus –, die sich mit sehr viel Mühe und Engagement für das Gelingen des Projekts eingesetzt haben, eines Projektes, das, so der Rechnungshof, in seinen Hinweisen sicher Modellcharakter hat, allerdings auch nur eine Zwischenstation auf dem Weg zur Einführung des Benchmarkings in den öffentlichen Verwaltungen markiert.

Meine Damen und Herren, das Thema Stellenabbau spielt eine Rolle. Herr Kollege Schneider, Sie haben darauf hingewiesen, dass im Zuge des Prozesses schon Stellen abgebaut wurden. Wir werden das sehr kritisch begleiten, und wir erwarten auch, dass da die Ministerien insbesondere ihre Vorbildfunktion wahrnehmen, man also nicht oben kneift und unten Stellen abbaut. So kann es nicht sein, und wir werden sehr aufmerksam sein, damit das nicht passiert.

Lassen Sie mich auf eines hinweisen. Die flächendeckende Einführung des Benchmarkings entsprechend dem Modellversuch, der ja weitergeführt wird, kann nur funktionieren, wenn wir auf die Kreativität und die Kooperationsbereit-

(Stickelberger)

schaft der Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen setzen; gegen die Mitarbeiter in der Verwaltung wird nichts gehen. Wir brauchen sie, und viele haben ja unter Beweis gestellt, dass sie kooperationsbereit sind.

Dem Benchmarking kommt im Hinblick auf die Einführung der neuen Steuerungsinstrumente eine besondere Bedeutung zu. Ich glaube, auch da sind in erster Linie die Ministerien gefordert. In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch anmerken: Auch wenn die Modellstudie auf Freiwilligkeit gesetzt hat, wo war eigentlich unser Staatsministerium?

(Beifall bei der SPD)

Wo war eigentlich das Staatsministerium?

(Abg. Drexler SPD: Das hat Herr Schneider vergessen! – Abg. Schneider CDU: Ich sage dazu etwas!)

Wenn man schon auf Freiwilligkeit und Vorbildfunktion setzt, hätten wir zumindest erwartet, dass sich das Staatsministerium an die Spitze der Bewegung setzt

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

und nicht kneift.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hätten wir erwartet!)

Meine Damen und Herren, das Argument, der Aufgabenbereich des Staatsministeriums sei mit dem anderer Ministerien nicht vergleichbar, zieht nicht. Es wurden Querschnittsleistungen untersucht, und diese fallen im Staatsministerium genauso an. Denken Sie an die Registratur, die Reinigung, die Hausmeisterdienste

(Abg. Drexler SPD: Mehr noch!)

und die Informationsdienste! Alle Dienste, die untersucht wurden, kommen mehr oder weniger auch im Staatsministerium zur Anwendung. Mir ist also der Grund, warum sich das Staatsministerium hier ausgeklinkt hat, bisher nicht plausibel.

(Abg. Drexler SPD: Das weiß kein Mensch!)

Ich könnte ihn mir allerdings vorstellen.

(Abg. Drexler SPD: Ich auch!)

Lassen Sie mich damit, meine Damen und Herren, doch ein bisschen auf die Bewertung der Ministerien eingehen. Denn das ganze Projekt funktioniert letztlich nur, wenn es von oben mitgetragen, mitgesteuert, abgesichert, durchgesetzt und vermittelt wird.

Da, Herr Kollege Schneider, würde ich das Problem nicht auf die Beliebtheit des Ministers reduzieren. Ich gehe davon aus, dass sie nicht unbedingt der Gradmesser sein muss, wenn man die betroffenen Mitarbeiter fragt. Aber es gibt doch einige interessante Unterschiede.

Das Finanzministerium schneidet in der Bewertung recht gut ab. Herr Staatssekretär, wir haben darüber im Finanz-

ministerium gesprochen und dabei so viel Lob verteilt, dass ich darauf jetzt verzichte.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das brauchen Sie nicht!)

Herr Innenminister, ich hoffe, Sie behalten Ihre gute Laune und werfen mir nicht wieder vor, ich würde unterstellen, in Ihrem Ministerium herrsche ein schlechtes Betriebsklima. Das Betriebsklima ist in Ihrem Ministerium übrigens auch schlecht. Aber darauf will ich jetzt gar nicht eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Nein, Frau Kollegin, das kann man nicht bestreiten.

(Zurufe, u. a. der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Nein, Frau Kollegin. Ich habe die Stellungnahme gelesen, die das Innenministerium selbst mit erarbeitet hat.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie muss doch richtig sein. Ich gehe davon aus, dass uns das Innenministerium nichts Falsches vorlegt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dort steht es eben so drin.

Aber Betriebsklima hin, Betriebsklima her: Mir geht es zum Beispiel um die Zusammenarbeit in den Referaten, in den Abteilungen, Herr Innenminister – alles geprüfte Kriterien in allen Ministerien. Mir geht es um das Führungsverhalten der unmittelbaren Vorgesetzten und das Führungsverhalten der Leitung des Ministeriums. Da schneidet das Innenministerium mit Abstand am schlechtesten ab.

(Abg. Drexler SPD: Granatenmäßig schlecht!)

Wir bitten, uns das

(Abg. Drexler SPD: Zu erklären!)

transparent zu machen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines sagen: Wir werden das Benchmarking kritisch begleiten. Der Modellversuch hat sicher einen richtigen Weg aufgezeigt. Wir erwarten und hoffen, dass der Landesrechnungshof die Umsetzung dieses Vorhabens weiter begleitet. Sie haben diese Unterstützung angeboten. Wir meinen, sie ist dringend notwendig.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir der Beschlussempfehlung zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stickelberger, ich will gleich auf Ihren Beitrag eingehen. Es wäre natürlich eine Katastrophe, wenn Stellen unten gestrichen würden und oben nicht. So ist es gar nicht gedacht.

Auch bei den Verträgen, die wir mit den Universitäten beispielsweise geschlossen haben, geht es darum, dass wir durch die zweiprozentige Erhöhung eine Budgetierung eingeführt haben. Damit wollen wir erreichen, dass die Hochschulen mehr Autonomie erhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Die Hochschulen, ja.

Das hat zur Konsequenz, dass bestimmte Aufgaben im Wissenschaftsministerium wegfallen. Das heißt, dass auch oben tatsächlich Stellen gestrichen werden müssen. Anders ist das ganze NSI-System auch gar nicht denkbar und hat es auch relativ wenig Sinn. Der Rechnungshof möge mich korrigieren, wenn es anders sein sollte.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Landtagsfraktion begrüßt die von Rechnungshof und Innenministerium eingeleitete Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes. Doch das kann nur ein Anfang, ein erster Schritt sein, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir brauchen weitere Schritte. Ja, es müssen flächendeckend an Produkten orientierte Steuerungsinstrumente gefunden werden, um die ganze Sache sinnvoll zu gestalten. Auch ist zu prüfen, inwieweit – Herr Kollege Theurer hat mich darauf hingewiesen, da er ja in der neuen Steuerungsgruppe sitzt – diese Instrumente in den Bereichen Schule und Polizei einzuführen sind.

Es muss also noch etwas mehr „Butter bei die Fische“. Hier ist aus unserer Sicht der Rechnungshof besonders gefragt. Machen Sie weiter so!

Der Beschlussempfehlung stimmen wir zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Großartige Rede! Hervorragend dafür, dass er es nicht gelesen hat!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch so kurz! – Unruhe)

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehr Effizienz und Effektivität in der Verwaltung – wer möchte das nicht? Aber man sieht an der von Rechnungshof und Innenministerium vorgelegten Untersuchung, dass der Weg dahin, den man nun durch das Bilden von Kennzahlen und durch Benchmarking geht, doch etwas aufwendiger ist.

Es ist klar, dass die Untersuchung in den Ministerien auf Vorbehalte gestoßen ist – auch das kann man in der Unter-

suchung nachlesen. Ich denke, das ist ein natürlicher Reflex. Denn schließlich hält sich jeder ja für unvergleichbar.

Gut ist, dass der Rechnungshof dezidiert auch auf die Anmerkungen der einzelnen Ministerien eingegangen ist und die Besonderheiten dort berücksichtigt hat. Beispielsweise haben kleinere Häuser denselben Grundbedarf wie größere Häuser. Das darf eine solche Untersuchung nicht verfälschen.

Ich halte es für wichtig, meine Damen und Herren, dass wir uns ein paar Dinge, die in dieser Untersuchung stehen, näher anschauen. Für mich ist beispielsweise interessant, dass in einigen Organisationseinheiten offensichtlich immer Überstunden anfallen, während sich in anderen Mitarbeiter auch immer wieder nicht ausgelastet fühlen. Darauf sollten wir vielleicht einmal unser Augenmerk richten.

Erstaunlich finde ich beispielsweise die hohen Kosten für Assistenz- und auch für Schreibdienste. Ich denke, gerade in der heutigen Zeit, in der jeder seinen eigenen PC besitzt, ist es doch erstaunlich, wenn hierfür hohe Kosten anfallen.

Auch das Outsourcing steht zur Debatte, wenn man sich anschaut, dass beispielsweise die Ministerien, die outgesourcete Pforten haben, bei den Kennzahlen wesentlich besser abschneiden als solche, die sie noch selber im Haus haben. Wir sollten – das war auch schon Thema – in nächster Zeit auch den einen oder anderen schlechten Wert eines Ministers oder eines Ministeriums hinterfragen.

Uns interessiert vor allem – auch das war hier schon Thema –: Was geschieht denn jetzt mit den Ergebnissen? Ich denke, wichtig ist, dass diese Untersuchung nicht einfach im luftleeren Raum steht, sondern dass wir konkret daran weiterarbeiten.

Eine Aufgabe wird sicher sein, dass man diese Untersuchung mit dem Projekt NSI abstimmt, dass man nicht doppelt arbeitet, sondern dies zusammenführt und sinnvoll miteinander verbindet. Das wird sicher spannend auch für uns als Parlament. In den anderen Bundesländern laufen ja ähnliche Untersuchungen, sodass wir in Zukunft eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Bundesländern herstellen können.

Wichtig ist für uns natürlich auch, dass in den einzelnen Ministerien die Optimierung fortgeführt wird, wie es der dritte Schritt dieser Untersuchung vorsieht. Bis zu dieser Studie hat ja nur das Innenministerium, das man an dieser Stelle ruhig einmal lobend erwähnen darf, eigene Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gehabt. Dort hat man offensichtlich früh erkannt, dass es unglaubliche Potenziale birgt, wenn man einmal hausintern die eigene Effektivität und Arbeitsweise überprüft. Das Innenministerium hat das Ergebnis der Analyse auch schon zum Anlass genommen, die Materialverwaltung zu überprüfen und dort weitere Optimierungen vorzunehmen. Man kann nur hoffen, dass die anderen Ministerien diesem Beispiel schnell folgen werden.

Das Werk leistet sicherlich auch einen wichtigen Beitrag dazu, dass wir von der bisherigen Form der Stellenstreichungen wegkommen. Sie wurden ja vielfach nach dem Rasenmäherprinzip vorgenommen. Wenn wir jetzt konkre-

(Heike Dederer)

te Analysen haben und einzelne Stellen besser bewerten können, haben wir objektivere Kriterien für die Personalbemessung.

Meine Damen und Herren, von meinen Vorrednern wurde auch schon gesagt, dass es keinen Sinn macht, einen einmaligen Vergleich anzustellen. Wichtig ist, dass die Ministerien regelmäßig wiederkehrend miteinander verglichen werden. Uns wäre wichtig, dass die Ministerien das Angebot des Rechnungshofs annehmen – Herr Kollege Stickelberger hat es bereits gesagt –, sich vom Rechnungshof dabei begleiten zu lassen. Als Vorschlag wurden auch schon Workshops genannt.

Uns ist es ein Anliegen, dass die konkreten Vorschläge, die in der Untersuchung des Rechnungshofs enthalten sind, ernsthaft geprüft werden. Einige darf ich beispielhaft nennen.

Es wurde angeregt, einige wenige oder sogar nur eine gemeinsame Bibliothek aller Ministerien einzurichten. Es wurde angeregt, die Koordination der einzelnen Ressorts zu verbessern, um Doppelarbeit zu vermeiden. Es wurde angeregt, die neuen Medien optimal zu nutzen, und es wurde auch angeregt, verstärkt in Projekten zusammenzuarbeiten.

Einer der wichtigsten Punkte für mich ist, dass das Ergebnis der Abfrage der so genannten weichen Faktoren Beachtung findet. Die Mitarbeiter konnten ja Wünsche äußern, und das Ergebnis ist zum Teil schon erstaunlich. Beispielsweise wollen sie eine bessere Fortbildung, das heißt, sie wollen sich selber qualifizieren. Sie mahnen Stellenbeschreibungen an, die bisher fehlen. Ich denke, die Stellenbeschreibung ist einfach wichtig, um sich über die eigene Aufgabe klar zu werden. Sie wollen auch mehr Eigenständigkeit, und sie wollen eine stärkere Delegation der Aufgaben.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Ich komme sofort zum Schluss. – Das heißt, sie wollen mehr Verantwortung. Etwas Besseres kann einem Land doch nicht passieren, als Mitarbeiter zu haben, die mehr Verantwortung übernehmen wollen. Ich darf die Minister auffordern, dieses Anliegen ernst zu nehmen.

Ich darf mich auch noch bei den Mitarbeitern, die mitgemacht haben, bedanken. Es wurde schon erwähnt: Es waren fast 2 000, die die Untersuchung unterstützt haben. Ich würde mir wünschen, dass das nächste Mal auch das Staatsministerium mitmacht. Denn ich glaube nicht, dass es dort nichts zu verbessern gibt.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Schäuble.

(Zurufe von der SPD – Abg. Pauli CDU: Der ungeliebte Minister!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ich bin heute ganz zahm.

Herr Präsident – –

(Abg. Seimetz CDU: Frau Präsidentin! Umdrehen!  
– Zuruf: Der Präsident ist eine Frau!)

– Was hat Herr Salomon vorhin gesagt? Das passiere ihm nicht mehr? Ich verspreche es auch, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE)

Meine Damen und Herren, erfreulich ist doch zunächst einmal, dass es diese Untersuchung, das gemeinsame Verwaltungsreformprojekt des Rechnungshofs und des Innenministeriums, gibt. Sie wird hoffentlich auch die Zusammenarbeit der Ministerien mit dem Rechnungshof auf eine ganz andere Grundlage für die Zukunft stellen. Das halte ich wirklich für sehr erfreulich. Ich will mich bei allen, die auch in den Ministerien konstruktiv mitgearbeitet haben, heute ganz herzlich bedanken und will wegen des Betriebsklimas auch ganz besonders das Innenministerium, aber natürlich auch den Rechnungshof in diesen Dank einbeziehen.

Ich denke, die Kolleginnen und Kollegen, die dem Innenausschuss angehören, waren in der letzten Sitzung unseres Ausschusses auch von der Präsentation der Untersuchung durch Herrn Vizepräsident Gößler, der unter uns ist, und Herrn Professor Kiefer, den ich auch ohne Brille oben auf den Zuschauerrängen erkenne, beeindruckt.

(Zustimmung der Abg. Fischer und Stickelberger  
SPD – Abg. Bebber SPD: Die Beurteilung wird  
durch das Lob nicht besser!)

Nun ist uns allen klar – das haben Sie in der Debatte auch mit Recht gesagt –: Das ist jetzt ein erster Schritt. Es ist sehr stark mit Zahlenmaterial, mit Kennzahlen gearbeitet worden. Was jetzt geleistet werden muss, ist die inhaltliche Ausfüllung der Grundlage, die mit dieser Untersuchung geschaffen worden ist. Nachdem mit Recht die Frage gestellt wird, wie es weitergeht, darf ich heute, wohl auch gleichzeitig im Namen des Rechnungshofs, aber jedenfalls als Innenminister darauf hinweisen: Die inhaltliche Ausfüllung muss jedes einzelne Ressort vornehmen.

Ich habe mich gerade nochmals mit Herrn Schwall, der von der Abteilung 1 des Ministeriums anwesend ist, kurz besprochen. Das Innenministerium hat keine Druckmittel gegenüber den einzelnen Ressorts. Wir können nur bitten, die Grundlage, die mit dieser Untersuchung jedem Ressort gegeben worden ist, als Chance zu verstehen und die inhaltliche Ausführung und Ausfüllung vorzunehmen.

Wir haben im Ausschuss, wenn ich daran erinnern darf, darüber gesprochen, wie viel Zeit der Ausschuss den einzelnen Ressorts einräumen will. Wir sind dem Wunsch des Ausschusses nachgekommen, indem wir gesagt haben: bis Ende 2002.

(Zustimmung des Abg. Stickelberger SPD)

Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Es könnte sein – das haben wir im Ausschuss auch besprochen –, dass wir um Fristverlän-

(Minister Dr. Schäuble)

gerung bitten müssen. Andererseits hat es auch sein Gutes, indem es doch ein Signal an jedes einzelne Ressort ist, diese Aufgabe, der man sich – reden wir doch offen – mit unterschiedlicher Begeisterung stellt, wahrzunehmen. Ich weiß nicht, was wir beim Verwaltungsgericht Freiburg damals dazu gesagt hätten, Herr Kollege Stickelberger. Aber wir hatten dort jedenfalls ein gutes Betriebsklima.

(Abg. Stickelberger SPD: Das stimmt!)

Also, das ist ein wichtiges Signal an jedes Einzelressort, mit dieser ehrgeizigen Zeitvorgabe die Hausaufgaben, die sich aus der Untersuchung ergeben, nicht auf die lange Bank zu schieben.

Wenn es in diesem positiven Sinne weitergeht, hätten wir künftig auch die große Chance, zum Beispiel bei dem hässlichen Thema des notwendigen Personalabbaus, der übrigens das Betriebsklima auch nicht verbessert, um das ganz klar zu sagen, endlich einmal von der sattsam bekannten, berühmt-berüchtigten Rasenmähermethode wegzukommen und qualitativ besser vorgehen zu können.

Aber – ich bin auch dafür dankbar, dass dies von allen Rednerinnen und Rednern erkannt worden ist – die Untersuchung, deren Ergebnis uns jetzt vorliegt, ist dafür noch nicht ausreichend. Sie schafft nur die Grundlage, und jetzt ist jedes Einzelressort in der Pflicht, auf dieser Basis seine Hausaufgaben zu machen. Dabei – und da bin ich dankbar für das kleine Lob, das Sie dem Innenministerium erteilt haben, Frau Kollegin Dederer – wird das Innenministerium vermutlich nicht schlechter als andere abschneiden. Denn wir waren vernünftigen, modernen Methoden gegenüber schon immer aufgeschlossen und haben übrigens – das habe ich auch dem Ausschuss berichtet – vor kurzem, Ende dieses Jahres – ich glaube, auch als erstes Ressort –, mit dem so genannten Leitbildprozess begonnen.

Mir ist schon klar – da bin ich dankbar, dass hier nicht polemisiert worden ist; es ging ja nicht um die Beliebtheit des Ministers –, dass ein gutes Betriebsklima auch für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig ist. Aber es kann nicht das einzige Kriterium sein. Denn immer dann, wenn Veränderungen anstehen – wir können uns vor diesen Veränderungen ja nicht drücken –, ist das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine ganz einfache Situation. Das wirkt natürlich auch auf das Betriebsklima zurück.

Ich bitte auch darum, kurz im Kopf zu behalten, welche Kürzungen das Innenministerium in den vergangenen zehn Jahren in seiner fachlichen Zuständigkeit hinnehmen musste, was die Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen auch nicht erhöhen kann. Denn damit sind auch schlechtere berufliche Perspektiven bezüglich Beförderungen usw. verbunden, weil sich der Handlungsspielraum innerhalb des Ressorts verringert.

Kurzum: Ich denke, bei den Hausaufgaben, die jetzt anstehen, wird sich mein Ressort nicht vor den anderen Ressorts verstecken müssen. Aber darauf will ich gar nicht entscheidend abheben. Wichtig ist, dass jedes Ressort diese Untersuchung jetzt auch als Grundlage dafür nutzt, seine Haus-

aufgaben zu machen, In etwa einem Jahr werden wir dann sehen, wo wir stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Kann ich ohne förmliche Abstimmung davon ausgehen, dass Sie der Beschlussempfehlung zustimmen? – Dann ist es beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung des Sozialministeriums vom 19. Februar 2001 – Bilanzbericht 1996 bis 2000 gemäß § 20 Landesgleichberechtigungsgesetz (LGIG) – Drucksachen 12/6041, 13/512**

**Berichterstatter: Abg. Hoffmann**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort in der Aussprache erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fünf Jahre umfasst der Bilanzbericht der Landesregierung. Das ist kein langer Zeitraum, wenn man den langen Kampf der Frauen um Gleichheit, Chancen und Möglichkeiten betrachtet. Das Frauenthema ist sicherlich auch kein einfaches Thema, und deswegen ist es umso erstaunlicher, welche Fortschritte bereits in dieser relativ kurzen Zeit von fünf Jahren gemacht wurden und gerade auch in den Köpfen stattgefunden haben.

Frau Landtagspräsidentin, wir sind auch besonders stolz auf Sie und darauf, dass wir Sie haben durchsetzen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hauk CDU: Das ist wahr!)

Liebe Kollegen, wir haben den Eindruck, dass „man“ mit „frau“ rechnet. Darüber sind wir glücklich und froh. Das ist ein wichtiger Erfolg, vielleicht der wichtigste Erfolg überhaupt: nämlich die ständige Präsenz des Themas „Gleichstellung von Frauen im Beruf und in der Gesellschaft“.

Was das bedeutet, stellt der Bilanzbericht sehr anschaulich dar: von Frauenförderplänen bis hin zu einem erheblich höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Landesverwaltung. In allen Besoldungs- und Tarifgruppen ist der Frauenanteil trotz Stellenabbaus gestiegen: Im höheren Dienst waren es fast 5 Prozentpunkte, in der Landesverwaltung insgesamt 3 Prozentpunkte. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir parallel dazu einen Stellenabbau hatten.

Das jetzt vorliegende Angebot zur Kinderbetreuung – der Einstieg des Landes in die Betreuung von Klein- und

(Dr. Inge Gräßle)

Kleinstkindern –, das Angebot an die Kommunen wird dazu führen, dass die Chancen von Frauen auf eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Gesellschaft steigen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir möchten die Kommunen anlässlich des Bilanzberichts einfach sehr herzlich bitten, das Angebot anzunehmen und den Frauen, den Familien diese Chancen zu ermöglichen.

Aber wir sehen anlässlich dieses Bilanzberichts auch, dass unser Anliegen der Frauenförderung mit den bisherigen Instrumenten der Frauenpolitik nur noch bedingt erfüllt werden kann. Deswegen wollen wir in den nächsten Monaten die Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes vorantreiben. Wir müssen einige Schwachstellen ausmerzen und die Gleichstellung von Mann und Frau wirklich vorantreiben. Gleichstellung heißt, dass auch Männern bestimmte Chancen eröffnet werden müssen, etwa die Chance auf Teilzeitarbeit.

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU – Abg. Zimmermann CDU: Danke schön!)

Wir wollen auch den Frauen in der Landesverwaltung mehr Chancen einräumen.

Novellierungsbedarf zeigt sich für uns in mehreren Punkten. Am Erfolgsbericht der Frauenvertreterinnen sehen wir, dass die Frauenvertretung mehrheitlich respektiert und beteiligt wird. Wo dies nicht der Fall ist, müssen wir Wege finden. Wir erwarten, dass die Frauenvertreterinnen an den Leitungsbesprechungen der Dienststelle beratend teilnehmen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Müssen, nicht können!)

Dies wollen wir auch absichern.

Wir wollen mehr Karrierechancen für Frauen in allen Bereichen, auch im höheren Dienst. Uns ist klar, dass die bisherige Erfolgsquote von der Hereinnahme stellvertretender Referatsleiterinnen lebt. Wir akzeptieren das, gehen aber davon aus, dass dies natürlich auch heißt, dass diese Stellvertreterinnen auch die Chance bekommen, einmal Referatsleiterin zu werden, und dass Beförderungen dann auch tatsächlich stattfinden.

Wir halten eine Deregulierung und eine Vereinfachung des Wahlverfahrens von Frauenbeauftragten für zwingend erforderlich. Die Frauenbeauftragte der Landesregierung hat ein Aktionsprogramm vorgelegt. Wir sehen die Notwendigkeit, die Bereitschaft von Männern, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, und die Möglichkeit, diese auch ausüben zu können, zu erhöhen. Gleiches gilt für die Akzeptanz von Erziehungszeiten für Männer. Wir werden auch die Gelegenheit nutzen, mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente Anreize für die Frauenförderung zu schaffen, sodass jedes Ressort und jedes Referat sieht, dass es Vorteile davon hat, wenn Frauen Chancen bekommen und die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen auch wirklich konkret vollzogen wird.

(Abg. Bebbler SPD: Der Kollege Alfred Haas hört überhaupt nicht zu!)

Wir wollen noch einen wichtigen Punkt durchsetzen, der für uns, für die Entwicklung der Wirtschaft und auch für die Frauen von großer Bedeutung sein wird. Solange die Frauen sehen, dass der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach einer Familienphase für sie schwierig ist, weil Familienarbeit und die damit erworbenen Qualifikationen am Arbeitsmarkt nichts gelten, werden wir es schwer haben, Frauen für Familienarbeit zu interessieren.

Deswegen lade ich auch die Opposition ausdrücklich ein: Wenn wir eine wirkliche Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie ermöglichen wollen, bedeutet das zwingend, dass eine Familienphase nicht mehr der Karriereknick sein darf. Dazu werden wir in den kommenden Monaten entsprechende Vorschläge vorlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD zur CDU: Das fällt euch aber schwer! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Haas, wo ist Ihre Zustimmung zu diesem Vorhaben?)

Unser Fazit: Der Frauenbericht zeigt eine erfolgreiche Bilanz. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber wir haben in der Frauenförderung noch viele Aufgaben, sodass uns dieses Thema auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben wird.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Haller-Haid.

**Abg. Rita Haller-Haid** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums für die Erstellung dieses Berichts bedanken.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt auf den Tag genau sechs Jahre her, dass der baden-württembergische Landtag das Landesgleichberechtigungsgesetz verabschiedet hat. Am Anfang dieses Gesetzes stand die Erkenntnis, dass der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch nicht verwirklicht ist. Auch im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg – so die Gesetzesbegründung vor sechs Jahren – werden Leitungspositionen überwiegend von Männern eingenommen. Im höheren Dienst und in den Spitzenpositionen des gehobenen Dienstes sowie in den entsprechenden Angestelltenbereichen sind Frauen trotz gleichwertiger Qualifikation noch immer geringer vertreten als Männer. Da komme ich zu einer anderen Einschätzung als meine Vorrednerin: Es hat sich leider in den letzten sechs Jahren noch nicht allzu viel verändert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Gesetzesbegründung – daran möchte ich an dieser Stelle erinnern – wurde von der CDU mit unterschrieben.

(Rita Haller-Haid)

An diesem Ziel muss sich jetzt das Gesetz nach sechs Jahren messen lassen.

Zwar leisten die rund tausend Frauenvertreterinnen unter oft unzureichenden Rahmenbedingungen eine engagierte Arbeit, für die ich mich namens der SPD-Fraktion an dieser Stelle sehr herzlich bedanken möchte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Pfister FDP/DVP)

Aber vom Ziel der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und dem Abbau von Benachteiligungen ist der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg immer noch weit entfernt. Dies dokumentiert uns der Bilanzbericht. Nach fast sechs Jahren Praxiserfahrung ist es jetzt überfällig, dass die Landesregierung und die CDU ihre frauenpolitische Borniertheit endlich aufgeben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Pfisterer CDU: Unglaublich! – Abg. Reichardt CDU: Polemik! – Abg. Pauli CDU: Das stimmt aber nicht!)

Solange Sie so grummeln, wundert es mich gar nicht, dass die Frauen immer seltener CDU wählen.

Das Landesgleichberechtigungsgesetz muss endlich mit Leben erfüllt werden. Dort, wo sich Unzulänglichkeiten gezeigt haben, muss das Gesetz präzisiert und mit wirksameren Regelungen versehen werden.

(Abg. Reichardt CDU: Nicht durch euch!)

Die SPD fordert deshalb, endlich die seit Jahren überfällige Novellierung des Gesetzes jetzt rasch anzugehen.

An Ankündigungen und Willensbekundungen seitens der CDU zur Novellierung des Gesetzes hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Angesprochen auf die anhand von Fakten belegbare wenig durchschlagende Wirkung der jetzigen Regelung, haben auch CDU-Frauenpolitikerinnen immer wieder den Novellierungsbedarf angemahnt. Zuletzt hat die zuständige Staatssekretärin im Sommer die Novellierung angekündigt. Geschehen ist aber bis jetzt nichts.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das sind wir ja schon gewohnt!)

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie jetzt endlich ihre jahrelange Verschleppungstaktik aufgibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wo liegen nun die Defizite des Gesetzes? Der Bilanzbericht ist meiner Ansicht nach eine einzige Aufzählung solcher Defizite. Aber ich will mich hier auf vier Punkte beschränken.

Erstens: Frauen sind in Führungspositionen nach wie vor völlig unterrepräsentiert. In der Besoldungsgruppe A 16 ist in der Landesverwaltung der Frauenanteil in vier Jahren lediglich um 1,8 Prozentpunkte auf nunmehr 7,2 % gestiegen. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen und alle

vier Jahre den Frauenanteil um 1,8 Prozentpunkte erhöhen, dann brauchen wir 50 Jahre, damit wenigstens ein Drittel der Führungspositionen mit Frauen besetzt sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist Absicht!)

Zweitens: Frauen sind bei Neubesetzungen von Stellen im höheren Dienst nach wie vor benachteiligt. Ein wesentliches Gesetzesziel war es, durch Zielvorgaben bei der Besetzung frei werdender oder neuer Stellen den Anteil von Frauen zu erhöhen. Dieser Gesetzauftrag wurde kaum umgesetzt. Wenn in der Landesverwaltung in den letzten Jahren Stellen im höheren Dienst neu besetzt wurden, was wegen des Personalabbaus ohnehin selten vorkam, dann hatten Frauen nach wie vor viel zu häufig das Nachsehen. Im Staatsministerium, also der Behörde des Ministerpräsidenten, der bei der Frauenförderung ein Vorbild sein sollte – wir haben ja heute schon öfter gehört, wo er nicht Vorbild ist –, lag der Frauenanteil bei Neubesetzungen bei 0 %.

(Abg. Fischer SPD: Hört, hört!)

Für das Staatsministerium und den Ministerpräsidenten ist Frauenförderung offenkundig ein Fremdwort.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wenn man Stellenabbau vornehmen muss, kann man nicht gleichzeitig Einstellungen vornehmen!)

Im Staatsministerium wurden fünf Stellen neu besetzt, davon keine einzige mit einer Frau.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist die Wahrheit!)

Auch in den anderen Ministerien, die eigentlich als oberste Landesbehörden für die Landesverwaltung Vorbild sein sollten, war der Frauenanteil bei Stellenneubesetzungen beschämend niedrig. In den letzten vier Jahren wurde nicht nur im Staatsministerium, sondern auch in vier anderen Ministerien keine einzige Stelle mit einer Frau neu besetzt: in der Verwaltung des Innenministeriums, im FDP/DVP-geführten Justizministerium,

(Abg. Drexler SPD: Noch schlimmer!)

im Landwirtschaftsministerium und im Umweltministerium.

(Abg. Zimmermann CDU: Schauen Sie hinter sich!)

Aber ich will auch einmal etwas loben. Dass es auch anders geht, zeigt das Sozialministerium. Dort kamen bei allen Neubesetzungen Frauen zum Zug.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Pfister FDP/DVP)

Auch in der übrigen Landesverwaltung fällt die Bilanz überwiegend negativ aus. Um den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig zu erhöhen, ist es erforderlich, dass zumindest jede zweite neu zu besetzende Stelle mit einer Frau besetzt wird. Das wäre eine wirksame Zielvorgabe. Die Realität sieht jedoch anders aus. Nur im Zustän-

(Rita Haller-Haid)

digkeitsbereich des Innenministeriums und des Sozialministeriums lag der Frauenanteil bei Neubesetzungen über 50 %.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** In den übrigen Bereichen der Landesverwaltung lag er zwischen 30 und 45 %, im Umweltministerium sogar bei nur 16 %. Auch hier zeigen die Zahlen des Sozialministeriums, aber auch die bei der Polizei, dass eine wirksame Frauenförderung bei der Neubesetzung kein Ding der Unmöglichkeit ist. Was im Sozialministerium möglich ist, muss eben auch endlich in anderen Bereichen der Landesverwaltung gehen.

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Ich komme gleich zum Ende. Einen Punkt möchte ich aber noch ansprechen, den wir unbedingt geändert haben wollen: Die Frauenvertreterinnen werden – das ist einer der größten Kritikpunkte, die die Frauenvertreterinnen immer wieder bringen – nicht im notwendigen Umfang zur Erfüllung ihrer Aufgaben freigestellt.

Ich hätte jetzt gern noch einiges zum kommunalen Bereich ausgeführt. Da sieht die Bilanz nämlich ganz katastrophal aus. Dazu reicht meine Redezeit leider nicht mehr. Deshalb ist es mir wichtig, zum Schluss einfach noch einmal zu sagen, dass diese Novellierung jetzt nicht mehr auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden darf.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Die Frauenvertreterinnen erwarten die Novellierung jetzt von der Landesregierung. Sie wollen nicht mehr so lange warten, bis im Jahr 2006 eine SPD-geführte Landesregierung die notwendige Novellierung endlich durchsetzt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo sind denn eigentlich die Frauen der SPD-Fraktion? Der Macho Drexler hat sie verdrängt! – Abg. Drexler SPD: Die sind hier! Wir haben einen erheblich höheren Prozentsatz als Sie von der CDU!)

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat versucht, mit Zahlen etwas zu erklären. Es ist eigentlich heute Abend viel einfacher zu kapiern, welchen Stellenwert dieses Thema bei der Landesregierung hat. Schauen Sie einmal die Regierungsbank an. Frau Lichy sitzt dort mutterseelenallein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich beglückwünsche ausdrücklich unsere Staatssekretärin im Sozialministerium dazu, dass sie sich trotz dieser Situation mit viel Mut immer wieder für die Frauen einsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Für alle diejenigen, die erfreut feststellen, dass jetzt hier vorne vier Frauen zu sehen sind: Überlegen Sie einmal, ob man es nicht so einrichten könnte, dass die Vizepräsidentinnen einmal vormittags zu einer Zeit präsidieren, zu der auch die Öffentlichkeit von den Landtagssitzungen Kenntnis nimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Birzele ist dagegen!)

Aber nun zum Thema. Der vorliegende Bilanzbericht ist ein wichtiger Zwischenschritt und wird eine gute Basis für die anstehende Weiterentwicklung dieses Gesetzes mit der unaussprechlichen Abkürzung LGIG sein. Noch einmal für das Protokoll zum Mitschreiben – ich buchstabiere –: Großes L, großes G, kleines l, großes G. Ich glaube, wenn wir dieses Gesetz novellieren, sollte man auch einen aussprechbareren Namen finden.

Der erste Schritt bei der Weiterentwicklung ist übrigens bereits erfolgt. Seit Februar gibt es auch bei den Schulämtern Frauenvertreterinnen. Ich glaube, das ist eine wichtige Sache.

Bei den Frauenförderplänen, von denen erstaunlich viele im Bericht genannt sind, wird es nicht nur darum gehen, dass sie aufgestellt werden, sondern – das ist eigentlich der wichtigere Schritt – vor allem darum, dass man kontrolliert, was daraus wird. So einen Plan aufzustellen ist eine relativ einfache Sache, aber man muss auch nachschauen, wie er umgesetzt wird, und diese Kontrolle sollten wir uns in spätestens zwei Jahren vornehmen.

Nicht ganz so erfreulich ist die Situation bei den Frauenbeauftragten. Wenn man sich im Lande umsieht, stellt man fest, dass es ähnlich wie bei der Kernkraft ist. Da gibt es strikte Unterstützer und strikte Gegner. Es gibt selten Leute, für die das Thema völlig neutral ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ein toller Vergleich! Ist Ihnen kein anderer Vergleich eingefallen?)

Welche Position überwiegt, liegt zum einen an der Region und zum anderen an den handelnden Personen. Ich denke, wir sollten hier eine praktikable Lösung finden, und ich würde diese gerne zusammen mit den kommunalen Landesverbänden entwickeln. Vielleicht nennen wir dieses Amt dann auch nicht mehr „Frauenbeauftragte“, sondern sagen „Gender-Beauftragte“ dazu. Diese sind dann von Fall zu Fall für das jeweils zu gering berücksichtigte Geschlecht zuständig. Das darf man nicht defizitorientiert sehen, sondern das muss man unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Gesellschaft erarbeiten. Es gibt ja durchaus Bereiche mit Männermangel. Die Debatte über die vaterlose Gesellschaft fand nicht etwa zu Kriegs- und Nachkriegszeiten statt, wo man sich das vielleicht noch hätte vorstellen

(Heiderose Berroth)

len können, sondern sie fand in den Siebziger- und Achtzigerjahren statt, und auch heute noch treffe ich viele verheiratete Frauen, die sagen, sie seien allein erziehend.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Richtig! Wir brauchen Männer!)

Das nächste Problem stellt sich in der Grundschule – und das wird wirklich ein Problem sein –: dass Kinder erst zehn Jahre alt werden müssen, bis sie einmal einen Lehrer kennen lernen. Daran sollten wir dringend arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn als Nebeneffekt dann herauskommt, dass man Grundschullehrer besser besolden muss, soll es mir auch recht sein.

Ein Vorteil wäre auch, wenn Arbeitsplätze für Väter und Mütter familiengerecht gestaltet würden. Wir könnten dann die Diskussion über Zuwanderung vielleicht weniger scharf führen, weil dann, wenn es nicht mehr so schwierig ist, Kinder großzuziehen, in unserem eigenen Land wieder mehr Kinder geboren würden. Auch da ist glücklicherweise etwas in Arbeit.

(Abg. Marianne Wonny SPD: Was? Was denn? – Gegenruf: Kinder!)

– Zum Beispiel eine verbesserte Kinderbetreuung – meine Vorrednerinnen haben es angesprochen – und die Teilbarkeit von Führungspositionen. Auch dafür gibt es in der Landesregierung erfreulicherweise gute Ansätze, die man weiterführen muss. Daimler-Benz hat jetzt erst eine entsprechende Betriebsvereinbarung beschlossen. Ich glaube, wir sind da auf einem guten Wege. Wir müssen bloß schauen, dass es nicht wieder rückwärts geht.

Eine Bemerkung: Frauen und Männer sind nicht gleich – glücklicherweise!

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin mit Begeisterung Frau, Ehefrau und Mutter. Aber wir sollten die Chancen dieser Unterschiede nutzen. Wenn jedes Geschlecht seine guten Seiten einbringt, gibt es insgesamt einfach viel bessere Lösungen. Womit wir wieder beim Gender Mainstreaming wären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde wahnsinnig gerne einen Preis aussetzen für jemanden, der dafür einen besseren Begriff findet. Die andere Seite ist jedoch: Wenn man sich damit beschäftigt, ist dieser Begriff tatsächlich, Frau Kollegin Lösch, gar nicht so schlimm. Und weil der Begriff EU-weit anerkannt ist und man allgemein in breiten Bereichen schon weiß, worum es geht, sollten wir daran arbeiten, dass über diesen Begriff auch bei uns nicht mehr gelästert wird, sondern dass der Inhalt in die Realität umgesetzt und tägliche Praxis wird. Dann darf es künftig auch nicht mehr passieren, dass – wie kürzlich geschehen – ein Projekt für Frauenförderung deshalb abgelehnt wird, weil es nicht gender-gerecht sei. Das kann ja nun wirklich nicht sein. Wenn eine Benachteiligung festgestellt wird, müssen wir daran arbeiten, dass sie behoben wird – egal, ob es um Frauen oder Männer geht. Sie sehen, es gibt noch viel zu tun. Ich freue mich auf diese Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Warum hat gerade die CDU nicht geklatscht?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor genau einem Jahr, am 13. Dezember 2000, haben wir in diesem Hause ebenfalls über das Gleichberechtigungsgesetz diskutiert. Daher gilt: The same procedere as last year, Miss Lichy!

(Zuruf: Miss Sophie!)

– Ja, aber in diesem Fall Miss Lichy!

Ich wollte Ihnen noch einmal aufzeigen, wie Sie letztes Jahr das Verfahren dargestellt haben: Erst bilanzieren wir die Erfolge und Schwachstellen des Gesetzes, und danach werden wir gemeinsam nach Verbesserungsvorschlägen suchen. Wer tatsächlich etwas für die Frauen in unserem Land tun möchte, sollte heute nicht das Landesgleichberechtigungsgesetz schlechtreten. – So Lichy sinngemäß im Jahr 2000.

Wir wollen das Landesgleichberechtigungsgesetz in der Tat nicht schlechtreten. Aber es nützt den Frauen in Baden-Württemberg auch nichts, wenn man ein Gesetz schönredet oder schön schreibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Schauen Sie sich einmal diesen Bilanzbericht an. Darin habe ich überhaupt nichts über Schwachstellen gelesen. Das ist eine einzige Lobhudelei. Deshalb möchte ich kurz nur vier Kritikpunkte an diesem Bilanzbericht benennen.

Der erste Kritikpunkt: In diesem Bilanzbericht wird nicht mit Fakten und Ergebnissen, sondern sehr viel mit Vermutungen gearbeitet.

Zweitens: Er ist unvollständig.

Drittens: Er zeigt keine Schwachstellen auf.

Und viertens: Er gibt keine konkreten Handlungsanweisungen und Umsetzungsstrategien an.

Zum ersten Punkt, dass er nicht mit Fakten und Ergebnissen arbeitet, sondern sehr viel mit Vermutungen, ein Beispiel aus dem Bilanzbericht. Da heißt es:

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfte für einen Großteil der Teilzeitbeschäftigten Grund für ihre Arbeitsreduzierung sein.

Diese Aussage stützt sich auf Vermutungen: dürfte, könnte oder sollte. Ich denke, in einem Bilanzbericht darf man sich nicht auf Spekulationen verlassen.

Ein anderes Beispiel dafür ist der Männeranteil bei Teilzeitbeschäftigten, der ja vorhin auch schon positiv genannt worden ist. Der Männeranteil bei Teilzeitbeschäftigten ist gestiegen, der Frauenanteil um 4 % gesunken. Die Landesregierung wertet dies positiv. Solange aber nicht erhoben wird, aus welchen Gründen von Männern Teilzeit bean-

(Brigitte Lösch)

spricht wurde – ob sich die geschlechtsspezifische Rollenverteilung dadurch geändert hat oder ob die im Gesetz vorgeschriebene ausreichende Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen tatsächlich umgesetzt wurde –, so lange ist eine eindeutige Bewertung doch überhaupt nicht möglich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Ein Bilanzbericht, der nicht nach Hintergründen und nicht nach Ursachen fragt, kann nur Vermutungen anstellen. Das reicht uns nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eine gute Analyse mit Daten und Fakten ist unerlässlich, wenn die Chancengleichheit tatsächlich realisiert werden soll.

Jetzt kommen wir zum zweiten Punkt: Unvollständigkeit. Ein Punkt fehlt total, und zwar der ganze Bereich, der mit Gremien zu tun hat. In einer entsprechenden Regelung in § 11 des Landesgleichstellungsgesetzes wird die gleichberechtigte Mitwirkung der Frauen in den zahlreichen Beratungs- und Entscheidungsgremien verlangt. Der Dritte Gremienbericht wurde – man höre und staune – 1999 vorgelegt mit der Ankündigung, dass mit der Datengrundlage vom 31. Dezember 2000 der Vierte Gremienbericht erhoben wird. Auf diesen warten wir noch heute.

Ich komme zur Auswertung des letzten Gremienberichts, denn der ist ja nach wie vor gültig, solange es keinen aktuelleren gibt. Da ist es der Landesregierung mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit gelungen, die Frauen bei der Einrichtung von neuen Gremien immer wieder zu vergessen. Nach wie vor sind in über 40 % der Gremien keine Frauen vertreten, und nur in 13 von 289 Gremien – das sind genau 4,3 % – beträgt der Frauenanteil 50 % und mehr. Diese Gremien sind also gleichberechtigt besetzt.

Ich meine, man kann sich schon vorstellen, woher die Zurückhaltung kommt, die die Landesregierung auf diesem Gebiet aufweist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Mit nur einer Ministerin in dieser Regierung! Das spricht doch Bände!)

Ich darf Sie daran erinnern, dass sich der Frauenanteil in der Landesregierung sogar noch reduziert hat: von 17 % in der letzten Legislaturperiode auf 10,5 % in dieser Legislaturperiode. Ich finde, damit kann man wahrlich keine Werbung für eine moderne Frauenpolitik machen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Schavan verkörpert 10 %!)

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zum dritten Punkt. Das ist der Bereich des Aufzeigens von Schwachstellen. Da geht es mir auch um die rechtliche Stellung der Frauenvertreterin. Auch dazu zitiere ich wieder aus dem Bilanzbericht, weil er schließlich heute zur Diskussion ansteht. Das gilt beispielsweise im Bereich des Beteiligungs- und Beanstandungsrechts. Über 80 % der Frauenvertreterinnen werden nicht regelmäßig und gar 34 % der Frauenvertreterinnen nie bei Personalratsentscheidungen beteiligt.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Unglaublich!)

Letztendlich schätzen 72 % der Frauenvertreterinnen die Unterstützung ihrer Arbeit durch die Dienststellenleitung als mittelmäßig oder gering ein. Da muss man doch merken oder tatsächlich feststellen, dass da nicht alles zur Zufriedenheit läuft. Frau Lichy, statt Handreichungen, Loseblattsammlungen oder Best-Practice-Modellen brauchen wir, um die unbefriedigende Situation der Frauenvertreterinnen endlich zu klären, eine Präzisierung im Gesetz. Wir brauchen so schnell wie möglich eine Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In ihm ist endgültig zu klären, dass die Frauenvertreterinnen grundsätzlich an Vorstellungsgesprächen zu beteiligen sind.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Einen Satz möchte ich gerne noch sagen. Eine Formulierung wie „Die Beteiligung an Maßnahmen, die die Belange weiblicher Beschäftigter betreffen“ ist totaler Quatsch in Zeiten von Gender Mainstreaming, was ja bedeutet, dass alle Entscheidungen Auswirkungen auf Männer und Frauen haben.

Zum Thema Gender Mainstreaming, meine Herren und Damen: Ich finde, dass man sich da nicht so anstellen darf, wie Sie das tun. Denn wir haben heute schon viele Begriffe wie Benchmarking, Ranking usw. gehört.

Jetzt noch eine letzte Bemerkung an die Damen und Herren von der CDU.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** In Berlin haben Sie dem neuen Bundesgleichstellungsgesetz zugestimmt. Deshalb bitte ich Sie: Treiben Sie hier eine rasche Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes voran! Sonst verdienen das Gesetz, so wie es jetzt aussieht, und auch der Bilanzbericht von 65 Seiten, der wirklich das Ergebnis einer Fleißarbeit ist, nicht mehr als die Bewertung: Man hat sich bemüht.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Frau Staatssekretärin Lichy.

(Abg. Bebbler SPD zur CDU: Jetzt müsst ihr aber klatschen!)

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Gerade sind schon ein paar Jahrestage zitiert worden; heute gibt es noch einen anderen Jahrestag. Denn vor fast genau sechs Jahren, am 21. Dezember 1995, wurde das Landesgleichberechtigungsgesetz verkündet. Damals gab es die Koalition von CDU und SPD. Am 1. Januar 1996 ist das Gesetz dann in Kraft getreten.

Mein gesetzlicher Auftrag war es nun, am Ende der abgelaufenen Legislaturperiode eine Bilanz zu ziehen und darzulegen, was Fakt ist, was das Gesetz bewirkt hat, wo es eventuell Schwachstellen hat, wohin wir uns entwickelt haben, was das Gesetz gebracht hat und wohin wir uns weiter entwickeln wollen. Dazu möchte ich jetzt ein paar Fakten, und zwar durchaus positive, nennen, ohne dass ich Sie mit Zahlen langweilen möchte. Denn ich denke, dass Sie, nachdem Sie den Bericht so detailliert zitiert haben, ihn auch alle gelesen haben.

(Abg. Hauk CDU: Ehrlich gesagt, ich nicht!)

Ein positiver Faktor ist zunächst einmal, dass das Gesetz eine Rechtsgrundlage für die Gleichstellung von Frauen und Männern geschaffen hat. Das Gesetz hat damit die Chancengleichheit nicht nur zu einem Grundsatz, sondern auch zu einem Ziel und zu einer Aufgabe für über 5 000 Dienststellen mit fast 250 000 Beschäftigten gemacht.

(Abg. Birzele SPD: Das war schwer genug durchzusetzen!)

– Es ist gut, dass es durchgesetzt wurde. Aber ich sage Ihnen jetzt, was sich entwickelt hat und was sich noch besser entwickeln sollte.

Man muss einem Gesetz – das ist bei jedem Gesetz so – eine gewisse Laufzeit zugestehen. Ich kann ein Gesetz nicht schon kritisieren, wenn es in Kraft tritt und ich noch keine Daten und Fakten habe.

Zunächst einmal wurden 171 Frauenförderpläne erstellt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Daten und Fakten liegen schon lange auf dem Tisch, Frau Staatssekretärin!)

– Ja, genau. – Die Frauenförderpläne haben Ziel- und Zeitvorgaben. Sie sind nicht nur statistische Pläne, sondern haben Ziel- und Zeitvorgaben zum Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen. Zur Unterstützung der Dienststellen und zur Umsetzung der Frauenförderpläne bei den verantwortlichen Dienststellenleitungen sind 1 000 Frauenvertreterinnen, 1 000 Stellvertreterinnen und 4 266 Ansprechpartnerinnen bestellt worden. Ich möchte diesen Frauen auch an dieser Stelle dafür danken, dass sie sich in all den Jahren sehr bemüht und sehr eingesetzt haben

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– ich komme noch zu den Fakten –, um die Chancengleichheit im Sinne des Gesetzes voranzutreiben.

Ich habe Ihnen heute einen Bilanzbericht zu geben, und da war dies alles gefordert. Deshalb sage ich dazu ein paar Sätze.

Zur Evaluation der Ergebnisse ist auch eine Berichtspflicht festgelegt, habe ich gerade gesagt. Der Bilanzbericht umfasst den Zeitraum von 1996 bis 2000 mit einer Vielzahl von Datenquellen und Sondererhebungen. Nur drei Beispiele: Von den Ressorts wurden die Frauenförderpläne im jeweiligen Zuständigkeitsbereich ausgewertet. Das Sozialministerium hat bei den Frauenvertreterinnen eine Umfrage durchgeführt. Von den 1 000 Frauenvertreterinnen haben sich 421, also fast die Hälfte, beteiligt. Für die Zusammenstellung der Kennzahlen wurden Sonderauswertungen des Statistischen Landesamts sowie Sondererhebungen der Ressorts und des Landesamts für Besoldung und Versorgung herangezogen.

Sie haben auch Kritik vorgebracht, die zum Teil nicht berechtigt ist. Denn es ist im Grunde nicht Auftrag eines Gesetzes, und es war auch kein gesetzlicher Auftrag, mit dieser Darstellung im Detail schon wissenschaftliche Untersuchungen zu Einzelbereichen in Auftrag zu geben oder in einzelnen Dienststellen aufgetretene Umsetzungsschwierigkeiten zu dokumentieren. Das ist im Rahmen des gesetzlichen Auftrags gar nicht gefordert gewesen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber im Gegensatz zu dem, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, hier vor einem Jahr gesagt und zitiert haben, ist das, was ich damals gesagt habe, auch heute noch richtig.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Damals war die Bilanz noch nicht fertig. Deshalb konnte ich damals auch nicht über die Bilanz diskutieren. Heute ist nun der richtige Zeitpunkt, um darüber eine sachliche Diskussion zu führen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wo sind hier die Schwachstellen?)

– Ich werde Ihnen das gleich sagen.

Fakt ist: Das Gesetz zeigt Wirkung. Man kann natürlich bei jeder Statistik – das haben Statistiken so an sich – nur die negativen Zahlen herausziehen. Aber ich nenne Ihnen ein paar positive Zahlen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die kennen wir!)

Der Fortschritt ist messbar. Der Bilanzbericht zeigt nämlich unter anderem, dass der Frauenanteil in allen Bereichen gestiegen ist.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Er liegt mit 47,4 % weiblichen Beschäftigten bei allen Dienststellen knapp unter der 50%-Marke. In einigen Bereichen – nämlich im gehobenen Dienst – ist die 50%-Marke bereits überschritten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie einmal etwas zu den Führungskräften!)

Weiterer Handlungsbedarf – Frau Haußmann, das sage ich gerade; ich sage doch gar nicht, dass alles gut sei – besteht

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

im Bereich der Leitungsfunktionen, vor allem in Behörden mit naturwissenschaftlichem und technischem Schwerpunkt.

Fakt ist aber auch, dass bei der Personalentwicklung, bei der Personalplanung eine geschlechterdifferenzierte Auswahl und ein Prozess in Gang gekommen sind und zum bestimmenden Thema wurden. Dass es sich dabei um einen langfristigen Prozess handelt, ist uns doch allen klar. Man kann nicht erwarten, dass innerhalb von nur fünf Jahren jede Unterrepräsentanz abgebaut wird.

Ich möchte Ihnen aufzeigen, dass das Gesetz auch in anderen Bereichen greift. Mittlerweile sind über 50 % der Referendare weiblich. Im Eingangsstadium des höheren Dienstes sind inzwischen 30 % Frauen, und auch 40 % der Absolventen der Führungsakademie sind Frauen. Diese Altersstruktur, diese Ausgangsbasis ist eine gute Chance, dass wir hinsichtlich der Förderung der Frauen weiter vorankommen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Forderung – da bin ich mit Ihnen einig – an die Verantwortlichen ist und bleibt, eigenverantwortlich in jedem Dienstbereich weiterhin umfassende und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zum Beispiel?)

um diesen Entwicklungsprozess zu beschleunigen. Dazu muss auch der Sachverstand der Frauenvertreterinnen verstärkt hinzugezogen werden. Da habe ich noch nie widersprochen. Denn das bisher Erreichte ist dem engagierten Einsatz vor allem der Frauenvertreterinnen zu verdanken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wenn ich aufgrund des Bilanzberichts im August angekündigt habe, dass ich mich für eine Novellierung des Gesetzes ausspreche, dann ist von mir zu keinem Zeitpunkt etwas versäumt worden. Auch ist es nicht so, dass ich etwas nicht in Gang gesetzt hätte.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Denn der Landtag ist der Gesetzgeber. Ich habe gesagt: Ich strebe eine Novellierung des Gesetzes an.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

In diesem Gesetz soll die Chancengleichheit für Frauen und Männer als Leitprinzip verankert werden, sprich Gender Mainstreaming.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Bei der praktischen Umsetzung des Gesetzes zutage getretene Schwachstellen sollen beseitigt werden. Ich möchte auch mit redaktionellen Änderungen zur Klarheit der gesetzlichen Bestimmungen beitragen.

Dann – so stelle ich mir den Zeitplan vor; Sie sind als Gesetzgeber Herr des Verfahrens –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau!)

– Frauen und Herren. Aber die Herren müssen mitmachen, sonst reicht es nicht. Die Novelle soll bis Ende des Jahres 2002 abgeschlossen sein.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hauk: Wir lassen unsere Gesellschaft nicht trennen! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Ja, es sind heute auch viele Männer da; ich weiß. Ich habe auch bei den letzten Veranstaltungen jeweils festgestellt, dass es zuweilen für frauen- und familienpolitische Themen mitunter mehr Männerpräsenz als Frauenpräsenz gibt – das ist sehr positiv –,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Vielen Dank! – Abg. Hauk CDU: Johanna, wir lieben dich!)

unter anderem auch bei der Vereinbarkeitsfrage. Dann kann die Novelle bis Ende 2002 abgeschlossen sein.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die hier sind, sind solidarisch!)

Mit der Novelle werden wir dann über eine fortschrittliche und effektive Grundlage verfügen. Dann können wir, denke ich, die tatsächliche Chancengleichheit weiter vorantreiben, denn Chancengleichheit ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage unserer Demokratie. Ich möchte Frauen und Männer bitten, gleichermaßen auf dieses Ziel hinzuwirken.

Ich möchte jetzt nicht mehr detailliert auf andere Themenbereiche eingehen, die ich in meinen Topthemen vorgestellt habe und die natürlich alle mit Frauenförderung und Chancengleichheit von Frauen und Männern zu tun haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum vom 18. Oktober 2001 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs (GMO Agraralkohol) – Drucksachen 13/379, 13/521**

**Berichterstatter: Abg. Moser**

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. –

(Abg. Hauk CDU: Mit Nachdruck!)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2001, Az.: 1 BvR 525/99 – Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. W. W. aus R. gegen Entscheidungen von Berufsgerichten für Ärzte wegen Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ neben anderen Gebietsbezeichnungen (§ 39 Abs. 3 Heilberufe-Kammergesetz) – Drucksache 13/519**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe den neu in die Tagesordnung aufgenommenen **Punkt 11** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 11. Dezember 2001 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/552, 13/563**

**Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/478, 13/479, 13/480, 13/481, 13/482, 13/540, 13/541**

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Wir stimmen zu!)

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu. – Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/488**

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu. – Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 19. Dezember 2001, um 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:24 Uhr**